

Arbeiterkampf

Jg.2 Nr.22 Okt.'72

Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes

Laden 50Pf.

Olympischer Frieden...
...und palästinensischer Krieg?

Eine Gruppe Palästinensischer Revolutionäre hat während der Olympischen Spiele in München mehrere israelische Sportler und Trainer als Geiseln genommen, um die Freilassung von 200 politischen Gefangenen zu erzwingen, die in Israel festgehalten werden. Diese 200 sind nur ein kleiner Teil der politischen Gefangenen, deren Freilassung die israelische Regierung immer wieder verweigert hat.

Die deutschen Behörden, die während der entscheidenden Stunden ständig mit der israelischen Regierung in Kontakt waren, führten hinhaltende Schein - Verhandlungen, um eine günstige Gelegenheit zur „Ausschaltung" der Revolutionäre zu finden. Diese Gelegenheit schien sich zu bieten, nachdem mit den Palästinensern vereinbart worden war, sie zusammen mit ihren Geiseln in die ägyptische Hauptstadt Kairo fliegen zu lassen. Der Feuerüberfall der Münchner Polizei auf dem Flughafen Fürstenfeldbruck endete indessen nicht nur mit dem Tod von fünf Palästinensern, sondern auch sämtlicher Geiseln.

Die israelische Regierung hat das Verhalten der deutschen Behörden grundsätzlich begrüßt und die Münchner Ereignisse zur propagandistischen Rechtfertigung ihrer Besatzungs - und Eroberungspolitik in Nahost ausgeschlachtet. Nach dem Vorbild der Nazis wurden die toten israelischen Sportler mit „Vergeltungsaktionen" gegen die arabische Zivilbevölkerung im Süden Libanons und Syriens „gerächt".

Die westdeutsche Regierung reagierte mit scheinheiligem „Abscheu und Empörung", die sie gegenüber dem US - Krieg in Vietnam bisher nicht gezeigt hat. Die Münchner Ereignisse werden zum Vorwand genommen, längst geplante Maßnahmen schneller und scheinbar begründeter durchzuführen: In erster Linie den Ausbau der Polizei und des Bundesgrenzschutz für Bürgerkriegs - Aufgaben und die Verschärfung des Ausländergesetzes.

Die politischen Hintergründe des Münchner Blutbades

„Olympische Idee" am Ende

Während der Olympischen Spiele im alten Griechenland hatten die Waffen zu ruhen. Diese Vorstellung liegt auch den modernen Olympischen Spielen zugrunde. Eine solche Vorstellung ist jedoch absurd im Zeitalter des Imperialismus, der Massenvernichtung, der Kolonialkriege, des Völkermords. Eine solche Vorstellung ist sogar direkt reaktionär, denn sie dient den Herrschenden dazu, von den wirklichen Konflikten abzulenken und die Massen mit dem Traum einer heilen Welt einzulullen.

Eine Zeitlang konnte es gelingen, die Olympischen Spiele wenigstens äußerlich gegen eine Welt voller Konflikte und Auseinandersetzungen abzuschirmen und die Illusion eines „Olympischen Friedens" halbwegs zu bewahren.

Heute ist auch das nicht mehr möglich. Die Konflikte brechen selbst in die Traumwelt der Olympischen Spiele ein. Vor allem haben in diesem Jahrhundert zwei mörderische Weltkriege gezeigt, daß auch der „Olympische Geist" nicht die Ursache der Kriege beseitigen kann.

1936 fanden die Spiele im Deutschland des Nationalsozialismus statt. Zehntausende politischer Gefangener saßen schon in den Zuchthäusern und KZ's; viele waren bereits umgebracht worden. Die jüdische Minderheit war schon durch rassistische Gesetze unterdrückt, und aus den Geschäften waren die Plakate mit der Aufschrift „Juden unerwünscht" nur eben für die Dauer der Olympischen Spiele hastig entfernt worden. Und die Nazis bereiteten schon den Krieg vor, der drei Jahre später soviel Unheil über die Welt bringen sollte. Die „Jugend der Welt" war damals in Deutschland zu Gast, und „die Welt" tat ganz so, als sähe niemand, was zu dieser Zeit in Deutschland vorging. Heute steht eindeutig fest, daß die damaligen Olympischen Spiele zwar der Nazi - Propaganda, nicht aber dem Frieden dienten. Sie halfen den Nazis, das deutsche Volk fester an sich zu binden und ihre Kriegsvorbereitungen ungestörter voranzutreiben.

Am Vorabend der Olympischen Spiele in Mexiko 1968 stand dann das Massaker an unbewaffneten Demonstranten, Arbeiter und Studenten. Über 100 von ihnen starben im Feuer der Maschinengewehre von Polizei und Armee; hunderte wurden damals eingesperrt und sind bis heute nicht frei. Bezeichnend ist, daß Springer & Co. damals keineswegs „mit Abscheu und Empörung" reagierten und auch nicht den Abbruch der Spiele verlangten.

Die „Olympische Idee" hat sich längst als ein reaktionäres Hirngespinst erwiesen. Trotzdem ist es der bürgerlichen Propaganda in Zusammenhang mit den Münchner Ereignissen wiederum gelungen, mit der „Olympischen Idee" Verwirrung bei großen Teilen der Bevölkerung zu stiften, die sich durch die Ereignisse um das Schauspiel der „heiteren Spiele" betrogen fühlten. Nationalistische Stimmungen gewannen an Boden. Gegenüber der spontanen Empörung gingen die Ursachen des Konflikts, der sich in München so tragisch zur Geltung brachte, aus dem Blickfeld verloren.

Der folgende Artikel schildert deshalb die Hintergründe der Auseinandersetzungen im Nahen Osten. In der nächsten Nummer des „Ar-

Forts. nächste Seite

Forts. von Seite 1

beiterkampf" werden wir dann den Zusammenhang der Münchner Ereignisse mit der westdeutschen Innenpolitik beleuchten, vor allem die jüngsten Maßnahmen und Pläne des Staatsapparates.

Was wollen die Palästinenser?

Die Geiselnahme in München erfolgte durch Mitglieder der palästinensischen Gruppe „Schwarzer September". Der Name leitet sich vom September 1970 her, als die jordanische Armee die Flüchtlingslager der Palästinenser mit Panzern, Artillerie und Bombern angriff und mehr als 10 000 Menschen ums Leben kamen.

„Schwarzer September" ist eine Randgruppe des palästinensischen Widerstands, dessen größte und bekannteste Organisation „Al Fatah" ist. Die Ereignisse haben dazu geführt, daß es innerhalb des palästinensischen Widerstands erhebliche Meinungsverschiedenheiten über den einzuschlagenden Weg gibt. Einige der Gruppen haben sich fast ausschließlich auf das Feld „spektakulärer" terroristischer Aktionen begeben. Dafür gibt es im wesentlichen drei Gründe:

1. die Regierungen der arabischen Staaten, in denen sich die Massen der palästinensischen Flüchtlinge befinden, engen die politische Arbeit der Widerstands - Gruppen in den Lagern immer mehr ein und isolieren so die Gruppen teilweise von ihrer Basis, so daß einigen von ihnen „spektakuläre" Aktionen im Ausland als einziger Ausweg erscheinen.

2. Einige Gruppen des Widerstands haben ihre soziale Basis vor allem in der fortschrittlichen palästinensischen Intelligenz. Diese Gruppen sind schon von ihrer sozialen Herkunft her von einer politischen Arbeit unter den Massen der palästinensischen Flüchtlinge abgeschnitten. Die „spektakuläre" terroristische Aktion ist eine typische Handlungsweise von Angehörigen der radikalisierten fortschrittlichen Intelligenz, die zur geduldigen politischen Massenarbeit nicht die genügende Standfestigkeit mitbringen und die schnelle, aufsehenerregende „Erfolge" aus sind.

3. Nachdem die meisten arabischen Regierungen den palästinensischen Widerstand nur noch mit hohlen Parolen unterstützen, fehlt es allen Organisationen an finanziellen Mitteln zur Gewährleistung ihrer politischen und militärischen Arbeit. Diese Mittel können z. B. durch Flugzeugentführungen gegen Lösegeld eingebracht werden.

Bei aller Gegensätzlichkeit in taktische Fragen sind sich die palästinensischen Organisationen aber einig in der Zielsetzung ihres Kampfes: Die Rückkehr der Flüchtlinge in ihre Heimat und die Bildung eines palästinensischen demokratischen Staates, in dem Juden und Araber miteinander in Frieden und gleichberechtigt leben werden.

Das historische Gebiet Palästinas umfaßt das heutige Israel und das gegenwärtig von Israel besetzte Gebiet des Staates Jordanien westlich des Jordan. Dieses Gebiet wird seit vielen hundert Jahren von dem arabischen Volk der Palästinenser bewohnt.

Palästina wurde 1920 britisches Völkerbund - Mandat, nachdem es zuvor zum türkischen Reich gehört hatte. Damals waren von den 760 000 Einwohnern des Landes nur etwa 84 000 Juden. In den folgenden Jahren verstärkte sich die jüdische Einwanderung nach Palästina erheblich.

Ideologischer Motor der Einwanderung war der Zionismus. Darunter wird die Idee einer Rückkehr der Juden aus aller Welt ins „Land ihrer Väter" verstanden, aus dem sie vor etwa 2000 Jahren durch die Römer vertrieben wurden.

Jüdische Großkapitalisten stellten das Geld zur Verfügung, mit dem die Zionisten Grund und Boden in Palästina erwarben, um dort die Einwanderer anzusiedeln.

Vom britischen Imperialismus wurde die jüdische Einwanderung in der Absicht gefördert, nationale Gegensätze zu ihrem Mandatsgebiet zu schaffen und die unterdrückte Bevölkerung in sich bekämpfende Teile aufzuspalten (also ähnlich wie in Nordirland). Der Anteil der Juden an der Bevölkerung Palästinas wuchs rasch von 12 % im Jahre 1922 auf 31 % im Jahre 1944.

Den Zionisten gelang es, unter den jüdischen Einwanderern chauvinistische Stimmungen gegen die Araber zu schüren. Jüdische Unternehmer in Palästina wurden gezwungen, ausschließlich Juden zu beschäftigen. Die jüdische Gewerkschaft hetzte die jüdischen Arbeiter zum Kampf gegen ihre palästinensischen Klassenbrüder auf. Bereits in den 20er Jahren hatten die Zionisten damit begonnen, unter den Einwanderern nationalistische Terror - Organisationen aufzubauen, die durch bewaffnete Überfälle und Bombenanschläge die arabische Bevölkerung einschüchtern und zum Verlassen ihrer Heimat zwingen sollten. Die größte von ihnen war die „Hagana", die nach Schätzungen der britischen Mandats - Regierung um 1946 mehrere zehntausend Mitglieder und Sympathisanten hatte. Noch fanatischer und brutaler waren die kleineren Splittergruppen wie „Irgun Zvei Leumi" und die Stern - Bande mit insgesamt 5 – 6000 Mitgliedern. Auf das Konto dieser Gruppen kommen u. a. Massaker an der Bevölkerung ganzer Dörfer.



Palästinensische Freiheitskämpfer

Im November 1947 entschied die UNO, daß auf dem Boden des britischen Mandats zwei Staaten entstehen sollten: Und zwar ein jüdischer Staat auf 56 % des Mandats - Territoriums mit 498 000 Juden und 497 000 Arabern, und ein arabischer Staat mit 750 000 Arabern und etwa 10 000 Juden auf 43 % des Territoriums Palästinas. Jerusalem und Umgebung sollten „Internationale Zone" unter UN - Kontrolle werden. Mit diesem Teilungsergebnis nicht zufrieden, verstärkten die Zionisten den Terror gegen die arabischen Einwohner. Aus hunderten von Dörfern wurden die Einwohner vertrieben. Eine besonders tragische Rolle spielte dabei das Massaker von Deir Yasin (April 1948), wo etwa 300 Einwohner dieses arabischen Dorfes in der Umgebung Jerusalems durch jüdische Terroristen ermordet wurden. Dieses Massaker führte zu einer Panik unter den Palästinensern und zu einem chaotischen Anwachsen der Fluchtbewegung.

Zum Schutz der Palästinenser intervenierten die arabischen Nachbar - Staaten Mitte Mai 1948 in Palästina. Nach wechselnden Kämpfen wurde Mitte Juli ein vorläufiger Waffenstillstand geschlossen. Das neue Palästina - Abkommen vom Juli 1949 vergrößerte den jüdischen Staat auf 77 % Palästinas.

Insgesamt wurden 1947 – 50 über 750 000 Palästinenser aus ihrer Heimat vertrieben.

Zur Zeit des Juni - Kriegs 1967 gab es etwa 2,35 Mio. Palästinenser, also etwa ebensoviel wie Juden in Israel. Von diesen waren Flüchtlinge und deren Familien (besonders in Jordanien und Libanon) 1,34 Mio., Bewohner des West - Jordan - Landes (z. Z. von Israel besetzt) 475 000, Araber in Israel 300 000, Bewohner des Gaza - Streifens (ebenfalls von Israel besetzt) 130 000 und 100 000 Palästinenser in verschiedenen arabischen Staaten.

Das aktuelle Palästina - Problem besteht im wesentlichen aus zwei Punkten:

- **1. Die Frage der Flüchtlinge**
- **2. Die Eroberungspolitik Israels**

Die palästinensischen Flüchtlinge in Jordanien und Libanon, weit über eine Million Menschen, sind bis heute nicht menschenwürdig untergebracht worden. Die große Mehrheit von ihnen ist ohne Arbeit und muß in Lagern und Elends - Quartieren hausen. Die arabischen Staaten sind nicht in der Lage, den Flüchtlingen Arbeit und Brot zu schaffen. Jordanien z. B., das vor Beginn der palästinensischen Massenflucht kaum 400 000 Einwohner hatte, hat heute durch die Flüchtlinge etwa das fünffache von damals an Einwohnern, ohne eine so große Zahl von Menschen „verkraften" zu können. Die „Hilfe" der UNO und einiger kapitalistischer Länder für die Palästinenser (von der in Zusammenhang mit den Münchner Ereignissen wieder viel Aufhebens gemacht wurde), besteht in der Lieferung minderwertiger Nahrungsmittel; zum Leben zu wenig und zum Verhungern zuviel, und jedenfalls nicht geeignet, dem Problem grundsätzliche Abhilfe zu schaffen.

Hieraus ergibt sich die gerechtfertigte Forderung des palästinensischen Volkes, in seine Heimat zurückkehren zu können.

Verschärft wird das Problem durch die Eroberungspolitik Israels. Die Zionisten behaupten, daß Israel nur auf einem T e i l des historischen „Landes ihrer Väter" gegründet sei, und daß es nun das g a n z e „Israel Davids und Salomons" zu erobern gelte. Die Zionisten beanspruchen außerdem, in Israel a l l e Juden aufzunehmen. Die Zahl der Juden in aller Welt liegt wohl über 15 Mio. Menschen. Der israelische Politiker Ben Gurion sprach 1952 davon, daß in Israel „nicht mehr als 6 % des gesamten jüdischen Volkes lebten. Schon 1949 hatte Ben Gurion gedroht:

„Unsere nächste Aufgabe wird nicht leichter zu erfüllen sein, als die Schaffung des jüdischen Staates. Sie lautet: Aufnahme aller Juden in Israel."

15 Mio. Juden – das wäre mehr als die gegenwärtige Bevölkerung der arabischen Staaten Syrien, Irak, Libanon und Jordanien zusammengenommen. Es ist also nur konsequent, wenn die jüdischen Nationalisten offen ein „Israel vom Euphrat bis zum Nil" propagieren.

Dieses Ziel ist aber nur durch Krieg zu erreichen. Daher läßt der israelische Staat keine Gelegenheit ungenützt, militärische Abenteuer zu beginnen und die arabischen Nachbarn durch eine Politik ständiger „Nadelstiche" (Bombenangriffe und Kommando - Unternehmen gegen die Grenzgebiete) zu provozieren. Seit dem „Blitzkrieg" vom Juni 1967 hält Israel weite arabische Gebiete besetzt und weigert sich, diese zurückzugeben. In einigen besetzten Gebieten ist mit der Ansiedlung von Juden begonnen worden. Keinesfalls „aufgeben" will Israel die strategisch wichtigen Golan - Höhen in Südsyrien, den Gaza - Streifen, die arabische Altstadt von Jerusalem und bestimmte militärische Positionen auf der Sinai - Halbinsel. Was das West - Jordan - Land angeht, so strebt Israel eine Lösung mit dem reaktionären jordanischen Regime an, die diesem z. Z. von Israel besetzten Gebiet eine Schein - Unabhängigkeit unter israelischer Kontrolle geben soll. –

Zwar gibt es eine Resolution der UNO, die Israel zur Räumung aller 1967 besetzten Gebiete verpflichtet. Diese Resolution wird aber von der israelischen Regierung mißachtet. Das fällt umso leichter, weil die UN - Mitglieder – und vor allem die Großmächte – keinen Nachdruck auf Durchsetzung ihrer Resolution legen.

Die US - Imperialisten sind die eigentliche Schutzmacht Israels. Die hochmodernen Angriffswaffen der israelischen Armee werden von den USA geliefert. Die USA sind Nutznießer der israelischen Eroberungspolitik, weil diese indirekt auch den Einfluß der USA im Nahen Osten erweitert und Israel als reaktionäres Bollwerk gegen die arabischen Befreiungsbewegungen stärkt.

Allerdings sind die US - Imperialisten bestrebt, ihre Unterstützung der israelischen Eroberungspolitik nicht allzu offen zu zeigen, um einen gewissen Einfluß in den arabischen Staaten zu halten, um die Weltöffentlichkeit zu täuschen und um die Auseinandersetzungen mit der Sowjetunion um den Einfluß im Nahen Osten nicht auf die Spitze zu treiben.

Die Sowjet - Revisionisten ihrerseits sind daran interessiert, die israelische Eroberungspolitik einzudämmen, um gegenüber dem US - Imperialismus in diesem Gebiet nicht noch mehr ins Hintertreffen zu kommen und um ihren politisch - militärischen Einfluß in einigen arabischen Staaten zu erhalten. Sie sind weiter daran interessiert, als Beschützer des palästinensischen Widerstandes zu erscheinen, um die arabischen Massen zu betrügen und um ihren „bremsenden" Einfluß in der palästinensischen Befreiungs - Bewegung umso besser zur Geltung zu bringen. Die sowjetische Regierung hat andererseits die „Realität Israels" anerkannt und lehnt das Programm eines demokratischen palästinensischen Staates mit jüdisch - arabischer Bevölkerung ab, das von den Organisationen des palästinensischen Widerstandes vertreten wird.

Gemeinsam treten US - Imperialisten und Sowjet - Revisionisten mit dem Programm der sogenannten „Politischen Lösung" für den Nahen Osten auf. Das ist so zu verstehen, daß natürlich beide Mächte ihren Einfluß in diesem Gebiet stärken und stabilisieren wollen, ohne aber den Konflikt allzu „heiß" werden zu lassen. Die Vorstellungen der beiden Mächte über die „Politische Lösung" sind daher im Grundsätzlichen übereinstimmend: nämlich darin, daß Israel von den arabischen Staaten in seiner Existenz anerkannt und garantiert werden soll und daß es andererseits zumindest zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht sämtliche besetzten Gebiete behalten

soll. – In Einzelheiten gibt es Unterschiede: so sind die US-Imperialisten bereit, den Verbleib israelischer Truppen in bestimmten Teilen der seit 1967 besetzten Gebiete zu unterstützen, andererseits fordert die Sowjetunion eine Gleichberechtigung der Palästinenser in Israel.

Die Palästinenser lehnen das Programm der „Politischen Lösung" ab. Israel hat es bisher abgelehnt, die besetzten Gebiete zu räumen, so daß gegenwärtig eine „Politische Lösung" nicht einmal realistisch ist. Zum weiteren können die Palästinenser darauf verweisen, daß Israel die bisherigen „Politischen Lösungen" immer nur dazu mißbraucht hat, eine politisch-militärische Atempause zur Festigung des bereits Erreichten und zur Vorbereitung weiterer Eroberungen zu gewinnen. Die „Politische Lösung" geht am eigentlichen Probem vorbei: Israel muß als aggressiver Staat mit einem imperialistischen Eroberungs-Programm „vom Euphrat bis zum Nil" verschwinden und das Recht des palästinensischen Volkes auf ein menschenwürdiges Leben in seiner Heimat muß verwirklicht werden. Die Lösung liegt in der Schaffung eines palästinensischen Staates, in dem Araber und Juden miteinander leben können.

Die meisten arabischen Regierungen bekunden wortreich ihre „Unterstützung" der palästinensischen Befreiungsbewegung und richten lautstarke Verwünschungen gegen Israel, propagieren den unmittelbar bevorstehenden „Heiligen Krieg" gegen Israel. Aber die nationalistische Propaganda gegen Israel dient in Wahrheit den arabischen Regierungen nur dazu, die Massen zu betrügen. Die arabischen Staaten sind auf einen Krieg gegen Israel weder militärisch vorbereitet, noch wollen sie ihn politisch. Das weiß die israelische Regierung genau; sie nutzt aber die abenteuerlichen und nationalistischen Kriegs-Drohungen der arabischen Regierungen aus, um ihrer eigenen Kriegs- und Eroberungspolitik den Schein der Rechtfertigung zu geben.

In der bürgerlichen Propaganda anläßlich der Münchner Ereignisse hat die Behauptung eine große Rolle gespielt, einige arabische Regierungen würden „das Treiben der Terroristen dulden und unterstützen". Daran ist nur soviel richtig, daß die meisten arabischen Regierungen es vorziehen, die palästinensische Befreiungsbewegung nicht offen zu bekämpfen, weil sie berücksichtigen, welch starke Sympathien der palästinensische Kampf bei den arabischen Massen hat. Aber den palästinensischen Organisationen ist es in den arabischen Ländern kaum möglich, selbständig politisch zu arbeiten. Insbesondere hat das reaktionäre jordanische Regime – in Jordanien lebt der größte Teil der palästinensischen Flüchtlinge – die Widerstandsorganisationen und ihre Stützpunkte in den Lagern immer wieder militärisch angegriffen und die politische Arbeit der Widerstandsorganisationen unter den Flüchtlingen unterdrückt. Auch die Regierung des Libanon, wo ebenfalls viele Palästinenser leben, behindert den Befreiungskampf nach Kräften. Allen arabischen Regierungen gemeinsam ist die Angst, die von ihnen unterdrückten Völker könnten durch den palästinensischen Befreiungskampf „angesteckt" werden.

Die arabischen Regierungen (mit Ausnahme Jordaniens) haben zwar in Worten die von den Großmächten befürwortete „Politische Lösung" zurückgewiesen. In Wahrheit sind sie durchaus an einer solchen Lösung interessiert, wobei sie den palästinensischen Widerstand nur als Druckmittel für kommende Verhandlungen mit Israel einkalkulieren. Nicht die arabischen Regierungen, wohl aber die arabischen Massen stellen einen mächtigen Rückhalt für die palästinensische Befreiungsbewegufng dar.



Palästinensische Freiheitskämpfer

Wie ist die Münchner Aktion einzuschätzen?

Die Münchner Ereignisse haben der Auseinandersetzung um die Kampfformen der Revolutionäre neuen Auftrieb gegeben.

Das widerwärti gste Verhalten legte wieder einmal die DKP an den Tag. In einer verteilten Sonderausgabe ihrer Zeitung "UZ" hieß es, die "Olympische Idee" sei "stärker als alle Störversuche". Was wir zur "Olympischen Idee" als einen Ausdruck reaktionärer und betrügerischer bürgerlicher Ideologie meinen, haben wir bereits geschrieben.

Weiter schreibt die DKP, die Münchner Ereignesse "mahnen zum Kampf gegen Gewaltpolitik". Damit landet sie direkt bei den bürgerlichen Pazifisten, bei den Predigern der Gewaltlosigkeit. Das "Kommunistische Manifest" von Marx und Engels hat die DKP längst schon ersetzt durch die "Bergpredigt" von Jesus. Die Gewaltpolitik und Eroberungspolitik Israels ist eine Tatsache. Das elende Schicksal der palästinensischen Flüchtlinge seit 25 Jahren ist eine Tatsache. Diese Tatsachen lassen sich nicht wegpredigen. Auf der anderen Seite ist klar, daß die imperialistische Gewaltpolitik immer wieder den gerechtfertigten Widerstand der Unterdrückten, Ausgebeuteten und Verelendeten hervorruft. Gegenüber diesem Widerstand haben die Kommunisten noch nie die Rolle von Predigern gegen die "Gewaltpolitik" übernommen, sondern haben diesen Widerstand begrüßt und unterstützt. Wir wissen zu unterscheiden zwischen den Herrschenden einerseits, von denen die Gewalt ausgeht, und zwischen den Unterdrückten andererseits, die sich mit revolutionärer Gewalt zur Wehr setzen und um ihre Befreiung kämpfen.

Etwas anderes ist es, ob man die Münchner Aktion des „Schwarzen September" für einen vertretbaren Ausdruck revolutionärer Gewalt hält. Dazu schreibt die DKP in ihrer Sonder-„UZ":

„Die DKP unterstreicht ihren Standpunkt, daß mit Mord, Erpressung und Terror weder Frieden udn Fortschritt noch den berechtigten Forderungen der arabischen Völker nach Beendigung der israelischen Aggression gedient ist. Die DKP verurteilt den Terror."

Kommunisten haben noch nie „den Terror" abgelehnt. Was sie als für den revolutionären Kampf schädlich ablehnen, ist der individuelle Terror; d.h. terroristische Aktionen losgelöst vom Kampf der Massen. Lenin schrieb dazu:

„Grundsätzlich haben wir den Terror nie abgelehnt und können wir ihn nicht ablehnen. Er ist eine Kampfhandlung, die in einem bestimmten Zeitpunkt der Schlacht, bei einem bestimmten Zustand der Truppe und unter bestimmten Bedingungen durchaus angebracht und sogar notwendig sein kann."

(Lenin, Was tun?)

Die DKP verurteilt nicht nur pauschal den Terror „an sich" und zeigt damit erneut, wie wenig sie mit der großen revolutionären Theorie von Marx und Lenin zu tun hat. Sie benutzt auch die Empörung breiter Teile der Bevölkerung über das Vorgehen der Palästinenser in München, um ihre pazifistischen Sprüche an den Mann zu bringen und um den revolutionären Kampf in seiner bewaffneten Form überhaupt zu verleugnen.



Die Genossen des KB Bremen haben auf die Münchner Ereignisse sehr rasch und klärend mit einem Massen-Flugblatt reagiert. Die Bremer Genossen haben in diesem Flugblatt den bewaffneten Kampf des palästinensischen Volkes für grundsätzlich berechtigt erklärt. Zur Aktion des „Schwarzen September" jedoch bemerkten sie: „Der Überfall der Terroristen auf die israelische Olympiamannschaft schadet dem Befreiungskampf des palästinensischen Volkes." Sie habe sich nicht gegen die zionistischen Politiker gerichtet, sondern gegen normale israelische Bürger.

Und weiter der KBB: „Aufgabe der palästinensischen Revolutionäre ist es, die arabischen Volksmassen aufzuklären, sie zu organisieren und zu bewaffnen, um ihnen den Weg zu ihrer Befreiung zu öffnen ... Außerhalb jeder ernsthaften politischen Massenaktion verübte Anschläge von Terroristen auf nicht unmittelbar verantwortliche Personen sind nichts anderes als Mord ..."

Wir halten es für schwierig und auch für unrichtig, aus der Sicht der westdeutschen Kommunisten zu beurteilen, ob eine bestimmte Handlung von Palästinensern nützlich für deren Kampf ist oder ob sie schädlich ist. Wir können ohne weiteres einschätzen, daß die Revolutionäre des „Schwarzen September" durch ihre Münchner Aktion der westdeutschen Kapitalistenklasse geholfen haben, die Massen zu verwirren, nationalistische Stimmungen zu schüren und eine Schein-Rechtfertigung für den weiteren Ausbau des Staatsapparats zu finden. Wir verstehen aber auch, daß die palästinensische Revolution auf diesen Gesichtspunkt kaum Rücksicht nehmen kann. Wir können weiter sagen, daß wir für unseren Kampf ein Vorgehen wie das des „Schwarzen September" in München nicht für vertretbar halten; normale Bürger eines imperialistischen Staates als Geiseln festzuhalten, scheint uns weder moralisch vertretbar noch politisch sinnvoll. Wir verstehen aber, daß die Palästinenser die Dinge anders sehen könnten. Wo es um den Kampf gegen die zionistische Eroberungspolitik geht, um die Befreiung hunderter von politischen Gefangenen, um das Schicksal hunderttausender Flüchtlinge in den Lagern, mögen moralische Bedenken [illegible] das Schicksal von einem Dutzend israelischer Sportler in den Hintergrund treten. Zumal die Revolutionäre des „Schwarzen September" mit Recht betonen, daß sie am Tod der israelischen Sportler natürlich nicht interessiert waren, sondern daß diese als Geiseln nur lebend nützlich sein konnten.

Wir meinen schließlich, daß mit Geiselnahme und ähnlichen Aktionen weder die Befreiung politischer Gefangener in Israel zu erreichen ist (weil die israelische Regierung die Festhaltung der Gefangenen höher stellt als das Leben ihrer Bürger, von deren gewaltsamen Tod sie sogar politisch noch profitiert), noch daß dies im Ausland das Verständnis für den palästinensischen Befreiungskampf zu stärken vermag.

Das bedeutet jedoch nicht unter allen Umständen, daß solche Aktionen für den palästinensischen Kampf nutzlos oder gar schädlich sind.

Das gegenwärtige Stadium der palästinensischen Revolution ist durch eine Reihe von Besonderheiten gekennzeichnet. Dazu gehört, daß die Tätigkeit der Widerstandsorganisationen unter den Massen der Flüchtlingslager fast bis zur Unmöglichkeit erschwert ist. Deshalb ist es unrichtig und dumm, wenn die Bremer Genossen den „gescheiten" Hinweis geben, die eigentliche Aufgabe der palästinensischen Revolution sei die Organisierung und Bewaffnung der Massen. Das geht an den Realitäten vorbei. Organisierung und Bewaffnung der palästinensischen Massen – das heißt unter den nun einmal gegebenen Umständen auch Kampf gegen die arabischen Regierungen, die den palästinensischen Befreiungskampf verhindern wollen, vor allem Kampf gegen die reaktionären Regierungen des Libanon und Jordanien, wo sich die Masse der palästinensischen Flüchtlinge befindet. Das bedeutet, daß der palästinensische Befreiungskampf den revolutionären <u>Sturz</u> der jetzigen reaktionären Regierungen zumindest Jordaniens und des Libanon zur Voraussetzung hat. Das aber können die Palästinenser nicht allein, es erfordert ein Bündnis mit den Volksmassen dieser Staaten.

Es scheint, daß solche Aktionen wie die Geiselnahme in München dazu dienen, die kämpferische Solidarität der arabischen Massen mit dem palästinensischen Befreiungskampf enorm zu stärken und überdies den durch das Vordringen der Reaktion eingeschüchterten Massen der palästinensischen Flüchtlinge neue Hoffnung und Siegeszuversicht zu geben. So wäre es falsch, das Vorgehen des „Schwarzen September" mit den terroristischen Anschlägen der „Baader-Meinhof-Gruppe" auf eine Stufe zu stellen. Die „Baader-Meinhof-Gruppe" ging davon aus, die „verbürgerlichten" westdeutschen Arbeiter durch ihre Anschläge „aufzurütteln"; die Gruppe ging soweit, Anschläge gegen Angehörige der Arbeiterklasse – bei Springer – durchzuführen. Diese Anschläge hatten bei den Massennicht die geringste Sympathie, sondern stießen auf entschiedene Ablehnung. Anders ist es mit dem Terror von Gruppen wie „Schwarzer September." Solche Aktionen werden von den arabischen Massen begrüßt und geben ihnen Hoffnung. Sie dienen dazu, in der gegenwärtig schlechten Situation jene Erfolge zu organisieren, die dem palästinensischen Volk helfen, sich gegen die Anschläge der arabischen Reaktion zusammenzuschließen und ein festes Bündnis mit den arabischen Massen zu schaffen.

Ob damit die Aktionen solcher Gruppen unter Berücksichtigung <u>aller</u> Gesichtspunkte – besonders der internationalen Auswirkungen – politisch sinnvoll und gerechtfertigt sind, vermögen wir allerdings nicht zu be[illegible]ilen.

Arbeiterkampf

Herausgeber - Druck - Verlag
J. Reents, Verlag Arbeiterkampf
2 Hamburg 13, Rutschbahn 35
verantwortl. Redakteur: Kai Ehlers, Verlagsadresse
presserechtlich verantwortl.:
Kai Ehlers, Verlagsadresse
Auflage: 16.000
Erscheinungsweise: monatlich
Verkaufspreis: 50 Pfg.

Verlagskonten = Dresdner Bank, Kto. Nr. 451 8378 J. Reents
Postscheckkonto Hamburg 240 595 J. Reents

KONTAKTADRESSEN DES KB

<u>BREMERHAVEN:</u> Arbeiterbuch Pol. Buchhandlung, 285 Bremerhaven, Bürger 198", tgl. 12.30 – 18,30 Uhr, Tel. 41 24 54

<u>EUTIN:</u> H. Lankau, 242 Eutin-Großmeinsdorf

<u>FLENSBURG:</u> M. Göhler, 239 Flensburg, Postfach 459

<u>FRANKFURT:</u> D. Müller 6232 Bad Soden, Postfach 1371, Tel. 0611 / 30 61 71 Mo. 18 – 21 Uhr, Do. 18 – 21 Uhr

<u>HAMBURG:</u> Arbeiterbuch, Pol. Buchhandlung, 2 HH 13, Grindelhof 45, Tel. 45 38 01, tgl. 9 – 18.30 Uhr

<u>OLDENBURG:</u> D. Seidel, 29 Oldenburg, Ziegelhofstr. 37, Tel. 1 08 88, Mi. 17 – 18 Uhr.

David + GOLIATH

Heimliche Vorbereitung auf den IG-Chemie Gewerkschaftstag '72

Die ersten Ansätze einer gewerkschaftsoppositionellen Strömung sind erkennbar, wenn sie auch heute noch der Allmacht der Vorstände hoffnungslos unterlegen sind.

Vom 17. bis 23. September tagt in Dortmund der 9. Ordentliche Gewerkschaftstag der IG-Chemie.

Der Gewerkschaftstag ist das oberste Entscheidungsorgan der Organisation.

Er hat u.a. folgende Aufgaben:
- die ökonomischen und politischen Zielsetzungen der Gewerkschaft für die nächsten Jahre zu bestimmen;
- Satzungsänderungen zu beschließen;
- über die an ihn gestellten Anträge zu entscheiden;
- den Hauptvorstand zu wählen.

Der Gewerkschaftstag findet alle drei Jahre statt.

Der Augustausgabe der „Gewerkschaftspost" lag eine 40-seitige Beilage bei. In ihr wurden über 360 Anträge zum Gewerkschaftstag veröffentlicht. Die Veröffentlichung der Anträge erfolgte allerdings erst nach Antragsschluß. Nur sehr aufmerksame Leser der „Gewerkschaftspost" konnten schon früher – in winzigen redaktionellen Hinweisen – erfahren, daß ein Gewerkschaftstag bevorsteht. Das reichte aber keineswegs aus, um ein breites Interesse der Mitglieder und Vertrauensleute an dem Gewerkschaftstag zu wecken.

Die Chemiearbeiterschaft der Bundesrepublik hat in den seit dem letzten Gewerkschaftstag vergangenen drei Jahren bedeutendere Kämpfe geführt, als in vielen Jahren zuvor. Vor allem im Streik 1971 – dem ersten Branchenstreik seit 50 Jahren – hat die große Masse streikender Kollegen wichtige Erfahrungen im Kampf gegen die Kapitalisten und eine halbherzige, verräterische Gewerkschaftsführung gesammelt. In einer beträchtlichen Anzahl von Betrieben haben sich aus diesen Kämpfen heraus Gruppen aktiver, bewußter Gewerkschafter, Vertrauensleute und Betriebsräte gebildet. Sie setzen sich dafür ein, daß die große Masse der Mitglieder die Gewerkschaften wirklich wieder zu ihrem Kampfinstrument ausbauen.

Diese Kollegen werden von kapitalhörigen Gewerkschaftsführern immer wieder in ihrer Arbeit behindert, verleumdet und unter Druck gesetzt. Gewerkschaftsausschlüsse gegen solche Kollegen mehren sich (Vergl. dazu den Artikel in diesem Arbeiterkampf: „Gewerkschaftsschädigendes Verhalten"?).

Die Ansätze einer innergewerkschaftlichen Opposition in den Betrieben sind noch stark zersplittert und sind derzeit für die Gewerkschaftsführung noch keine echte Gefahr. Aber die Gewerkschaftsführung weiß sehr gut, daß sich das in ein paar Jahren ändern kann, wenn die Arbeiterklasse sich gegen die zunehmenden Angriffe der Kapitalisten stärker zur Wehr setzt. In dem Maße wird auch der „Druck von unten" gegen die reaktionären Gewerkschaftsführer zunehmen. Um ihren Einfluß und ihre Positionen nicht zu verlieren, geht die Gewerkschaftsführung nach dem Grundsatz vor: „Wehret den Anfängen!"



Chemie - Streik 1971: 12 000 Chemiearbeiter in Köln fordern durch rhythmisches Rufen „Urabstimmung – Urabstimmung" die Gewerkschaftsführer auf, die Masse der Arbeiter an den Entscheidungen im Lohnkampf zu beteiligen. Auf dem Gewerkschaftstag wird diese Massen - Forderung nur von einer kleinen Handvoll gewerkschafts - oppositioneller Kollegen vertreten, die deswegen als „Linksradikale" angegriffen werden

Die Anträge zum Gewerkschaftstag spiegeln den Kampf und das Kräfteverhältnis zwischen Gewerkschaftsführung und den Spitzen der oppositionellen Strömung wieder. Zum erstenmal stehen Anträge auf der Tagesordnung, in denen die Autonomie der Vertrauensleute bei der Entscheidung über Arbeitskämpfe und eine umfassende Mitwirkung derselben während der Kämpfe selbst verlangt wird.

Demgegenüber will der Hauptvorstand in einer Reihe von Anträgen entscheidende Rechte der Mitglieder weiter beschneiden. Die Mitglieder sollen aus der gewerkschaftlichen Willensbildung möglichst ganz und gar ausgeschaltet werden. Dazu dient ein Antrag (Nr. 20, „Verwaltungsstellen"), in dem der Hauptvorstand die Abschaffung der regelmäßigen Mitgliederversammlungen der Verwaltungsstellen fordert. Damit soll jeder regelmäßige und organisierte überbetriebliche Erfahrungsaustausch der Kollegen verhindert werden. Der Hauptvorstand begründet seinen Antrag mit dem demagogischen Hinweis, daß die Verwaltungsstellen der IG-Chemie ohnehin in den letzten 15 Jahren keine Versammlungen mehr einberufen hätten. Dieser untragbare Zustand soll nun satzungsmäßig konserviert werden. Dahinter steckt die Angst, daß eine stärker werdende Gewerkschaftsopposition – im Rückgriff auf noch bestehende fortschrittliche Satzungen – diese Mitgliederversammlungen wieder erzwingen könnte. Auch gegen den Willen der Verwaltungsstellen.

Für stärkere Beteiligung der Mitglieder und Vertrauensleute bei Tarifkämpfen

Der Streik, die geschlossene Verweigerung der Arbeitskraft, ist derzeit das wirksamste Mittel der Werktätigen, den Kapitalisten mehr Lohn und bessere Arbeitsbedingungen abzufordern. Deshalb wollen die Kapitalisten, daß möglichst wenig gestreikt wird – und wenn, dann unter schärfster Kontrolle und Dirigierung einer Gewerkschaftsführung, die in der Lage ist, die Kämpfe schwach und zersplittert zu halten. Die „Punktstreik- und Nadelstichtaktik" im letzten Chemiestreik hat das gezeigt. Wenn die Kollegen ohne „Erlaubnis" und Billigung dieser Gewerkschaftsführung in den Streik treten, dann bekommen sie keine Unterstützung – über die Gewerkschaftssatzungen und Tarifrichtlinien sichert sich der Hauptvorstand umfassende Befugnisse und Einflüsse auf die Lohnkämpfe. „Der Hauptvorstand beschließt über die Vorbereitung und Durchführung von Urabstimmungen und Arbeitskämpfen" (Satzung, § 15,1). „Der Streik wird durch Anordnung des Hauptvorstandes beendet". Die Anordnung kann jederzeit erfolgen, wenn die Umstände es erfordern" (Satzung, § 20). Die Streikenden haben nicht den geringsten Einfluß auf Streikbeginn, Streikform, Streikziel und Streikdauer.

Nun verlangt der Hauptvorstand in einem Antrag (Nr. 5 „Tarifrichtlinien"), „um eine umfassende Mitwirkung der Vertrauensleute und Mitglieder auf breiter Basis zu ermöglichen":
- sollen zur Aufstellung von Forderungen vor Beginn der Tarifverhandlungen Vertrauensleute-Vollversammlungen stattfinden.
- Die Vertrauensleute-Leitungen „fassen diese Forderungen zusammen."
- Die Verwaltungsstelle leitet sie an den Verhandlungsführer und dieser in die Tarifkommission.
- Die Tarifkommission „berücksichtigt" sie bei der Aufstellung ihrer Forderung. Ihre Verhandlungs- und Abschlußvollmacht wird dadurch nicht eingeschränkt.(!!!)
- Die Vertrauensleute werden verpflichtet, das Ergebnis der Tarifverhandlung den Mitgliedern „im gewerkschaftlichen Sinne" zu erläutern.

Wahrlich, eine tolle Mitglieder-Demokratie! Von der uneingeschränkten Macht eines kleinen Königs aus ruft der Hauptvorstand nach der „Mitwirkung der Mitglieder auf breiter Basis." In Wirklichkeit gibt er keinen Zoll von seinem Alleinbestimmungsrecht her. Er muß aber einen demokratischen Anschein errichten, um die Kontrolle über die unruhiger werdende Basis nicht zu verlieren.

Gegen den Antrag des Hauptvorstandes stehen viele Anträge, die für eine wirkliche Demokratie bei gewerkschaftlichen Kämpfen eintreten. Die Delegierten der Verwaltungsstelle Darmstadt machten auf Initiative der Vertrauensleute von Merck den weitestgehenden Vorstoß. Bei Merck gibt es eine besonders starke innergewerkschaftliche Opposition. Die Vertrauensleute-Leitung von Merck schrieb über ihre Arbeit mit Bezug auf den hart geführten Streik 1971: „Die Auseinandersetzungen zwischen den Streikenden und der Geschäftsleitung, der von ihr gerufenen Polizei und der Justiz konnten bei der fehlenden Vorbereitung und Koordination durch die Bezirksleitung nur durchgestanden werden, weil seit etwa drei Jahren eine konsequente gewerkschaftliche Mobilisierungsarbeit im Betrieb geleistet worden war."

Im Dienste dieser Politik steht der Antrag der Vertrauensleute von Merck (Nr. 4):

„1. Die Bezirksleitungen sind verpflichtet, unmittelbar nach Erlöschen der Friedenspflicht bezirkliche Vertrauensleute-Vollversammlungen einzuberufen. Anträge auf Durchführung von Arbeitskämpfen können nach Erlöschen der Friedenspflicht von den Tarifkommissionen u n d von bezirklichen Vertrauensleute-Vollversammlungen gestellt werden.

2. Wenn die Tarifkommissionen oder 75 % der bezirklichen Vertrauensleute-Vollversammlung die Durchführung von Arbeitskämpfen fordern, muß der Hauptvorstand diesen Beschlüssen Rechtswirksamkeit verleihen.

3. Anträge von Vertrauenskörpern einzelner Betriebe auf Durchführung von Arbeitskämpfen sind bei der Entscheidung des Hauptvorstandes zu berücksichtigen. Bei Ablehnung muß die Entscheidung des Hauptvorstandes gegenüber den Vertrauenskörpern schriftlich begründet werden."

Die Vertrauensleute von Merck und von Veba-Glas AG, Essen, verlangen, daß Tarifkommissionsmitglieder grundsätzlich gewählt werden müssen, und zwar auf Vertrauensleute-Vollversammlungen! (Vgl. Anträge Nr. 7 und 8)

Es sollen Mitglieder- oder Vertrauensleuteversammlungen
- vor der Tarifrunde zur Diskussion von Forderungen,
- nach Abschluß des Tarifvertrages,
- nach der Landesschlichtung im Falle des Scheiterns

stattfinden. (Nr. 25, von Merck). Die Vertrauensleute der Veba-Glas AG wollen zwischen Verhandlungsende und endgültigem Abschluß eines Tarifvertrages eine Pause von acht Tagen, während der die Tarifkommission den Vertrauensleuten und Mitgliedern über den Stand der Verhandlungen und das Ergebnis berichten müssen. (Antrag Nr. 7). Der Vertrauenskörper von

Forts. Seite 13

In eigener Sache

Liebe Leser!

Wir sind gezwungen, den Verkaufspreis unserer Zeitung auf 50 Pfennig zu erhöhen. Unser alter Preis im freien Verkauf von zuvor 30 Pfennig entstand auf der Basis einer kalkulierten Zahl von 8 Seiten pro Exemplar. Inzwischen beträgt der Umfang unserer Zeitung aber schon 20 Seiten.

Grundsätzlich meinen wir, daß eine Zeitung, die wir verkaufen und nicht verschenken, sich im wesentlichen selbst tragen muß. Dafür ist diese Preiserhöhung dringend notwendig.

Die Herstellungskosten der Zeitung liegen sogar noch über 50 Pfennig, abgleich wir die Auflage inzwischen auf 16.000 Exemplare steigern konnten. Die Kosten wären sogar noch beträchlich höher, wenn nicht eine Vielzahl unserer Genossen und Freunde sich uneigennützig bei der Herstellung der Zeitung und ihrem Verkauf einsetzen würden.

Leider sind wir nicht in der Lage, auf ein besseres und kostensparenderes Druckverfahren (Rotation) schon jetzt umzusteigen. Alle infrage kommenden Druckereien, mit denen wir bisher verhandelten, haben uns boykottiert. Die übergroße Mehrheit großer Rotations-Druckereien ist fest in der Hand der rechtsradikalen Großverlage Springer und Bauer, bzw. von ihnen vollkommen abhängig. Diese drucken zwar liebendgern faschistische Blätter und Pornographie, nicht aber eine kommunistische Arbeiterzeitung. Dasselbe gilt für SPD-nahe Verlage, für die auch ein generelles Druck-Verbot für kommunistische Zeitungen besteht.

Andererseits sind wir nicht in der Lage, unsere Zeitung über fette Anzeigen aus „Industrie- und Wirtschaftskreisen" zu finanzieren, wie es bei allen bürgerlichen Zeitungen gang und gebe ist. Bei diesen Zeitungen spielt der Verkaufpreis nur eine untergeordnete Rolle.

Wir hoffen, daß unsere Leser Verständnis haben für die notwendige Preiserhöhung.

AK-Redaktion und Verlag

Ein 'ehrlicher' Kapitalistenknecht?



... Nummern sein gehört zum Wesen des Menschen im industriellen Massenzeitalter."

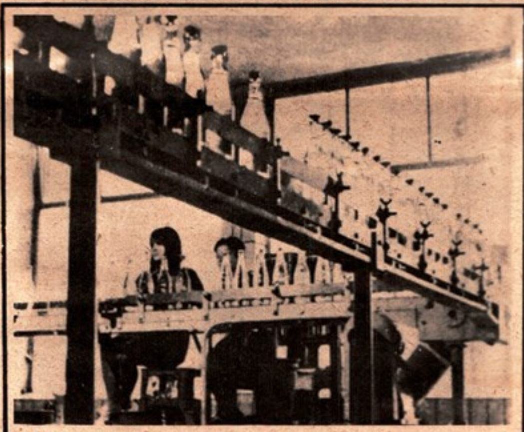
Ein Arbeiter kontrolliert Webautomaten

Wir drucken hier einen Auszug aus einer Vortrags-Rede des BASF-Direktors Dr. Hans-Albrecht Bischoff ab. Dieser Text dient auch als Unterlage gewerkschaftlicher Schulungsarbeit der IG-Chemie in Bad Münder. In überraschender Offenheit erklärt der Kapitalisten-Knecht Bischoff hier, was er und seinesgleichen vom „lieben Mitarbeiter", den Arbeitern und Angestellten also, halten:

"... Der Mensch steht keinesfalls etwa – wie Neoromantiker der Sozialpolitik es so gern sähen – im Mittelpunkt des Betriebes. Dort steht etwas ganz anderes. Dort steht die Produktion, der sachliche, der wirtschaftliche Erfolg. Denn um ihretwillen ist der Betrieb da.

Um ihretwillen ist der Betrieb das, was er ist, und so, wie er ist: Ein technisches Gebilde mit einer sachbezogenen, d. h. auf ein sachliches Ziel gerichteten Organisation. Der Betrieb ist keine Heimat und keine Evangelische Akademie; kein Arbeiterwerk, kein Einsatz von Industriepfarrern wird ihn dazu machen. Sein alleiniger Zweck ist die Produktion von Gütern, von Waren, die andere brauchen. Alle seine Mittel sind darauf ausgerichtet, und miteinander dahingehend abgestimmt, dieses Ziel bestmöglich zu erreichen, d. h. so billig wie möglich und so gut wie möglich so viel Güter zu produzieren und abzusetzen, wie möglich. Damit dies erreicht wird, muß der Betrieb funktionieren, muß jeder seiner Teile funktionieren, müssen alle seine technischen und organisatorischen Mittel funktionieren.

Zu den Mitteln, die er hat und deren er sich bedienen muß, damit das Ziel erreicht wird, gehören auch Menschen. Da alle Mittel funktionieren müssen, müssen auch die Menschen funktionieren. Was funktioniert, ist Funktion. Der Betrieb braucht die Menschen nicht als Menschen, die Gott bei ihrem Namen gerufen hat, sondern als Funktionen. Er braucht nicht den Franz S., nicht den Ernst K., nicht den Heinz B., sondern er braucht einen Schlosser, einen Kraftfahrer, einen Buchhalter. Franz S. ist der Schlosser, Ernst K. der Kraftfahrer und Heinz B. der Buchhalter. Der Betrieb verwendet sie in diesen Funktionen, er braucht sie in diesen Funktionen, in keinen anderen.



BASF-Chef Bischoff: „Der Mensch ist vom Betrieb nicht als Mensch, sondern als Funktion gefragt ...

Arbeiterinnen bei der Flaschenkontrolle

Braucht er keinen Buchhalter mehr, weil dessen Arbeit von einer Rechenmaschine übernommen wird, so muß er sich von Heinz B. trennen, so wertvoll dieser als Mensch auch sein mag. Denn dem Betrieb nützt der wertvolle Mensch nichts, sondern ihm nützte bisher der Buchhalter. Wird Ernst K. so nervös, daß er den Straßenverkehr nicht mehr bewältigen kann, so muß der Betrieb sich von Ernst K. trennen. Es kann ihm nicht auf den Menschen, sondern nur auf den Kraftfahrer K. ankommen. Da K. nicht mehr Kraftfahrer sein kann, muß er gehen, und der Betrieb muß einen neuen Kraftfahrer einstellen, denn den braucht er.

Das klingt unmenschlich und ist auch unmenschlich. Aber es ist nicht im moralischen Sinne unmenschlich, sondern in einem ganz nüchtern-sachlichen. Der Mensch ist vom Betrieb nicht als Mensch, sondern als Funktion gefragt. Der Mensch als solcher ist für den Betrieb nichts, die Funktion, die er ausüben kann, alles. Ganze Berufe fallen weg, und die Menschen, die sie ausübten, werden überflüssig, wenn sie nicht anders nutzbar sind: Umgeschult oder umgelernt.

Der Betrieb braucht noch einen anderen Menschen als Mittel dafür, daß alles funktioniert, daß der Betrieb funktioniert. Das ist Werner F., der Funktionär. Denn ein Funktionär ist ein Mensch, der dafür zu sorgen hat, daß Funktionen, eine Apparatur, eine Organisation, vor allem aber andere Menschen in ihren Funktionen und damit als Funktionen funktionieren. Fällt der Funktionär aus, so muß er schnell ersetzt werden. Er muß ersetzbar sein, und wäre der Chef selber dieser Funktionär. Denn sonst funktioniert der Betrieb nicht mehr. Ein Betrieb, der nicht mehr funktioniert, geht zugrunde.

Funktionen und Funktionäre müssen also wesensmäßig ersetzbar sein. Da sie innerer Teil eines ganzen, des Betriebes sind, sind sie ersetzbares Teil und – von der Kehrseite gesehen – Ersatzteile. Ersatzteile müssen griffbereit, daher eingeordnet, gekennzeichnet, katalogisiert sein, eine Nummer tragen. Das Wesentliche und Wichtigste an ihnen ist diese Nummer, die angibt, wie sie als Ersatzteil verwendet werden können. Ein Mensch aber, dessen wichtigstes, dessen Wesensmerkmal für den Betrieb die Nummer ist, die er trägt, ist selber Nummer. Und in diesem Sinne sind wir alle Nummern. Nummersein gehört zum Wesen des Menschen im industriellen Massenzeitalter."

Soweit also der Kapitalisten-Knecht Bischoff. Der Leser ist empört – natürlich. Doch warum? Ist es etwa nicht so, daß die Arbeiter und Angestellten nur Ersatzteil, nur Nummer sind?

Die scheinbar ‚schonungslose Ehrlichkeit' in Bischoffs Vortrags-Rede erklärt sich gerade daraus, daß dieser Herr ohne ‚beschönigendes' Beiwerk das ausspricht, was ohnehin die Mehrzahl der Arbeiter und Angestellten tagtäglich am eigenen Leib verspürt, nämlich, daß sie wie Ersatzteile eingesetzt, umgesetzt, weggeworfen, eben wie Nummern und nicht wie Menschen behandelt werden.

Bischoff wendet sich in seinem Beitrag gegen die „Neoromantiker der Sozialpolitik", d. h. gegen jene berufsmäßigen Illusionsmacher, die – ohne die tatsächlichen Zustände verändern zu wollen, weil sie von ihnen mitprofitieren – dieselben den Arbeitern und Angestellten durch dümmliche und verlogene Parolen, Phrasen etc. verzuckern wollen. „Der Mensch im Mittelpunkt" – eine dieser verlogenen Parolen, mit denen die DGB-Führer der Arbeiterklasse Sand in die Augen streuen. Und es sind auch dieselben DGB-Führer, die wegen dieser Rede auf die Barrikaden gegangen sind, und nicht etwa wegen der tatsächlichen Zustände, die Bischoff hier ‚schonungslos' dargestellt hat.

Und gegen diesen verlogenen Protest der DGB-Führer, die allenfalls noch die ‚Schlechtigkeit' solcher Kapitalisten-Sprecher wie Bischoff anhand dieser Rede nachzuweisen versuchen, nicht aber die Untauglichkeit und Menschenfeindlichkeit der kapitalistischen Produktion selbst – gegen diesen verlogenen Protest also, nehmen wir Kommunisten einen Bischoff sogar noch „in Schutz".

Natürlich wissen wir, daß Bischoff mit seinem Vortrag alles andere bezweckt, als nun gerade den Arbeitern und Angestellten die Augen zu öffnen. Ihm ging es vielmehr darum, die ganz unbestreitbare Tatsache zutiefst menschenunwürdiger Arbeitsbedingungen in der kapitalistischen Produktion aus scheinbar ganz normalen, natürlichen, nur sachbezogenen Zwängen heraus zu erklären.

Bischoff zeichnet das Bild einer quasi naturgegebenen und gottgewollten Unterwerfung des Arbeiters unter den „Betrieb", unter die Sachzwänge der Produktion: Die Menschen brauchen die Produktion von Gütern, also den „Betrieb", um existieren zu können und deswegen – so etwa folgert Bischoff – sollten sie sich auch den Gesetzmäßigkeiten der Produktion, den Zwängen des „Betriebes" gefälligst unterwerfen.

Der Zweck, den Bischoff mit seiner seltsamen „Logik" verfolgt, ist nur allzu durchsichtig: Die Arbeiter und Angestellten sollen sich abfinden mit ihrer Existenz als Nummer, als Ersatzteil, das z. B. weggeworfen wird, wenn das dem „Betrieb" nützt. Eine Auflehnung gegen diesen Zustand soll als zwecklos, oder gar als unsinnig erscheinen. Denn was soll schließlich eine Auflehnung gegen den „Betrieb" bringen?

Was Bischoff allerdings hier geflissentlich verschweigt, ist die Tatsache, daß die Betriebe in unserem Land das Privateigentum bestimmter Personen sind, eben der Kapitalisten. Und was Bischoff ebenfalls verschweigt, ist die Tatsache, daß es diesen Herrschaften keineswegs darum geht, „so viel Güter zu produzieren ...wie möglich", sondern so viel Profit zu scheffeln wie möglich. Dem Kapitalisten ist der Kamm, das Auto, die Schreibmaschine, also die Güter, die „seine" Arbeiter produzieren, vollkommen gleichgültig.

Nicht der Betrieb als solcher, macht den Arbeiter und Angestellten zum austauschbaren Ersatzteil, zur Nummer. Es ist vielmehr der kapitalistische Betrieb, der den Menschen unterwirft. Es ist der Kapitalist, der die gesellschaftlich notwendige Güter-Produktion seinem privaten Profit-Streben unterwirft und mit ihm auch den arbeitenden Menschen, den er zum „modernen Sklaven" degradiert, ihn ausbeutet und ihn mit Hilfe seines Staatsapparates politisch unterdrückt und ihn daran hindert, das kapitalistische Joch abzuwerfen. Genau dies ist das Wesen der sogenannten „Freien Marktwirtschaft", nämlich der Freiheit der Kapitalisten zu schalten und zu walten, wie es ihrem Profit am besten bekommt und der „Freiheit" des Arbeiters und Angestellten sich an einen dieser Kapitalisten zu verkaufen oder zu verhungern.

Ein Kampf gegen diese „moderne Sklaverei" ist auch keineswegs ein Kampf gegen die Produktion, gegen den „Betrieb", sondern ein Kampf gegen das kapitalistische Eigentum am Betrieb, ein Kampf gegen die Kapitalisten selbst und ihren Staatsapparat.

Bilanz des Docker-Streiks

Am 16. 8. wurde der Docker-Streik in England offiziell beendet (s. „Arbeiterkampf" Nr. 21). Dieser Streik war der vorläufige Höhepunkt einer Reihe militanter Kämpfe der englischen Arbeiterklasse in diesem Jahr.

– Sicherung aller Arbeitsplätze, die derzeit von scharfen Rationalisierungsmaßnahmen der Kapitalisten im Rahmen der Umstellung auf Container-Verkehr gefährdet sind.

– Zahlung der vollen Dockerlöhne, wie sie tariflich festgelegt sind; auch für Hafenarbeiter, die in sog. nichtregistrierten Häfen arbeiten müssen. Ebenfalls Angleichung der Sozialleistungen in diesen Häfen an die tariflichen Bestimmungen.

– Zurücknahme des „Antistreikgesetzes" der reaktionären Heath-Regierung.

Der Streik konnte diese Forderungen nicht durchsetzen, obgleich er mit ungewöhnlicher Ausdauer, Härte und Militanz von den englischen Dockern geführt wurde. Sie mußten sich mit Teilergebnissen abfinden, die ihre verräterische Gewerkschaftsführung für sie „erhandelte."

Die materielle Lage der englischen Dockarbeiter wird sich also weiter verschlechtern. Die englische Kapitalistenklasse ist inzwischen zu einem Generalangriff auf die materielle Lage und die politischen und gewerkschaftlichen Rechte der ganzen Arbeiterklasse übergegangen:

- **Im Auftrag der englischen Kapitalistenklasse, verfügte die reaktionäre Tory - Regierung Lohnleitlinien von 7 – 8 %, die sie jetzt überall durchzusetzen sich bemüht.**
- **Dagegen steigern die Kapitalisten ständig die Preise. Die derzeitige Steigerungsrate liegt bereits bei 9 %, bei den täglichen Verbrauchsgütern der Arbeiter sogar noch höher.**
- **Mit Hilfe der reaktionären Bestimmungen im sog. Antistreikgesetz sollen und werden die Abwehrkämpfe der englischen Arbeiter immer stärker eingeengt.**
- **Aus dem Steueraufkommen der englischen Arbeiterklasse bezahlt die Heath - Regierung nicht nur den brutalen Terrorkrieg gegen die nordirische Bevölkerung, sondern beginnt in noch nicht gekanntem Ausmaß diese Gelder direkt den Kapitalisten wieder zuzustecken, in Form von sog. „Investitionshilfen", „Subventionen", „Steuererleichterungen" usw.**

Ein Finanzplan wurde jetzt von der Heath - Regierung verabschiedet, der die englischen Kapitalisten mal wieder so ordentlich fett machen soll:

– Investitionen dürfen demnach jetzt 100 % ig abgeschrieben werden.

– die ersten 5 Jahresmieten für neugemietete Fabrikgelände in sog. „industriell unterentwickelten Gebieten" bezahlt in Zukunft der „Staat", d. h. dieses Geld wird dem Steueraufkommen der englischen Arbeiterklasse entnommen.

– bei Investitionen in Nordengland übernimmt der Staat auch noch 20 % der Kosten direkt.

– will ein Kapitalist neue Arbeitskräfte „anlernen", erhält er dafür einen staatlichen Zuschuß von 4 – 10 Pfund Sterling (30 – 75 DM) pro Kopf.

Die Kapitalisten anderer westeuropäischer Staaten wittern Morgenluft. Der neue Finanzplan der englischen Regierung dürfte einige von ihnen anlocken, da unter diesen Bedingungen eine Beteiligung an der Ausbeutung der englischen Arbeiterklasse lohnender erscheinen könnte, als in anderen Ländern.

Die westdeutsche Kapitalistenzeitung, das „Handelsblatt" schreibt dazu z. B.:

„Die vom britischen Schatzkanzler bei der letzten Budgetvorlage verteilten neuen Investitionsanreize könnten es auch für deutsche Unternehmer interessanter machen, sich mit Zweigbetrieben in Großbritannien anzusiedeln. ...In der Kalkulation liegen die durchschnittlichen Arbeitslöhne und die Sozialversicherungsbeiträge deutlich niedriger als in der BRD." (29. 5. 72)

Der Streik der englischen Docker ist Teil des Kampfes aller europäischen Arbeiter gegen die wirtschaftlichen und politischen Angriffe der sich zusammenschließenden Kapitalistenklassen Europas.

Die Docker hatten vor rund 10 Monaten ihre Kampfmaßnahmen begonnen. Diese waren anfangs nicht „offiziell" – also nicht von der Gewerkschaftsführung angemeldet. Erst nach 8 Monaten harter Auseinandersetzungen mit den Unternehmern erklärte die Gewerkschaftsführung endlich den Streik für offiziell – nachdem 5 Streikführer ins Gefängnis gesteckt worden waren, die Haltung der Docker deswegen noch unnachgiebiger und militanter wurde und Arbeiter anderer Branchen Sympathiestreiks durchführten. – Während bei uns in der Regel erst nach Anordnung durch die Gewerkschaftsführung Streiks beginnen und „wilde" Streiks seltene Ausnahmen sind, wurden in England bisher mehr als 95 % (!) aller Streiks durch die Arbeiter selbst begonnen. Darin zeigt sich das Vertrauen der englischen Arbeiter in die eigene Kraft und Stärke. Für sie waren die Gewerkschaftssatzungen bisher Satzungen für die Gewerkschaftsführer und nicht mehr. Sie durchschauten deren grundsätzliche Funktion, nämlich durch lange Instanzenwege und undemokratische Formalien Streikbeschlüsse hinauszuzögern und alle Entscheidungen letztlich an die kapitalhörigen Gewerkschaftsführer zu delegieren.

Klassenkämpfe in England

Im Kampf der Docker wurde eine neue Schärfe der Klassenkämpfe in England sichtbar:

Neu war, daß sich die Docker in ihren Aktionen gegen ein bestehendes Gesetz wendeten. Das „Antistreikgesetz" war Anfang des Jahres verabschiedet worden und drohte wild streikenden Arbeitern mit hohen Geld - und Gefängnisstrafen. Während hier in der BRD Aktionen gegen das neue Betriebsverfassungsgesetz nur **vor** der Verabschiedung durch den Bundestag „erlaubt" waren und jetzt jede Stellungnahme dagegen als „Mißachtung von Parlament und Gesetz" gilt, kümmerte es die englischen Arbeiter nicht, ob das „Antistreikgesetz" irgendwo verabschiedet worden war oder nicht. Es ist gegen ihre Interessen und wird deshalb bekämpft.

Ein Gewerkschaftsfunktionär versuchte auf einer Massenversammlung den Dockern vorzuhalten, sie müßten sich an „das Gesetz" halten und dürften nicht „gegen das Gesetz" streiken usw. „Fuck the law!" (etwa: „Scheißt auf das Gesetz!") rief ein Docker unter dem stürmischen Beifall seiner Kollegen. Der Funktionär mußte seine Rede abbrechen.

Neu war auch die Härte der Auseinandersetzungen zwischen Arbeiterklasse und Kapitalistenklasse. Die Hafenunternehmer selbst forderten, indem sie provokatorisch jede Verbesserung der Lage der Docker verweigerten, die politische Bewußtheit und militante Kampfbereitschaft der Docker heraus. Die Docker ihrerseits zwangen durch ihre Geschlossenheit die Klassenjustiz sogar zeitweilig zum Rückzug: Nach 5 Tagen mußten die Richter 5 verhaftete Streikführer wieder aus dem Gefängnis entlassen, weil diese Maßnahme Militanz, Solidarität und Entschlossenheit der Docker nur noch gesteigert und eine breite Sympathie - Streikwelle in ganz England verursacht hatte: 150 000 Arbeiter vieler Branchen legten spontan die Arbeit nieder. Die Kapitalisten setzten alle Mittel ein, um den Widerstand der Arbeiter zu brechen:

- Ausrufen des Notstandes, Drohung, das Militär einzusetzen.
- Knüppeleinsätze der Polizei.
- Massenhafte Verhaftungen von Streikposten und hohe Geldstrafen.
- Diffamierungskampagnen in Presse, Rundfunk und Fernsehen, Progrom - Hetze gegen die Streikenden.

Die Docker ihrerseits wehrten sich, so weit es in ihrer Kraft lag. Sie lieferten der Polizei regelrechte Schlachten. So mancher Polizist mußte ins Krankenhaus, weil die Docker ihn kräftig verprügelt hatten.

Neu war drittens das Ausmaß der eigenständigen Organisierung und Leitung der Kämpfe durch die Shop Stewards, den von den Belegschaften gewählten Vertrauensleuten. Die über die einzelnen Betriebe hinausgehende nationale Organisiertheit der Shop Stewards kam dem Kampf der Docker zugute: Unabhängig von der Gewerkschaftsführung organisierte und finanzierte das „Nationale Shop Steward Komitee" „fliegende Streikposten", die im ganzen Land, vor allem in den kleinen, nicht so gut organisierten Häfen für die Aufrechterhaltung der Streikpostenketten sorgten. Bei national geführten Kämpfen hat die englische Arbeiterklasse (genau wie die anderen Arbeiterklassen Europas) noch wenig Erfahrung. Für die englischen Klassenauseinandersetzungen sind gerade lang und hart geführte Kämpfe **einzelner Belegschaften um betriebsspezifische Forderungen** typisch.

Je ausgedehnter aber ein Kampf ist, um so größere Anstrengung und Erfahrung erfordert es, die Informationen über alle Kampfplätze, über die Stimmung und Meinungen der Kollegen zusammenzutragen, eine einheitliche Strategie zu entwickeln und einheitliche Anweisungen herauszubringen, die über Zeitungen und Flugblätter alle Arbeiter erreichen. Gerade in dieser Beziehung waren die Docker und ihre Shop Stewards natürlich wenig erfahren. Offensichtlich haben gerade die Bewußtesten unter ihnen nach offizieller Beendigung des Streiks die Möglichkeit, den Kampf mit der breiten Masse der Docker inoffiziell fortzusetzen, überschätzt: In 8 Häfen stimmten am 16. 8. die Shop Steward - Komitees dafür, weiter zu kämpfen. Einige Tage später allerdings wurde in den meisten Häfen Englands wieder gearbeitet.



Docker – von der Polizei zusammengeschlagen

Ein Londoner Shop Steward, mit dem wir telefonisch sprachen, sagte uns: „*Wir werden jetzt genau untersuchen, wie die ganze Sache gelaufen ist, was für Erfolge sie gebracht hat und was für Fehler wir dabei gemacht haben ... Ein Fehler ist jetzt schon klar: Wir haben zu wenig informiert, unsere Meinung von der Sache den Kollegen zu wenig dargelegt, zu wenig Zeitungen, Flugblätter, zu wenig Versammlungen. Auch unter uns selbst müssen wir die Erziehungsarbeit verstärken.*"

Diese Informationslücke wurde natürlich von der Bürgerlichen Presse im Sinne des Kapitals voll ausgenutzt: Lügen und Demagogie versuchte sie mit Hilfe ihrer Monopolpresse zu verbreiten, um in der Bevölkerung Verwirrung zu stiften und ein Zerrbild der Streiklage zu zeichnen.

Weil die Docker die ökonomische und politische Notwendigkeit und die allgemein - politische Bedeutung ihre Kampfes nicht breit genug (z. B. in einer Zeitung) dargestellt hatten, war es für die Tintenkulis der Kapitalisten möglich, die Docker als eine „kleine egoistische Gruppe" hinzustellen, die „ohne Rücksicht auf die Allgemeinheit" ihre „privaten Interessen" verfolgt und die „Versorgung der ganzen Bevölkerung" dabei „gefährdet". Zu diesem Zweck druckten die bürgerlichen Zeitungen laufend Bilder ab, auf denen die Vernichtung von Tomaten - und Obstbergen zu sehen war; oder Vieh und Geflügel, das – wie die Zeitungen behaupteten – demnächst notgeschlachtet werden müßte, weil die Futtermittel durch den Dockerstreik bald ausgingen. (Diese Thematik mußte allerdings nach ca. 2 Wochen gewechselt werden, weil die Tiere immer noch gesund und munter waren!)

Diese Taktik ist darauf abgezielt, Teile der Bevölkerung und der Arbeiterklasse gegen die kämpfenden Arbeiter aufzuhetzen und auf die Seite der Kapitalisten zu ziehen.

In einer kleinen Hafenstadt in der Grafschaft Cornwall (Südwestengland) ist ihnen dies bei einem großten Teil der Bevölkerung gelungen. Dort leben mehrere Tausend Arbeiter von der Herstellung von Tonwaren, die zu 70 – 80 % exportiert werden. Den Unternehmern gelang es, den Arbeitern einzureden, nicht sie, die Unternehmer, seien verantwortlich für drohende Lohneinbußen und Arbeitslosigkeit, sondern die 109 Docker in Cornwall, die ihren kleinen Exporthafen bestreikten und die Verschiffung des Tons verhinderten. In dieser abgeschiedenen Gegend, wo Arbeitsplätze besonders knapp sind, brachten die Kapitalisten, indem sie die Angst der Tonarbeiter um ihren Arbeitsplatz schürten, eine richtige faschistische Volksgemeinschaft gegen die Docker auf die Beine. Am .8. marschierten 6 000 Menschen durch die Straßen der Stadt. Presse und Fernsehen feierten den Geist der Stunde: „Arbeiter marschierten neben Direktoren, Spitzenmanagement, Büropersonal, örtlichen Geschäftsleuten und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens ... Cornwall hat nie zuvor solch eine Demonstration der Einheit gesehen ... selbst die Abgeordnete der konservativen Regierung hat es sich nicht nehmen lassen, für ein paar Stunden aus London herbei zu eilen ... " (Times vom 10..8.)

Mit dieser Demonstration hatten die Kapitalisten die Arbeiter gefunden, die aus Angst um ihren Arbeitsplatz und von den Kapitalisten irregeleitet, auf Schildern der ganzen englischen Öffentlichkeit folgende Botschaft der Kapitalisten verkündeten: „Ein fauler Hafen tötet den Export!" „Verschifft den Ton, rettet unser Einkommen!" „Export oder verhungern!".

Diese „Volksgemeinschaft" wurde von der bürgerlichen Presse natürlich begierig aufgegriffen und ausgewalzt, um die Docker zu entmutigen und um ihnen einzureden, die Bevölkerung stehe nicht auf ihrer Seite, sondern auf der der Kapitalisten.

Gewerkschaftsführung – auf der falschen Seite

Die Gewerkschaftsführer trugen mit zur Niederlage der Docker bei. Erst zögerten sie – so lang es irgend ging – ihre Unterstützung für die Docker hinaus. Sie boykottierten sogar aktiv die Aktionen der Docker: Es kam mehrfach vor, daß Gewerkschaftsfunktionäre auf Massenversammlungen – nachdem sie selbst geredet hatten – verhinderten, daß die Shop Stewards zu den Dockern sprechen konnten: Sie drehten in den vom TUC (Dachverband der englischen Gewerkschaften) zur Verfügung gestellten Lautsprecherwagen den Strom ab! Schließlich – als 5 Shop Stewards im Gefängnis saßen – konnte die Gewerkschaftsführung diese Haltung nicht länger beibehalten, ohne sich völlig von den Kollegen zu isolieren: Sie mußte den Streik für offiziell erklären.

Dann – als die 5 wieder draußen waren – hatte sie nichts Eiligeres zu tun, als darauf zu drängen, den Streik so schnell wie möglich zu beenden.

Aldington - Jones: Komplott gegen die Docker

So überredeten sie die Funktionärsversammlung, die über die Weiterführung des Streiks zu entscheiden hatte, den Streik abzubrechen und den „Aldington - Jones - Plan" anzunehmen, obwohl dieser die Forderungen der Docker in keiner Weise erfüllt (dieser Plan wurde von Aldington, dem Vertreter der Kapitalisten und Jones, dem Chef der Transportarbeitergewerkschaft zusammen ausgetüftelt).

- Die Docker hatten Garantien für ihre Arbeitsplätze gefordert. (Fast ein Drittel der rund 40 000 registrierten Docker ist bereits jetzt arbeitslos!) Im Aldington - Jones - Plan werden ganze 290 Arbeitsplätze bis 1973 (!) garantiert!
- Die Docker hatten gefordert, daß die nichtregistrierten Häfen registriert werden. Das hätte bedeutet, daß mit dem tariflosen Zustand, mit der unmenschlichen Überarbeitung der Docker und mit den Hungerlöhnen in diesen Häfen endlich Schluß gewesen wäre und man die Kapitalisten hätte zwingen können, Dockertarife für Dockerarbeit zu zahlen. Aber davon steht im „Aldington - Jones - Plan" kein Wort. Statt daß durch die Registrierung die Hafenkapitalisten **gezwungen** werden, Dockertarife zu zahlen, wird dies den Kapitalisten im Aldington - Jones - Plan nur **empfohlen**.

Um diesen Betrug etwas zu verstecken, wird den Unternehmern, die dieser Empfehlung nicht folgen wollen, damit „gedroht", daß sie die Differenz zwischen gezahlten Löhnen und Dockertarifen an die Dockarbeitsbehörde abführen müssen. Das ist natürlich ein übler Witz. Da wird so getan, als würde das die Unternehmer dazu bringen, die Dockertarife einzuhalten! Dabei ist völlig klar, daß die den Arbeitern vorenthaltenen Gelder über die Nationale Dockarbeitsbehörde wieder in die Taschen der Kapitalisten zurückfließen (als Rationalisierungs-Investitionen in Häfen, die nur den Unternehmern zugute kommen, oder als direkte Subventionen usw.)

Sieg und Niederlage

Zusammenfassend ist festzustellen: insgesamt haben die englischen Docker nicht durchsetzen können, daß ihnen ihre Arbeitsplätze garantiert werden und daß mit den unregistrierten Piratenhäfen Schluß gemacht und Dockerarbeit auch mit Dockertarif bezahlt wird. Diese Niederlage konnten die Docker beim derzeitigen Stand des politischen Bewußtseins und der Organisiertheit der englischen Arbeiterklasse nicht verhindern. Aber andererseits hat diese Niederlage und vor allem der Verrat der Gewerkschaftsführung weiteren Teilen der englischen Arbeiterklasse die Augen geöffnet über den Charakter der kapitalistischen Gesellschaft als Ausbeuterherrschaft und über den Charakter der Gewerkschaftsführung als Agentur der Kapitalistenklasse in der Arbeiterklasse. Dazu kommt, daß die Dokker die Erfahrung gemacht haben, daß es möglich ist, ihre Kämpfe eigenständig und unabhängig von der Gewerkschaftsführung zu organisieren. Daß andere Teile der englischen Arbeiterklasse aus dem Kampf der Docker bereits ihre Lehren gezogen haben, zeigte sich schon Mitte August am Streik der Bauarbeiter.

Bauarbeiterstreik

Schon seit über einem Jahr besteht unter den englischen Bauarbeitern die Forderung nach der 35-Stunden-Woche und nach 30 Pfund Minimum-Wochenlohn. Während der Verhandlungen zwischen Gewerkschaftsführung und Unternehmerverband in diesem Jahr führten die Bauarbeiter mehrere Warnstreiks durch. Mitte August einigten sich die Gewerkschaftsführer mit den Kapitalisten auf 25 Pfund Wochenlohn; für Mai 73 wurde noch eine Anhebung um 4 Pfund auf 29 Pfund vorgesehen. Von der 35-Stunden-Woche war überhaupt keine Rede.

Aber da spielten die Kollegen nicht mit. Spontan legten sie aus Protest gegen dies miese Ergebnis und den Verrat ihrer Gewerkschaftsführung die Arbeit nieder. Allein in London wurde auf 400 Baustellen nicht gearbeitet; insgesamt waren rund 170 000 Bauarbeiter im Ausstand.

Am 15.8. rief die Gewerkschaftsführung dann urplötzlich zur „schnellsten Intensivierung der Streiks" auf den Bauplätzen auf. Auch hier zeigt sich wieder deutlich die Taktik der Gewerkschaftsführung: Bremsen, so lange es geht, und wenn dies nicht hilft, mit irgendeiner schein„radikalen" Losung an die Spitze der Bewegung zu spurten – um dann wieder zu bremsen.

300 000 Arbeiter sollten – ihrem Aufruf zufolge – die Arbeit niederlegen. Der „Guardian", eine bürgerliche englische Zeitung, kommentierte: „Dies sieht wie ein Versuch ... aus, hinter den lokalen Gewerkschaftsführern herzulaufen, die letzte Woche erfolgreich die Streikwelle organisierten ... Gestern sollen an die 100 000 Arbeiter ihre Arbeit niedergelegt haben. Deshalb wird wohl der gestrige Aufruf" (der Gewerkschaftsführer) „ein Versuch gewesen sein, die Situation unter Kontrolle zu bekommen, indem man die Militanten überbietet." In welchem Maß die Gewerkschaftsführer bei den Bauarbeitern bereits an Einfluß verloren haben, wird aus folgenden Ausführungen im „Guardian" deutlich: „Die Gewerkschaften waren nicht in der Lage, die Vereinbarung" (mit den Unternehmern) „durchzusetzen" (bei den Mitgliedern), „in 2 national verbreiteten Zeitungsannoncen beschuldigte der Unternehmerverband die Gewerkschaften, die Vereinbarung zu brechen ... Der Verband sagte gestern: ... Also – wer entscheidet in den Gewerkschaften? Wir sind jetzt in der schwierigen Position, nicht zu wissen, mit wem wir verhandeln sollen und welche Autorität die andere Seite hat. Bevor sie zurückkommen" (die Gewerkschaftsvertreter) „sollen sie zeigen, daß sie die Situation im Griff haben."



Mit geballter Faust begrüßen die Docker Vic Turner – einen der 5 verhafteten Shop Stewards –, als er aus dem Gefängnis entlassen wird.

Tory und Labour – bürgerliche Parteien . . .

Die konservative Regierung hat es nicht geschafft, das Antistreikgesetz in einem Ruck durchzusetzen. Durch ihr provokatorisches Vorgehen hat sie den arbeiterfeindlichen Zweck dieses Gesetzes (Zerschlagung der Arbeiterbewegung) offengelegt und dadurch selbst die „neue Militanz" in den Kämpfen der englischen Arbeiterklasse herausgefordert. Deshalb sind auch die Tories gegenwärtig nicht mehr so gut geeignet, **in der Regierung** für die Kapitalisten Politik zu machen.

Hier zeichnet sich im Gegenteil ein „Come - back" der Labourparty ab. Sie ist in der günstigen Lage, sich als Opposition an die Spitze des Protestes der Arbeiter setzen zu können. So fordern Spitzenpolitiker der Labour Party bereits seit einiger Zeit lautstark die „Abschaffung" des Antistreikgesetzes. Dabei waren gerade sie es, die 1969 den ersten Entwurf für ein solches Antistreikgesetz vorgelegt hatten!

Die Verlogenheit dieser Politik wird vom überwiegenden Teil der Bevölkerung noch nicht durchschaut. Das zeigen Meinungsumfragen und Ergebnisse von Kommunalwahlen, die zwischenzeitlich stattgefunden haben: überall ist ein Anstieg der Stimmen für Labour festzustellen.

Anfang August startete das Gallup - Institut eine Umfrage: „Was würden Sie wählen, wenn morgen Wahlen zum Unterhaus wären?" Die Ergebnisse sahen so aus:

	Gallup - Umfrage Aug. 72	Ergebnisse der Unterhauswahlen 1970	1966
Tories	40 %	46,4 %	41,9 %
Labour	49 %	43,0 %	48,0 %

Nach 1966 hat sich die Labour - Party durch Vorlage des ersten Entwurfes zum Antistreikgesetz die Sympathien großer Teile der Arbeiterschaft verscherzt und einen Wahlsieg der Tories ermöglicht (resignierte Arbeiter enthielten sich der Stimme, ein Teil wählte auch die Tories).

Die Tories gingen 1970 dann zügig und offener daran, das Programm zur Niederwerfung der Arbeiterbewegung durchzuführen: Lohnleitlinien von 7 – 8 %, Verabschiedung des Antistreikgesetzes (wesentlich schärfer, als der Labour Entwurf) und Durchsetzung des Gesetzes mit allen Mitteln: Polizei, Justiz, Militär.

Jetzt ist wieder die Stunde der Labour Party gekommen. Und es ist ganz klar, was das Ergebnis eines möglichen Regierungswechsels sein wird: die Fortsetzung der gleichen Politik im Interesse der Kapitalisten mit anderen Mitteln und Methoden.

Daß die Labour Führer im Verein mit den Gewerkschaftsführern keine **grundsätzlich** andere Politik als die Tories machen wollen, wurde in einem Interview deutlich, das Vic Feather, der Generalsekretär des TUC (Dachverband der englischen Gewerkschaften) dem „Spiegel" gab. Auf die Frage, was unter einer Labour Regierung anders werden würde, sagte Feather: „Das jetzige Gesetz wird abgeschafft werden, und statt dessen wird es ein anderes Gesetz geben. Darüber diskutieren wir gerade mit der Labour Party. Wir haben ein gemeinsames Komitee gebildet, in dem wir das neue Gesetz beraten, damit wir, sobald das jetzige von einer Labour Regierung in einer ihrer ersten Amtshandlungen abgeschafft ist, sofort ein neues Gesetz an seine Stelle setzen können." Auf die Frage des „Spiegel", ob er denn schon mit den Unternehmern über das neue Gesetz gesprochen habe, sagte Feather: „Natürlich. Gerade kürzlich haben wir eine Schlichtungsstelle eingerichtet, die vom 1. September an arbeiten wird".

Über die Vereinbarung mit den Unternehmern, diese Schlichtungsstelle einzurichten, hatte Feather Anfang August gesagt: „Diese Vereinbarung wurde in sehr kurzer Zeit erreicht, ohne den geringsten Groll und in völliger Übereinstimmung der Ansichten. Wir haben dabei vor allem die Notwendigkeit von geeigneten Schlichtungsbestimmungen in der Wirtschaft im Auge. Auseinandersetzungen bringen blutige Nasen auf jeder Seite. Wir wollen Schlichtung und Beruhigung".

Im „Spiegel" - Interview betonte er nochmal: „Unsere (hier meint er sich selbst – als Vertreter der Gewerkschaften sowie den Generaldirektor des Unternehmerverbandes!) Aufgabe wird es nun sein, bei sich abzeichnenden größeren Arbeitskämpfen, etwa in der Automobilindustrie, ... auf beiden Seiten zu vermitteln, **bevor** es zum Streik kommt. Und wenn dann trotzdem gestreikt wird, werden wir versuchen, **möglichst schnell** eine befriedigende Lösung herbeizuführen."

Damit hat Feather klar die Aufgaben der Gewerkschaftsführung definiert: **Die Verhinderung von Streiks** („... vermitteln, **bevor** es zum Streik kommt.") **und das Abwiegeln, wenn die Kollegen „trotzdem" kämpfen** („... **möglichst schnell** eine befriedigende Lösung herbeiführen ..."). Mit anderen Worten: Ordnungsfaktor für die Kapitalisten im Gewand einer Arbeitervertretung – diese Rolle bemüht sich die Gewerkschaftsführung gerade zu spielen und dabei der Arbeiterklasse die Labour Party als politische Alternative zur Tory-Regierung aufzuschwatzen.

. . . kommunistische Partei notwendig

Bisher ist es der englischen Arbeiterklasse noch nicht gelungen, aus dem Teufelskreis der Scheinalternativen der bürgerlichen Parteien auszubrechen und selbst eine Alternative – eine politische Partei – aufzubauen, die im Gegensatz zu Labour und Tory wirklich an den Interessen der Arbeiterklasse ausgerichtet ist. Die Notwendigkeit dieser politischen Partei der Arbeiterklasse wird spätestens dann auch breiteren Teilen der englischen Arbeiter bewußt werden, wenn eine neue Labour-Regierung ihre Hoffnungen auf eine Politik im Interesse der Arbeiter bitter enttäuscht hat.



Wir drucken hier eine – ins deutsche übersetzte – nordvietnamesische Kurzgeschichte ab, die uns die Genossen der „Kommunistischen Initiative" aus Köln zugeschickt haben. Die Geschichte – ein Tatsachenbericht – zeigt die grauenhaften Auswirkungen des US-Bombenterrors über Nordvietnam.

Nach dem dreizehnten US-amerikanischen Luftangriff besuchte ich die Lepraklinik von Quynlap. Auf einer abgestellten Tragbahre unter einem Zeltdach, das provisorisch auf dem steinigen Berghang befestigt war, wandt sich ein bleicher, schwacher Körper. Ärzte, Assistenzärzte und Krankenschwestern beugten sich über die verkümmerte Gestalt und wuschen und verbanden die klaffende Verletzung über ihrer Hüfte. Es war ein Mädchen von achtzehn Jahren, mit einem ovalen Gesicht, das dort verwundet lag. Es starrte in die Weite des Himmels über dem Meer. Vor Schmerz verkrampften sich ihre Hände in dem weißen Decktuch über ihrem Körper. Einige Finger waren verkürzt, verbildet, abgeflacht oder eingekrümmt. Das Fleisch zwischen Daumen und Zeigefinger war eingesunken. Das Mädchen litt an „muskulärer Atrophie", wie die Ärzte es nennen, an Muskelschwund.

Die amerikanischen Verbrecher verschonten nicht einmal die Schwerkranken. Hien und ihre jüngere Schwester Lanh stammten aus der Provinz Quangbinh. Ihre Eltern hatten sie sehr früh verloren. Zu allem Unglück von der Lepra befallen, waren sie vor einigen Jahren ins Hospital von Quynlap gebracht worden. Langh, die als erste außer Gefahr war, wurde von einem kommunistischen Kader adoptiert. Auch Hien war soweit, daß an vollständige Genesung und Entlassung zu denken war – da trafen sie die Bomben- und Granatensplitter.

Dieser Fall war keine Ausnahme. Es gab noch erschütterndere Bilder. May, 18 Jahre alt und aus Thaibin gebürtig, hatte ihre Habseligkeiten schon zusammengebackt. Es fehlten ihr nur noch ein paar Münzen an der Summe, die sie für die Heimreise benötigte. Nun würde sie ihren Heimatort inmitten seiner Reis- und Azollafelder niemals wiedersehen. Eine amerikanische Bombe hatte sie begraben. Man versuchte ihr noch zu helfen, begann mit künstlicher Atmung, aber es war zu spät.

Am Rande eines großen Bombenkraters fand ich eine Holztafel. „Medizinisches Verwaltungsbüro" stand darauf. Eine Kugel hatte sich durch das Holz gebohrt. Das Dach und zwei Seitenwände des Büros waren zusammengestürzt. Zerrissene Granathülsen, Steintrümmer, zermalmte Ziegel und Glassplitter übersäten zerbrochene Stühle und Tische, Papierfetzen und Akten. An der Frontwand, die überraschenderweise stehengeblieben war, heftete ein Zettel mit den Namen von 31 Patienten, die am 10. Juni entlassen werden sollten. Ich las die Namen, einen nach dem anderen und fragte mich, ob diese Menschen tatsächlich vor der Nacht zum 12. Juni ausgezogen waren, vor der Nacht, in der die Mordflieger Bomben und Raketen auf das Hospital regnen ließen. Bis zur Stunde war es unmöglich gewesen, die Namen aller Vermißten zusammenzustellen . . .



Zerbombter Deich am nordvietnamesischen Dao-Fluß

Bui Hien - Militärische Objekte ?



Ich griff zu einem der medizinischen Berichte. Name, Alter, Leprasymptome, Grad der Verunstaltung . . . und dann folgte die Jagd nach den Hansenschen Kolibakterien, eine ständige und intensive Jagd: + + +, + +, + und endlich ein siegreiches minus. Plötzlich ein neues plus. Angst, Sorge. Eine neue Lepraattacke. Endgültiger Sieg: drei minus nebeneinander. Die Attacke war überwunden. Diese einfachen Plus- und Minuszeichen – wie viele Anstrengungen von Ärzten und Helfern, wie viele Tests, wieviel Pflege; wieviel Krankenwache verbargen sich dahinter? Und wieviel Furcht und Hoffnung, Sorge und Freude der Patienten die langen Krankheitsjahre hindurch? All das hatten die amerikanischen Mörder in einem einzigen Augenblick hinweggefegt. Diese Amerikaner waren selbst wie bösartige Kolibakterien, ein Aussatz der Menschheit, der beseitigt werden muß.

Der Trakt für die verkrüppelten Patienten gehörte zu den schwerstzerstörten Bezirken des Hospitals. Von den 241 Patienten waren 36 getötet worden. Von den 28 chinesischen Patienten darunter hatten nur die Hälfte, also 14 überlebt. Während der Luftangriffe waren viele Assistenzärzte und Krankenschwestern auch ohne Ansteckungsschutz, also ohne weiße Kittel, Atemfilter und Gummihandschuhe zu den überlebenden Patienten geeilt und hatten sie mit Nahrung, Wasser, Milch und Zucker versorgt. Auch diejenigen Patienten, die sich auf dem Wege der Besserung befanden, nahmen an den Bergungsaktionen für die Opfer teil, die unter den Trümmern verschüttet lagen. Wer noch hinreichend heile Glieder hatte, reichte den Verkrüppelten die Hand zur Hilfe, und wer sehen konnte, führte die Blinden. Inmitten ungeheuerer Bomben- und Raketenschläge half einer dem anderen.

Keines der einhundertzwanzig weißwandigen, rotgedeckten Häuser, die dicht nebeneinander und in geraden Reihen standen so wie Häuser planvoll gebauter Bezirksstädte, war verschont geblieben. Die Fahne des Roten Kreuzes lag, zerknüllt und schlammverschmiert, zwischen Bombensplittern und abgeknickten Laternenpfählen mit verhedderten Leitungsdrähten. Verwelkte und bis zur Unkenntlichkeit zerquetschte Blumen bedeckten den Boden.

Im Operationssaal waren die Emailebecken geborsten, zwei Beine des hellgrünen Operationstisches abgeschlagen. An der Wand stand ein Spruch: „Liebe . . . , so wie Du Deinen Nächsten liebst." Mörtel war aus der Wand gefallen und hatte einige Worte weggerissen.

Ich ging durch eine Anzahl Abteilungen. Jede umfaßte acht große Räume mit je vier Betten. An den Wänden hingen Bilder von der „Vögelinsel" und von zwei lächelnden Künstlern. Die Bücherberge auf den Nachttischen waren überstreut mit Staub und Gesteinskrümel: Aufgaben für Algebrarechnungen, die Zeitschrift „Kunst und Literatur", die „Rundschau über die Armee-Literatur", Lenins „Ausgewählte Werke" . . .

„Die Patienten haben die Nachrichten mit größerem Interesse verfolgt als wir selbst", sagte mir eine Krankenschwester. Nach den Mahlzeiten lauschten alle aufmerksam dem Nachrichtensprecher. Sie klatschten Beifall, wenn sie von den Siegen in Nord- und Südvietnam hörten. Es gab anfangs viele Analphabeten unter den Kranken, besonders unter den Frauen, aber nach einigen Monaten im Hospital hatten fast alle Lesen und Schreiben gelernt. Diejenigen, deren Finger so verkrüppelt waren, daß sie keinen Schreibstift halten konnten, klemmten den Stift in die Beuge ihres Armes.

„Jedes Jahr", fuhr die Pflegerin fort, „wählten wir etwa vierzig Patienten aus und bildeten sie heran zu Krankenbetreuern. Sie alle erfüllen ihre Pflichten zur vollsten Zufriedenheit und geben gut acht auf ihre Leidensgefährten. Selbst unter schwerem Feindbeschuß ruhten viele unter ihnen nicht, bis auch der letzte hilflose Kranke versorgt war. Wer sie zum Bunker mitnehmen wollte, erhielt die Antwort: ‚Geht nur! Wir bleiben hier, wir bleiben bei den Kranken'."

Eine andere Krankenschwester erzählte mir mit Tränen in den Augen von den schönen Tagen hier, die nun der Vergangenheit angehörten.

„Wir hatten immer so viel Spaß", sagte sie. „An den Erholungsnachmittagen spielten die Patienten Tischtennis und Volleyball. Jungen und Mädchen hatten ihre eigenen Mannschaften. Es gab Knirpse in der Tischtennis-Mannschaft, die kaum über die Platte gucken konnten, aber schon ganz hervorragend spielten. Wir hatten auch eine Theatergruppe mit einem Repertoire von vielen Stücken. Einige davon hatten die Patienten selber verfaßt. Zuletzt war die Aufführung einiger ausländischer Stücke geplant.

Ein Raum für die Theaterarbeit war vorhanden, eine Halle mit geräumiger Bühne und schönen roten Samtvorhängen. Neben der Halle erstreckte sich ein Garten mit den verschiedensten Blumensorten. In einer ganzen Reihe von Abteilungen hatte das Motto: ‚Blumen auf jeden Nachttisch!' so schon verwirklicht werden können. Die Patienten hatten in ihrem Garten auch eine Menge Obstbäume gesetzt: Zitrone, Apfelsine, Zimtapfel, ja sogar Kokosnuß. Für ihren eigenen Verzehr natürlich. Alles ging seinen Gang – bis die Flieger kamen . . ."



Zerstörte Schule in Dong Son

Die junge Krankenschwester unterbrach kurz ihren Bericht, zog die Augenbrauen zusammen. Offensichtlich versuchte sie ihre Fassung zu bewahren.

Die Räume für die biochemischen Tests, für Anatomie und Pathologie, für Parasiten- und Mikrobenforschung – vollkommen zerstört.

Ich war vor Empörung überwältigt, als ich in den Bezirk für Kinder kam. Ihre Häuser staffelten sich einen sanft ansteigenden Hang empor. Auf der Veranda hing hier und da noch eine hölzerne Tafel: „Le Van Tam Gruppe", „Vo Thi Sou Gruppe". Gruppen, benannt nach südvietnamesischen Kindern, die heldenhaft im Verteidigungskrieg gegen die Franzosen gekämpft hatten und gefallen waren. Die Häuserdächer waren abgedeckt oder eingedrückt. In der Schlinge einer elektrischen Leitung pendelte bedrohlich ein gefangener Ziegelstein. In den Zimmern fand ich Kinderbücher, ein Einhorn aus Papier, einen zerschlitzten Kinderdrachen, eine Quaste aus roten und blauen Fäden, eine winzige Ente aus rosa Kunststoff, ein Seidenschal, wie man ihn in Hadong herstellt, eine bunte Wandzeitung. Ich fand ein noch kaum benutztes Schreibheft und betrachtete die ungelenken Blockbuchstaben auf den ersten Seiten.

Wird Richard Nixon wieder versichern, daß die amerikanischen Bomber nur „militärische Objekte" angegriffen haben?



'Heißer Herbst' in Frankreich ?

Die französischen Kapitalisten fürchten, daß es in diesem Jahr zu einem „Heißen Herbst" kommt. Seit Monaten kämpfen die französischen Arbeiter um eine Reihe von Verbesserungen ihrer wirtschaftlichen und sozialen Lage. *Gesetzlich garantierter Mindestlohn von 1000 Franc monatlich, Verringerung der Arbeitszeit von 44 auf 40 Wochenstunden, Herabsetzung des Rentenalters von 65 auf 60 Jahre ohne Abstriche bei den Altersrenten* – das sind ihre Forderungen. Verschiedene Streiks und Demonstrationen wurden bereits dafür durchgeführt. Am 7. Juni organisierte die der KPF nahestehende Gewerkschaft CGT einen nationalen Streiktag. Allein in Paris demonstrierten rund 100.000 Arbeiter. Dem Aufruf von CGT und CFDT zu einem nationalen Aktionstag am 23. Juni folgten ebenfalls Zehntausende von Arbeitern. In vielen Betrieben wurde die Arbeit für einige Stunden eingestellt, sodaß es national zu einem Produktionsausfall von ca. 23 % kam. Bei der Demonstration in Paris gingen an diesem Tag rund 30.000 Arbeiter auf die Straße.

Die Kampfbereitschaft der französischen Arbeiter hat seitdem weiter zugenommen, weil die Kapitalisten und ihre Regierung sich immer noch weigern, die Forderungen anzunehmen. Jetzt hat der Premierminister Messmer angekündigt, daß im September einige „sozialpolitische Maßnahmen" beschlossen werden sollen. Messmer sah sich auch deswegen zu dieser Ankündigung gezwungen, weil im kommenden Frühjahr Parlamentswahlen in Frankreich anstehen und er Stimmenverluste für die regierende Gaullisten-Partei fürchtet. Andererseits ist damit zu rechnen, daß diese angekündigten „sozialpolitischen Maßnahmen" nicht den Forderungen der Arbeiter entsprechen werden. Deswegen die Furcht auf Seiten der Kapitalisten und der Regierung, daß die Arbeiter sich nicht „beruhigen" lassen werden und ihren „Herren" einen „heißen Herbst" bereiten.

Der gegenwärtige Mindestlohn der französischen Arbeiter liegt bei 840 Franc, was etwa einem Lohn von 560 DM in der Bundesrepublik entspricht. Ungefähr 600.000 Arbeiter und ihre Familien müssen damit auskommen. Weitere 2 Millionen Arbeiter erhalten gegenwärtig einen Lohn, der zwischen 840 Franc und dem geforderten Mindestlohn von 1000 Franc (ca. 665 DM) liegt. Die französischen Kapitalisten haben sich ausgerechnet, daß sie für die Forderung „Mindestlohn 1000 Franc" rund 4 Milliarden Franc blechen müßten (knapp 2,7 Mrd. DM). Springers „Welt" schreibt dazu, daß die „französische Wirtschaft" damit „insgesamt durchaus fertig werden" könnte und daß die französischen Kapitalisten es „leichter" haben, „mit dem Kostenanstieg fertig zu werden". Das beweist nur, wie unermeßlich hoch deren Profite sein müssen und daß die französischen Kapitalisten versuchen werden, den „Kostenanstieg" wieder auf die Preise abzuwälzen und die Ausbeutung zu verschärfen.

Vor allem gegen die Verschärfung der Ausbeutung sind darum auch die anderen Forderungen der französischen Arbeiter gerichtet: 40 Wochenstunden, Rentenalter mit 60 Jahren. Diesen Forderungen setzen die Kapitalisten den größten Widerstand entgegen. Sie jammern über die Einschränkung ihrer „Wettbewerbsfähigkeit" gegenüber den anderen EWG-Staaten. Von der Lage der Arbeiter (nicht nur der französischen) aus betrachtet, bedeutet das schlicht und einfach: Die Arbeiter sollen die Kosten tragen, wenn die westeuropäischen Kapitalisten sich um den besten Platz an der EWG-Futterkrippe balgen. Dagegen versuchen sich die französischen Kollegen zu wehren.

Für den zu erwartenden Fall, daß die „sozialpolitischen Maßnahmen" der Messmer-Regierung sich als reines Täuschungsmanöver herausstellen, hat die CGT „massive Streik aktionen" angekündigt. Allerdings können die französischen Arbeiter nicht sicher sein, ob Wort und Tat der Gewerkschaftsführung in Einklang stehen. Die CGT steht unter dem starken Einfluß der revisionistischen PCF (Französische Kommunistische Partei, eine Schwesterpartei der westdeutschen DKP), die vor kurzem nach chilenischem Muster ein „Volksfront-Bündnis" mit der Sozialistischen Partei eingegangen ist, dem sich mittlerweile auch der linke Flügel der Radikalen Partei angeschlossen hat. Die PCF richtet ihre ganze Politik auf die Parlamentswahlen im Frühjahr 1973 aus. Dabei hat sich bei den französischen Revisionisten die absonderliche „Logik" durchgesetzt, daß ein „Wahlsieg der Linken" von der „Ruhe" der Arbeiterklasse abhänge.



Nationaler Streiktag am 7. Juni: 100.000 demonstrieren in Paris

Das ist im Prinzip die gleiche „Logik", die die DGB-Führung in Westdeutschland an den Tag legt, wenn sie die Arbeiter bei Streiks zur „Besonnenheit" ermahnt, um nicht die SPD / FDP-Regierung zu „gefährden", oder mit demselben Grund Streiks von vornherein zu verhindern sucht. Zu befürchten ist, daß die CGT „im Interesse eines Wahlsiegs der Linken" die angekündigten „massiven Streikaktionen" wieder abbläst und den Arbeitern in den Rücken fällt.

Die bürgerliche Presse Frankreichs trägt schon Munition für ein solches Manöver herbei. Sie „erinnert" CGT und PCF daran, daß nach den heftigen Kämpfen der französischen Arbeiter im Mai 1968 die Gaullisten eine Parlamentsmehrheit erringen konnten und die PCF eine Niederlage einstecken mußte: Sie verlor mehr als die Hälfte ihrer Parlamentssitze. Zu einem großen Teil hängt dies allerdings mit dem französischen Wahlsystem zusammen, denn der Stimmenverlust der PCF war bei weitem geringer, als ihr Sitzverlust im Parlament.

Davon einmal abgesehen, liegt der Grund für den Wahlsieg der Gaullisten aber nicht darin, daß die Arbeiter im Mai 1968 „zu heftig" gekämpft haben, wie die bürgerliche Presse glauben machen will. Wurde diese „Logik" stimmen, dann könnten sich die Kapitalisten ja nichts sehnlicher wünschen, als daß die Arbeiter mal wieder „ordentlich Putz machen"! Je kräftiger die Arbeiter auf die Pauke hauen, desto fester sitzen die Kapitalisten im Sattel!

Nein! Der Grund für die *parlamentarische* Entwicklung nach dem Mai 68 liegt ganz woanders. Der Mai-Aufstand der französischen Arbeiter ist *nicht* in dem Sinne gescheitert, daß die Rechtsparteien danach eine stärkere Position im Parlament einnehmen konnten. Das hieße, den Kampf der Arbeiter von vornherein an die Ergebnisse der bürgerlichen Parlamentswahlen zu *binden*. Der Mai-Aufstand ist in *dem* Sinne gescheitert, daß er keine grundlegenden gesellschaftlichen Veränderungen erzwingen *konnte*, daß durch ihn die Herrschaft des Kapitals nicht erschüttert (und schon gar nicht gebrochen) werden *konnte*. Der Grund liegt darin, daß es ein *bloß spontaner Aufstand* blieb, daß er *nicht systematisch vorbereitet* worden war, daß *die revolutionäre Partei fehlte*, die diesen Aufstand hätte vorbereiten und führen können, die der bloß spontanen Erhebung *organisierten Charakter* hätte verleihen können. Die PCF hat dies nicht wahrgenommen, weil sie seit langem eine Politik verfolgt, die auf die falsche Theorie vom „friedlichen Übergang zum Sozialismus" aufbaut, die jede Konfrontation „vermeiden" will (was *nur* bedeutet, daß *die Arbeiter* für die *mit Sicherheit* eintretenden „Konfrontationen" *ungerüstet* sind, denn die Bourgeoisie rüstet sich *ungeachtet* der revisionistischen Theorien). Das Erreichen der Parlamentsmehrheit steht an der Spitze der revisionistischen Strategie. Der Kampf der Arbeiter wird dem *untergeordnet*.

So konnte es der bürgerlichen Presse auch gelingen, große Teile der Mittelschichten über die sichtbar gewordene Kraft der Arbeiterklasse in Schrecken zu versetzen, und *gleichzeitig* die Macht des kapitalistischen Staates als Ordnungsfaktor hinzustellen, der die Kraft der Arbeiter gebrochen hat (und nicht umgekehrt). *Das* führte zum Stimmenzuwachs der Rechtsparteien und besonders der Gaullisten.

Andererseits haben viele Arbeiter erkannt, daß sie mit der Politik der PCF keinen Sieg erringen können und haben ihr dies in den nachfolgenden Wahlen quittiert. Die Wahlniederlage der PCF ist also *nicht* ein Beweis dafür, daß heftige Kämpfe der Arbeiter „den Linken" schaden. Sondern umgekehrt: Das Scheitern des Mai-Aufstandes ist ein Beweis dafür, wie die Politik der PCF, die sich der „Logik" des bürgerlichen Parlamentarismus angepaßt hat, *dem Kampf der Arbeiter schadet*.

Die PCF hat die *tatsächlichen* Lehren des Mai 68 nicht beherzigt: *bessere* Vorbereitung der Arbeiter auf ihren Kampf gegen das Kapital, *Abkehr* vom nur-parlamentarischen Weg und Orientierung der Arbeiter darauf, daß sie ihre entscheidenden Erfolge schwerpunktmäßig *außerhalb* und *unabhängig* vom bürgerlichen Parlament erkämpfen müssen.

Die französischen Arbeiter werden mithin auch bei den bevorstehenden Herbstkämpfen noch auf sich allein gestellt sein und können weder der Gewerkschaftsführung noch der PCF großes Vertrauen entgegenbringen. Allerdings gibt es einen anderen positiven Aspekt:

Auch die italienischen Kapitalisten fürchten in diesem Jahr einen „heißen Herbst" wie sie ihn schon einmal 1969 erleben mußten. Auch sie bereiten sich mit einer Reihe von Täuschungsmanövern und mit brutaler Unterdrückung darauf vor. Durch die verstärkte Zusammenarbeit der westeuropäischen Kapitalisten im Rahmen der EWG rücken auch die Kämpfe der westeuropäischen Arbeiter immer enger zusammen, beginnt die proletarische Solidarität, die nationalen Schranken einzureißen. Die Kämpfe der italienischen und der französischen Arbeiter werden sich gegenseitig unterstützen, wozu auch das zeitliche Zusammenfallen günstig beitragen kann. In unserer Hoffnung steht auch eine Auswirkung auf die kommenden Kämpfe in Westdeutschland.



Politik der Akt 'Hauptstoß ge

Eine der wesentlichen Meinungsverschiedenheiten in der kommunistischen Bewegung ist, wie die Auseinandersetzung gegen die SPD zu führen ist. Über die Bedeutung dieser Frage dürfte allgemein Übereinstimmung bestehen. Denn die SPD mit ihrem organisatorischen und politischen Einfluß in der Arbeiterklasse ist das wesentliche Hindernis bei der Entwicklung einer selbständigen Arbeiterpolitik.

Die Frage, wie die Auseinandersetzung gegen die SPD zur Loslösung der sozialdemokratisch beeinflußten Massen von dieser Partei zu führen ist, hat daher auch in der Politik der KPD vor der faschistischen „Machtergreifung" 1933 eine wichtige Rolle gespielt. Daraus ergeben sich eine Reihe praktischer Erfahrungen.

In der Hauptsache lassen sich dabei zwei unterschiedliche Methoden des Herangehens an die SPD und die von ihr beeinflußten Massen unterscheiden:

1. Politik der Aktionseinheit.

Die kommunistische Politik der Aktionseinheit beruht auf der grundsätzlichen Interessengleichheit aller Arbeiter – unabhängig von Partei- oder Religionszugehörigkeit – im Kampf gegen die Kapitalistenklasse. Diese Politik macht sich den Widerspruch zwischen Worten und Taten der SPD-Führer zunutze. Sie nimmt die pseudo-revolutionären (heute nur noch pseudo-reformistischen) Worte der SPD-Führer zum Anlaß, um diese tatsächlich „beim Wort zu nehmen" und so deren Verlogenheit zu verdeutlichen. Die KPD wandte sich daher zu Anfang der 20er Jahre auch mit Offenen Briefen an die SPD-Führung, an die Führung der reformistischen Gewerkschaft ADGB usw., um konkrete Aufforderungen zur Zusammenarbeit im Kampf gegen die Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter, gegen die voranschreitende Reaktion und gegen den Abbau demokratischer Rechte u. a. m. auch auf dieser Ebene zu unterbreiten.

Die Führer der SPD und des ADGB verweigerten in der Regel diese Zusammenarbeit ohne weiteres; das verhinderte aber nicht, daß viele sozialdemokratische Arbeiter durch diese Politik der KPD zu neuen Formen der Zusammenarbeit mit den kommunistischen Kollegen fanden und auch ein klareres Verständnis von der arbeiterfeindlichen Politik ihrer Partei-Führung gewannen. Ist deshalb die Politik der Aktionseinheit nur ein Trick der Kommunisten, wie die SPD-Führer behaupten? Nein, denn die Kommunisten meinen es mit ihrer Aufforderung zur Aktionseinheit ernst, ohne sich allerdings irgendwelchen Illusionen über die Bereitschaft der SPD-Führer zur Zusammenarbeit hinzugeben. Das Verhalten der SPD-Führer selbst – nämlich ihre strikte Ablehnung jeder Zusammenarbeit mit Kommunisten – macht die Politik der Aktionseinheit zu einem Instrument kommunistischer Propaganda, um die Unehrlichkeit der SPD-Politik aufzuzeigen und die von der SPD beeinflußten Teile der Arbeiterklasse für den konsequenten Kampf gegen den Kapitalismus zu gewinnen.

Eine rechte Entstellung der Politik der Aktionseinheit besteht darin, zugunsten eines erhofften Taktierens mit den sozialdemokratischen Führern die grundsätzliche Auseinandersetzung mit diesen einzustellen oder abzuschwächen.

Eine „linke" Entstellung besteht darin, die Aktionseinheit ausschließlich „von unten" anzustreben; also die Politik des Offenen Briefes gegenüber der sozialdemokratischen Führung abzulehnen und so darauf zu verzichten, die Verlogenheit der sozialdemokratischen Führung auch auf dieser Ebene zu entlarven.



Arbeitereinheit schlägt Faschismus – Ernst Thälmann spricht bei einem Aufmarsch des Rotfrontkämpfer-Bundes der antifaschistischen Kampforganisation der Arbeiterklasse

2. „Hauptstoß gegen die SPD".

Die Politik des „Hauptstoß gegen die SPD" wurde Ende der 20er Jahre in der KPD zur vorherrschenden. Diese Politik geht davon aus, daß die SPD das wesentliche Hindernis bei der Entwicklung einer selbständigen Arbeiterpolitik, die „soziale Hauptstütze" der Bourgeoisie ist.

Der Politik des „Hauptstoß gegen die SPD" lag damals auch eine Unterschätzung der faschistischen Gefahr zugrunde. So sprach sich z. B. Ernst Thälmann – damals Vorsitzender der KPD – dagegen aus, daß einige Kommunisten „vor nationalsozialistischen Bäumen den sozialdemokratischen Wald nicht mehr sehen" würden. Es wurde angenommen, daß in Deutschland die SPD Hauptträgerin der Faschisierung sei, während die NSDAP angeblich nur eine Nebenrolle dabei spielte. Diese Fehleinschätzung mußte zu einer falschen Hauptstoßrichtung des Kampfes, zu einer Abschwächung des antifaschistischen Kampfes führen. In dem Moment, wo es Anfang der 30er Jahre der KPD gelang, diese Schwäche zu überwinden und sich auf die Politik der antifaschistischen Aktionseinheit zu konzentrieren, konnten sozialdemokratische Arbeiter in großer Zahl für eine konsequente Klassenpolitik gewonnen werden.

Allerdings haben die SPD-Führer kein Recht, den Kommunisten vorzuwerfen, sie hätten durch ihre Politik des „Hauptstoß gegen die SPD" die faschistische „Machtergreifung" erleichtert. Denn zum einen hatten die SPD-Führer schon Anfang der 20er Jahre durch ihre Ablehnung aller kommunistischer Aufforderungen zur Aktionseinheit hinlänglich ihre fehlende Bereitschaft zur Aktionseinheit unter Beweis gestellt. Und zum anderen hat die SPD-Führung in der Zeit vor der Nazi-„Machtergreifung" ihren arbeiterfeindlichen, undemokratischen Charakter immer wieder demonstriert; so u. a. durch das Blutbad unter den Berliner Arbeitern am 1. Mai 1929 und durch die Unterstützung der Wahl Hindenburgs (der dann Hitler zum Reichskanzler machte) zum Reichspräsident.

3. Politik der Aktionseinheit heute

Die Gruppen, die sich seit einem Jahr zum Kommunistischen Bund zusammengeschlossen haben, halten die historischen Erfahrungen der Arbeiterbewegung mit der Politik der Aktionseinheit für sehr wertvoll und bemühen sich, daraus praktische Lehren für ihre eigene Politik zu ziehen. Wir sagten: Die Kommunisten müssen die entschiedensten Kämpfer für die Aktionseinheit der Arbeiterklasse sein. Sie stellen keine besonderen Bedingungen für eine solche Aktionseinheit. Sie lehnen allerdings die rechtopportunistische Auffassung ab, zugunsten der Aktionseinheit müsse „alles Trennende in den Hintergrund treten". Die Aktionseinheit hat nicht das Verwischen grundsätzlicher politischer Differenzen zur Voraussetzung; im Gegenteil liegt eine offene und breite Auseinandersetzung um die Grundfragen der Bewegung im Interesse einer möglichst kraftvollen Ausrichtung der Aktionseinheit. – Weiter sagten wir: Die Politik der Aktionseinheit besteht nicht hauptsächlich in Angeboten an die SPD- und DGB-Führer; diese können die Herstellung einer Aktionseinheit an der Basis im Betrieb und Wohngebiet nur unterstützen, wo ganz entschieden die Hauptarbeit zu leisten ist. Falsch wäre es allerdings, überhaupt auf die Möglichkeit derartiger Angebote an die sozialdemokratische Führung zu verzichten.

In der praktischen Durchführung dieser Politik richteten wir zum 1. Mai 1971 und 1972 Offene Briefe an die Mitglieder und Führungsgremien vor allem der SPD, des DGB und der DKP. In diesen Offenen Briefen legten wir unsere grundsätzliche Einschätzung der Erfordernisse des 1. Mai dar und schlugen konkrete Lösungen vor. Ähnlich verfuhren wir bei einigen anderen Anlässen: So anläßlich eines provokatorischen Auftretens von Strauß in Hamburg und zur Verhinderung einer geplanten NPD-„Großkundgebung" in Hamburg.

Bekanntlich gibt es in der SPD und ebenso in der DKP verbindliche Beschlüsse, die jede Aktionseinheit mit Kommunisten kategorisch untersagen. Schon deshalb war nicht mit einem Erfolg unserer Aufforderung zur Aktionseinheit zu rechnen. Angesichts des jetzigen Kräfteverhältnisses ist auch nicht damit zu rechnen, daß wir durch solche Aufforderungen die sozialdemokratischen Führer auch nur zu taktischen Manövern im Sinne der Aktionseinheit zwingen könnten. Auch auf die sozialdemokratischen Arbeiter hat diese Politik noch keinen erkennbaren Einfluß. Anders verhält es sich auf der betrieblichen und gewerkschaftlichen Ebene, wo es immer häufiger zur Zusammenarbeit mit klassenbewußten sozialdemokratischen Kollegen kommt. Wir werden daher auch in Zukunft unsere grundsätzliche Bereitschaft zur Zusammenarbeit in konkreten Fragen auch mit Führungsgremien der SPD aufrechterhalten, ohne aber durch ständige Aufforderungen den Eindruck eines Hinterher-Rennens gegenüber der SPD zu erwekken.

Etwas anders verhält es sich mit der DKP. Ihre Mitglieder sind zumindest ihrem Anspruch nach Kommunisten. Ihnen ist nicht verborgen geblieben, daß mit dem KB eine Kraft existiert, die in der Mobilisierung zu Demonstrationen zahlenmäßig der DKP zumindest gleichsteht: Die Demonstration des KB am 1. Mai 72 hatte mindestens ebensoviel Teilnehmer wie die von der DKP unterstützte Demonstration einiger Gremien der Gewerkschaftsjugend; als die DKP vor einigen Wochen in Hamburg zu einer Vietnam-Demonstration aufrief und sich der KB anschloß, demonstrierte die klare Mehrheit der Teilnehmer im Block und unter den Parolen des KB.

Bei diesen anschaulichen Erfahrungen können die alten Schnacks der DKP-Führer, der KB sei „sektiererisch" und eine „Studentenorganisation", den Mitgliedern der DKP nur noch ein müdes Lächeln entlocken. Zumal den Kollegen im Betrieb, die dort Gelegenheit haben, sich von der Stärke des KB zu überzeugen.

Zwar hat all das noch nicht zu einer grundsätzlichen Änderung der Politik der DKP-Führer gegenüber unseren Aufforderungen zur Aktionseinheit geführt. Gegenwärtig schwanken die Hamburger DKP-Führer, den KB ausdrücklich vom Verbot der Aktionseinheit mit Kommunisten auszunehmen (mit der Begründung, der KB sei keine „maoistische" Organisation im Sinne des Verbots); bisher haben sie aber im entscheidenden Moment immer wieder vor einer solchen Entscheidung zurückgeschreckt.

Heute kann man schon feststellen, daß unsere Politik der Aktionseinheit den Prozeß der Bewußtseinsbildung unter den Mitgliedern der DKP erkennbar vorangebracht hat; auch wenn dies ein langwieriger Prozeß ist, der Geduld erfordert und dessen eigentliche Ergebnisse sich erst in der Zukunft zeigen werden.

Einige super-„linke" Grüppchen lehnen die Politik der Aktionseinheit als „rechtsopportunistisch" und „neorevisionistisch" ab. Teilweise haben sie sogar ausdrückliche Beschlüsse gegen die Zusammenarbeit mit SPD oder DKP gefaßt.

Diese Haltung unterstreicht das Sektierertum derartiger Grüppchen. Es ist kein Wunder, daß der demagogische Hinweis auf solche Spinner am Rande der kommunistischen Bewegung immer dann herhalten muß, wenn die SPD- und DKP-Führer die Politik der Kommunisten bei den Arbeitern unglaubwürdig zu machen versuchen.

...ionseinheit und ...gen die SPD'?

Die Theorie vom „Hauptstoß gegen die SPD" wurde am ausdrücklichsten von einigen super-„linken" Gruppierungen aufgenommen, die sich in der Begründung wesentlich auf die Argumentation der KPD um 1929 / 30 stützten: Die SPD sei eine zum „Sozialfaschismus" entwickelte Partei, die SPD sei die „soziale Hauptstütze" der Bourgeoisie in der Arbeiterklasse.

In der Praxis gelangten diese Gruppierungen dahin, den Kampf gegen die Kapitalistenklasse durch den Kampf gegen die SPD zu „ersetzen". Sie sagten also in der Metalltarifrunde '71 nicht „Lohndiktat der Kapitalisten", sondern „Lohndiktat der SPD - Regierung". Statt „Gegen die Angriffe der Kapitalistenklasse" sagten sie „Gegen die Verrätereien der SPD - Regierung". Ausdrücklich erklärten sie dazu, der Kampf gegen die Kapitalisten sei „ein falscher Hauptstoß" und schwäche den Kampf gegen die SPD.

Diese Praxis hat zum Kern, für die Verbrechen des Kapitalismus die SPD als bürgerliche Regierungspartei bei jeder sich bietenden Gelegenheit zum Hauptverantwortlichen abzustempeln, um so die SPD zu „entlarven". Das sah dann in der Metalltarifrunde '71 auch so aus, daß die Super - „Linken" den weitaus größten Teil ihrer Aktivitäten darauf konzentrierten, den „Verrat" der IGM - Führung zu „entlarven" und zum Sturz von Streikleitungen aufzurufen.

Diese Politik ist in doppelter Hinsicht falsch – sowohl als taktische Linie in der Massenarbeit wie auch in ihren theoretischen Grundlagen.

Als Prinzip von Agitation und Propaganda übersieht der „Hauptstoß gegen die SPD", daß die Arbeiter ihren Kampf selbstverständlich als Kampf gegen die Kapitalistenklasse (und nicht als Kampf gegen die SPD) führen. Nur auf diesem Boden ist es möglich, dann auch zunehmende Klarheit über die Rolle der SPD zu schaffen. Dagegen wird eine Agitation und Propaganda, die sich in erster Linie und fast ausschließlich bloß gegen die SPD - Regierung, gegen die Gewerkschaftsführung und gegen sozialdemokratische Betriebsräte richtet, von den Arbeitern mit vollem Recht als spalterisch und provokatorisch zurückgewiesen. – Der „Hauptstoß gegen die SPD" arbeitet vielmehr der Bourgeoisie in die Hände, der ja das Spiel mit mehreren bürgerlichen Parteien dazu dient, den Massen wechselnde Popanze anzubieten, um von der eigenen Verantwortlichkeit abzulenken; dabei dienen der Bourgeoisie die Angriffe gegen die SPD auch noch dazu, die Positionen der Arbeiterklasse zu schwächen und den Abbau der bürgerlichen Demokratie voranzutreiben.

Dem „Hauptstoß gegen die SPD" liegen falsche Vorstellungen vom Verhältnis der Bourgeoisie zum Staatsapparat zugrunde. Tatsächlich ist der Staat ein Instrument der Bourgeoisie; dieses Verhältnis erscheint aber bei den Super - „Linken" in sein Gegenteil verkehrt. Außerdem ist es unrichtig, die SPD - Regierung mit dem bürgerlichen Staat gleichzusetzen. Die bloße Anprangerung der SPD - Regierungspolitik schafft noch keineswegs Klarheit über die prinzipielle Rolle des bürgerlichen Staates unabhängig von seiner wechselnden parteipolitischen Hülle.

Sollen wir den Hauptstoß gegen die SPD führen?

Ohne offen und ausdrücklich die Theorie vom „Hauptstoß gegen die SPD" zu vertreten, macht auch die Gruppe „KPD" ähnliche Fehler. So stellte sie z. B. ihre exklusiven Aufmärsche am 1. Mai unter das Haupt-Motto „Gegen Reformismus und Revisionismus". Damit stellte sie den 1. Mai nicht auf die Linie des Kampfes gegen den Klassengegner, sondern gegen die von diesem verbreitete Ideologie. Zum einen ist klar, daß so der 1. Mai zum exklusiven Kampftag einer winzigen „revolutionären" Minderheit würde, die sich schon von der bürgerlichen Ideologie befreit glaubt, während die proletarischen Massen gerade an diesem Tag außerhalb des Kampfes bleiben sollen. In der Wirklichkeit sieht das zwangsläufig so aus, daß am 1. Mai die sektiererischen Kleinstaufmärsche der Super - „Linken" neben den zunehmend breiter werdenden Kundgebungen der wirklichen Arbeiterlinken eine nur noch exotische Randerscheinung abgeben. Zum anderen ist es schierer bürgerlicher Idealismus, den Kampf gegen falsche Vorstellungen zur Hauptfront des Kampfes zu erklären. Solche falschen Vorstellungen, die den Kampf behindern, werden durch eine vorbildliche Praxis und politische Arbeit überwunden; nicht aber durch das Aufstellen von Parolen und das Inszenieren von Kleinstaufmärschen.

Seinem Wesen nach macht also die „KPD" denselben Fehler wie andere Super - „Linke": Was eigentlich Mittel zum Zweck ist (die Auseinandersetzung mit der SPD, der Kampf gegen die bürgerlichen Ideologien) wird zum Selbstzweck und zum selbständigen Kampfziel erklärt.

Die Theorie vom „Hauptstoß gegen die SPD" ist inzwischen schon von „links" überholt worden. So sagen z. B. die Leute vom „Roten Morgen", daß ja eigentlich die DKP noch viel „gefährlicher" ist als die SPD. Denn die SPD sei von den Massen ja schon weitgehend als arbeiterfeindliche, bürgerliche Partei erkannt, während die DKP noch für eine revolutionäre Partei gehalten würde. Im Grunde sei es bloß noch die DKP, die die Massen davon abhält, hier und heute die sozialistische Revolution zu machen. Deshalb müsse man den Hauptstoß nicht gegen die SPD, sondern gegen die DKP richten.. –

Die Welt, in der sich diese Leute bewegen, ist das Reich ihrer Phantasie. Nur so ist es möglich, den immer noch vorherrschenden Einfluß der sozialdemokratischen Ideologie in der Arbeiterklasse zu leugnen, die politisch - organisatorische Macht der SPD - Führer vor allem durch die Gewerkschaften zu leugnen.

Grundsätzlich liegen allerdings den Theorien vom „Hauptstoß gegen die SPD" und „Hauptstoß gegen die DKP" dieselben Fehler zugrunde:

Zum ersten übersehen sie die Unterschiede zwischen unserer unmittelbar - praktischen Arbeit und unseren politisch - ideologischen Aufgaben. In der unmittelbar - praktischen Arbeit geht es darum die Massen in Demonstrationen, Streiks und anderen Formen des Kampfes gegen die Bourgeoisie zu führen. In der politisch - ideologischen Arbeit dagegen geht es darum, alle bürgerlichen Einflüsse zu überwinden, die die Entfaltung des revolutionären Kampfes behindern.

Zum anderen wird übersehen, daß die Schwerpunkt - Setzung unserer politisch - ideologischen Arbeit davon abhängt, an wen wir uns im konkreten Fall wenden. So wäre es z. B. unsinnig, einem Anhänger der CDU aus der Bauernschaft oder rückständigen Teilen der Arbeiterschaft zuerst einmal beweisen zu wollen, daß die DKP nichts taugt und die Revolution verraten hat. Umgekehrt wäre es unsinnig, in der Diskussion mit DKP - Genossen sich darauf zu konzentrieren, die Kapitalisten anzuprangern. Worauf wir jeweils den Schwerpunkt zu legen haben, hängt davon ab, mit welchen konkreten falschen Vorstellungen wir uns auseinanderzusetzen haben.

In jedem Fall aber müssen wir davon ausgehen, daß der zu lösende Hauptwiderspruch der zwischen Proletariat und Bourgeoisie ist. Sich mit falschen Vorstellungen in den Köpfen der Menschen auseinanderzusetzen, das heißt Klarheit über das Wesen des Kapitalismus zu schaffen:

Seine Rückständigkeit und Menschenfeindlichkeit, seine Aggressivität nach innen und außen, die Unmöglichkeit eines „friedlichen" Hinüber - Rutschens in den Sozialismus.

'Allparteienregierung der Inneren Sicherheit'

Anläßlich der Auseinandersetzungen um das Mißtrauensvotum der CDU / CSU im Frühjahr hat sich der „Arbeiterkampf" damals mit den Positionen der Gruppierung um das Heidelberger „Neue Rote Forum" sowie der KB Bremen und Göttingen beschäftigt. Während zehntausende von Arbeitern gegen das Mißtrauensvotum protestierten als einen Versuch der Bourgeoisie zur weiteren Verschlechterung ihrer Lage, jammerten die genannten Gruppen vor allem darüber, daß die Arbeiter mit ihren Demonstrationen beweisen würden, wie groß ihre Illusionen über die SPD - Regierung immer noch seien. Der KB Göttingen gar rief zum Boykott einer in Göttingen stattfindenden Demonstration gegen das Mißtrauensvotum auf und stellte dazu die Parole auf „SPD und CDU – keine Alternative fürs Volk" (vgl. dazu die Beiträge im „Arbeiterkampf" Nr. 19 und 20).

Im „Neuen Roten Forum" Nr. 3 / 72 (August) wird der Versuch unternommen, die Politik dieser Gruppierung theoretisch zu begründen.

Es heißt dort, daß wir es heute praktisch mit einer „Allparteien - Regierung der inneren Sicherheit" zu tun haben, gegen die folglich der Hauptschlag geführt werden muß.

„Bei Verschärfung des Klassenkampfes wird diese Allparteienregierung der inneren Sicherheit und der imperialistischen Reaktion zweifellos (!) ständig fortschreiten in der politischen Reaktion, sich aber immer mehr in einer *Front gegen die Massen zusammenschließen. Die Rolle der SPD als Oppositionspartei, die die Arbeiterklasse bindet, wird nicht mehr funktionieren wie in der Weimarer Republik, und die CDU / CSU wird keinen* Bruch *mit der SPD herbeiführen."*

Tatsächlich besteht gegenwärtig faktisch eine solche „Allparteien - Regierung", die sich grundsätzlich einig ist in der Politik der „inneren Sicherheit" (d. h. der Vorbereitung auf verschärfte Klassenkämpfe) und der politisch - wirtschaftlichen Expansion nach außen. Rein äußerlich spiegelt sich in der faktischen Allparteien - Regierung die Tatsache, daß seit Mitte der 60er Jahre (Bildung der „Großen Koalition") das parlamentarische Kräfteverhältnis zwischen SPD und CDU / CSU ziemlich ausgeglichen ist. Heute besteht nicht die parlamentarische Möglichkeit einer starken Allein - Regierung einer der beiden großen bürgerlichen Parteien wie es in den 50er Jahre und noch zu Anfang der 60er Jahre für die CDU / CSU der Fall war. Ob vorgezogene Neuwahlen am aktuellen parlamentarischen Kräfteverhältnis etwas ändern würden, steht dahin. Die Neuwahlen in Italien Anfang Mai dieses Jahres haben ein Beispiel gegeben, wo sich die parlamentarischen Verhältnisse nur geringfügig (nach rechts) verschoben.

Was steht aber hinter der Äußerlichkeit des „parlamentarischen Patt", d. h. der Unmöglichkeit einer Allein - Regierung von SPD oder CDU / CSU und der faktischen Existenz einer Allparteien - Regierung?

Grundsätzlich ist davon auszugehen, daß sich die bürgerlichen Parteien immer einig sind in der Unterdrückung des Proletariats, daß sie immer eine gemeinsame Front gegen die Massen bilden usw. Taktische Differenzen sind dabei zweitrangig. – Während der Ade-

SPD IN FRANKFURT ZUM THEMA: AUSRÜSTUNG DER POLIZEI

11.634.582,-- DM

hat die Stadt Frankfurt am Main mit den Stimmen der SPD-Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung für die technische Ausrüstung der Polizei in den Jahren 1969 - 1972 aus Haushaltsmitteln aufgebracht, davon

2.708.520,- DM für Kraftfahrzeuge
7.619.756,- DM für Fernmeldegeräte und
1.306.306,- DM für Waffen und sonstiges Gerät

Mit diesen Beträgen war es möglich, die Ausrüstung in erheblichem Umfang zu erweitern und qualitätsmäßig zu verbessern.

Im Vergleich mit anderen Großstadtpolizeien in Hessen und im gesamten Bundesgebiet schneidet die Ausrüstung der Frankfurter Polizei gut ab. Ihre Ausstattung mit Spezialfahrzeugen wie z.B. Befehlskraftwagen und Fernsehübertragungswagen findet in der Fachwelt des In- und Auslandes Beachtung.

Die Ausstattung der Frankfurter Polizei mit Funksprechgeräten liegt über dem Standard der staatlichen Polizei in Hessen. Die Frankfurter Polizei ist sogar in der Lage, Einheiten der Hessischen Bereitschaftspolizei bei Einsätzen in Frankfurt leihweise tragbare Funksprechgeräte zu überlassen.

Die Haushaltsmittel für Waffen und Gerät gestatten eine Schießausbildung der Frankfurter Polizeibeamten, die deutlich über den Forderungen des Hessischen Innenministeriums liegt. Die mit den Stimmen der sozialdemokratischen Mehrheitsfraktion in der Stadtverordneten-Versammlung bewilligten Haushaltsmittel ermöglichen darüberhinaus die Anschaffung neuer Waffen und moderner Einsatzgeräte wie Ferngläser, Nachtsichtgeräte, Film- und Videoausrüstungen, Beleuchtungs- und Unfallaufnahmegeräte, Schutzhelme, kugelsichere Westen sowie Sportgeräte.

FRANKFURT MACHT ZUKUNFT

SPD prahlt mit Bürgerkriegs - Vorbereitungen – öffentliches Werbe - Flugblatt der Frankfurter SPD zum Auftakt der Neuwahlen des Bundestages.

Forts. nächste Seite

Forts. von Seite 11

Politik der Aktionseinheit und 'Hauptstoß gegen die SPD'?

nauer - Regierung war es so, daß SPD und CDU / CSU einander scheinbar „bis aufs Messer" bekämpften: Während die CDU / CSU die SPD als den „Untergang Deutschlands" angriff, bezeichnete die SPD die Adenauer - Regierung als reaktionär und militaristisch. Aber die Maßnahmen der Adenauer - Regierung – wie etwa die Wiederaufrüstung, die NATO - Politik, das Betriebsverfassungsgesetz usw. – wurden von den SPD - Führern nicht deshalb bekämpft, weil sie damit nicht einverstanden gewesen wären. Sondern deshalb, weil eine solche Schein - Opposition notwendig war, um bei einem noch relativ hohen Niveau der wirtschaftlichen und politischen Massenkämpfe den Einfluß im Proletariat zu behalten.

Das parlamentarische Spiel von Opposition und Regierung ist immer in erster Linie ein Schmieren - Theater, das zur Täuschung der Massen bestimmt ist. Neu ist also heute nicht, daß die bürgerlichen Parteien in den Grundzügen ihrer Politik übereinstimmen. Neu ist vielmehr, daß anstelle der Schmieren - Komödie der parlamentarischen „Gegensätze" gegenwärtig gerade diese Übereinstimmung in den Vordergrund gestellt wird, daß sich die bürgerlichen Parteien offen zu dieser Übereinstimmung bekennen.

Das heißt nicht, daß nicht gelegentlich auch noch mal die Komödie parlamentarischer Scheingefechte abgespielt wird, aber der Demonstration der Übereinstimmung in den Grundfragen wird gegenwärtig eindeutig der Vorzug gegeben. Nicht das grundsätzliche Verhältnis der bürgerlichen Parteien CDU / CSU und SPD zueinander hat sich geändert; wohl aber der äußere Anschein, unter dem dieses Verhältnis den Massen dargestellt wird.

Ist die Bourgeoisie g e z w u n g e n, zugunsten des offenen und demonstrativen Zusammenspiels der bürgerlichen Parteien auf das Betrugsmanöver der „parlamentarischen Gegensätze" zu verzichten? Der Artikel des NRF scheint davon auszugehen. Das NRF nimmt an, daß dieses Zusammenspiel immer noch zunehmen wird und schließt einen „Bruch" zwischen CDU / CSU und SPD – d. h. eine Rückkehr zu den parlamentarischen Scheingefechten der 50er und frühen 60er Jahre aus. Daraus wird die Schlußfolgerung gezogen, daß eine Rückkehr der SPD zur Rolle der „radikalen Opposition" nicht mehr möglich sei, was praktisch heißt, daß die SPD ihre Rolle als bürgerliche Arbeiterpartei, als Agentur der Bourgeoisie in der Arbeiterklasse, schon ausgespielt hätte.

Wir halten das für eine falsche und leichtfertige Auffassung. Wir meinen, daß die Bourgeoisie heute b e w u ß t auf das Schmieren - Theater der „parlamentarischen Gegensätze" verzichtet (bzw. dieses Theater einschränkt), um unter den Massen eine bestimmte Ideologie zu verbreiten – eben die der „wehrhaften Demokratie", wie das NRF selbst richtig sagt. Die Ideologie der „wehrhaften Demokratie" beinhaltet, daß die SPD aktiv die bürgerliche Demokratie gegen deren Feinde verteidigen müßten; so zielt also auf die M o b i l i s i e r u n g der Massen gegen ihre eigenen revolutionären Interessen. Die Ideologie der „wehrhaften Demokratie" beinhaltet weiter, daß alle bürgerlichen Parteien und alle Teile der Bevölkerung „zur Verteidigung der Demokratie zusammenstehen" müßten.

Unter dem Titel der „wehrhaften Demokratie" wird unmittelbar - praktisch der Abbau demokratischer Rechte und der Ausbau des Staatsapparats vorangetrieben, und wird auf ideolotischem Gebiet versucht, ihrer ganzen Tendenz nach f a s c h i s t i s c h e Auffassungen unter den Massen zu verbreiten. Die faschistische Ideologie der 20er und 30er Jahre beinhaltete die zynische Verhöhnung der bürgerlichen Demokratie und der „parlamentarischen Schwatzbude". Heute dagegen ist die Situation so, daß gerade unter dem Titel der „wehrhaften Demokratie" die Faschisierung vorangetrieben wird.

Das NRF hat eine sehr optimistische Einschätzung von der weiteren Entwicklung. Es heißt da überschwenglich:

„Große Teile der Arbeiterklasse und des Volkes beginnen die bestehenden Verhältnisse unerträglich zu finden ... In der ganzen Welt nimmt die revolutionäre Bewegung einen stürmischen Aufschwung. Gegenwärtig ist es nicht so, daß sich die Massen von der proletarischen Revolution enttäuscht abwenden und zum Spielball der faschistischen Demagogen werden. Gegenwärtig ist es so, daß sich die Massen langsam von der Bourgeoisie loslösen und sich die revolutionäre Bewegung stetig in die Breite und Tiefe entfaltet, auch in der BRD." –

Fast meint man, die Traumtänzer vom „Roten Morgen" und ähnlichen Gruppierungen zu hören. Tatsächlich haben wir aber heute eine höchst zweideutige Entwicklung: auf der einen Seite zunehmende Unzufriedenheit mit der Verteilung des Reichtums, ein Infragestellen des kapitalistischen Besitzes überhaupt. Auf der anderen Seite verzeichnet die Bourgeoisie durchaus Erfolge bei der Verbreitung reaktionärer Vorstellungen. Die Ideologie der „wehrhaften Demokratie" wird weitgehend akzeptiert, die Politik der „inneren Sicherheit" trifft bei den Massen immer noch eher auf Verständnis als daß sie Protest hervorrufen würde. Die Verbreitung von Rassismus und nationaler Überheblichkeit unter den Massen macht „gute Fortschritte", wie die Bourgeoisie auch anläßlich der Münchner Ereignisse zufrieden registrieren konnte. Erschreckend breite Teile der werktätigen Massen sind gerade während und nach den Münchner Ereignissen auf die hysterische Ausländerhetze der Bourgeoisie hereingefallen. Dabei muß gesehen werden, daß der Rassismus eine Funktion für die Bourgeoisie seit den 20er und 30er Jahren etwas geändert hat. Der „klassische" Rassismus in der Form des Antisemitismus diente vor allem dazu, den Massen (besonders dem verelendeten Kleinbürgertum) einen Sündenbock zu präsentieren und so vom Kampf gegen die eigene Bourgeoisie abzulenken. Heute dient der Rassismus vor allem dazu, das Proletariat der westlichen Industrieländer in eine Frontstellung gegen die Befreiungskämpfe der Völker der „Dritten Welt" zu bringen; so soll nicht nur der proletarische Internationalismus untergraben werden, sondern sollen Teile des westlichen Proletariats direkt für die Konterrevolution nach dem Vorbild der französischen Siedler in Algerien, der Protugiesen in Südafrika, der Juden im Nahen Osten usw. gewonnen werden. –

Die weit verbreitete Selbsttäuschung innerhalb der Linken über den „revolutionären Aufschwung" und die Linksentwicklung der Massen kann nur zu verhängnisvollen Ergebnissen führen.

Es beweist in unserer Einschätzung gerade die S t ä r k e der Bourgeoisie gegenüber dem Proletariat und das immer noch anhaltende Darniederliegen der Arbeiterbewegung, daß die Kapitalisten sich erlauben können, auf parlamentarische und außerparlamentarische Betrugsmanöver mit einer „radikalen" SPD als Schein - Opposition zu verzichten. Als die Bourgeoisie in den 50er Jahren die Wiederaufrüstung einleitete, war der Widerstand der Massen dagegen noch so stark, daß die SPD - Führer sich an die Spitze der anti - militaristischen Bewegung setzen mußten, um die Bewegung so kaputt zu machen. Heute kann die Bourgeoisie ihre „Notstandsgesetze", ihre „Politik der inneren Sicherheit", den Ausbau des Bundesgrenzschutz zur Bürgerkriegsarmee usw. glatt durchziehen, ohne eine ihrer bürgerlichen Parteien (die DKP als Randphänomen spielt hier keine Rolle) als Schein - Opposition gegen diese Entwicklung abzustellen. Mit der größten Frechheit können die SPD - Führer diese Politik betreiben, ohne bisher erkennbar an Einfluß verloren zu haben.

Falsch wäre es aber, zu meinen, daß die Bourgeoisie etwa nicht imstande wäre, der SPD notigenfalls die Rolle einer Schein - Opposition zurückzugeben. Das NRF behauptet, daß die Verschärfung der Klassenkämpfe „zweifellos" ein noch offeneres Zusammenspiel der bürgerlichen Parteien zur Folge haben würde und schließt einen „Bruch" zwischen den bürgerlichen Parteien aus. Woher das NRF seine „zweifellose" Gewißheit bezieht, bleibt unklar, da Argumente nicht aufgeführt werden.

Die bisherige Geschichte des Kapitalismus zeigt, daß eine Verschärfung der Klassenkämpfe immer auch das Auftreten einer „radikalen" bürgerlichen „Oppositions"partei zur Folge hat. Im Übrigen hat Lenin auch theoretisch gezeigt, warum das Bestehen opportunistischer, bürgerlicher Arbeiterparteien im Imperialismus eine Gesetzmäßigkeit ist. Die SPD kann zu dieser Rolle zurückkehren, wenn die Verschärfung der Kämpfe es erfordert. Die Kräfte, die eine solche Entwicklung tragen könnten, wachsen heute schon offensichtlich in der SPD heran; ihr klarster Ausdruck sind die Jusos und Kräfte im SHB. ■

ing

SPD pfeift 'Falken' zurück

Im letzten „Arbeiterkampf" veröffentlichten wir einen Brief des Landesverbandes Hamburg der SPD - Jugend - Organisation „Falken" an verschiedene linke Organisationen, darunter auch an den Kommunistischen Bund. In diesem Brief wurde ein gemeinsames Vorgehen zu den voraussichtlichen Bundestags - Neuwahlen vorgeschlagen, mit der Hauptstoßrichtung, „die Machtergreifung der CDU / CSU zu verhindern". Um das gemeinsame Vorgehen zu diskutieren, wurde ein Zusammentreffen der angeschriebenen Organisationen vorgeschlagen.

Dieser Brief war ein außerordentlicher Schritt. Denn die SPD - Führung hat ein strenges generelles Verbot gegen die Zusammenarbeit mit Kommunisten ausgesprochen. Wir begrüßten es daher, daß dieses unverschämte und spalterische Verbot durch die Aufforderung der „Falken" zum gemeinsamen Vorgehen durchbrochen worden war. In einem kurzen Antwortschreiben, das wir ebenfalls im letzten „Arbeiterkampf" abdruckten, teilten wir den „Falken" unsere grundsätzliche Zustimmung zu dem im Brief enthaltenen Vorschlag eines gemeinsamen Vorgehens mit.

Indessen kam, was kommen mußte. In einem zweiten, diesmal äusserst kappen Brief – den wir nebenstehend abdrucken – wird das Angebot zum gemeinsamen Vorgehen zurückgenommen und als Alleingang des Stellvertretenden Vorsitzenden der Hamburger „Falken" dargestellt.

Dieser Vorgang bestätigt die Rolle der Jusos, „Falken" und anderen SPD - Linken als Feigenblatt für die arbeiterfeindliche Politik der Partei - Spitze. Er widerlegte nochmals die Illusion mancher ehrlicher Genossen innerhalb der SPD, sie könnten „den Laden von innen heraus wieder in Schwung bringen". Er widerlegt das großmäulige Geschwätz einiger Juso - Führer, als ob die Linken irgendwelche Machtpositionen in der SPD hätten oder erreichen könnten. Er zeigt, daß die Bindung der ehrlichen Linken an die SPD ihrem Wesen nach Bindung an die arbeiterfeindliche und spalterische Politik der SPD - Führung bedeutet.

Das Festhalten an dieser Bindung bedeutet letzten Endes Festhalten an der Spaltung der Arbeiterklasse und der übrigen demokratischen Kräfte des Volkes.

Sozialistische Jugend Deutschlands „Die Falken"
Landesverband Hamburg
Landesvorstand

Empfänger:
Jungsozialisten
Spartakus
SDAJ
Jungdemokraten
Aktionszentrum Hamburger Jugendverbände
Sozialistisches Arbeiter - und Lehrlingszentrum / Kommunistischer Bund
Sozialdemokratischer Hochschulbund
DAG - Jugend
DGB - Jugend
Deutsche Beamtenbund - Jugend
Ring bündischer Jugend in Hamburg

5. September 72

Betreff: Brief des Stellvertretenden Vorsitzenden der SoJu - Ringleitung der SJD „Die Falken", Landesverband Hamburg vom 1.8.72

Der oben angeführte Brief wurde unter Umgehung des Landesvorstandes verschickt.

Die vorgesehene Aktion findet in dieser Form nicht die Billigung des Landesvorstandes, darum findet die Sitzung am 7.9.72 nicht statt.

gez. Hans - Ulrich Höller
Vorsitzender des Landesverbandes Hamburg

Forts. von Seite 4

David + GOLIATH

Röhm, Darmstadt, fordert: „Vor Beendigung des Streiks hat eine Abstimmung über das Ergebnis stattzufinden." (Antrag Nr. 16).

– Die Jugend-Bezirks-Delegiertenkonferenz Hessen fordert volles Streikrecht für Lehrlinge. (Antrag Nr. 17)

Alle diese Anträge zielen auf eine echte demokratische Mitwirkung der gewerkschaftlichen Basis und schränken die Allmacht der unkontrollierbaren Vorstände ein. Sie haben aber beim derzeitigen Kräfteverhältnis in der IG-Chemie, keine Chance auf Annahme. Dennoch muß auf der Linie dieser Anträge in den nächsten Jahren weitergearbeitet werden.



Während des großen Chemie-Streiks (hier: Kalle, Wiesbaden) erkennen plötzlich die Kollegen die Gefahr, daß ein unkontrollierbares Führungsgremium ihrer Gewerkschaft eigenmächtig ein Lohnergebnis abschließt, das nicht ihrem Willen entspricht. Sie fordern Urabstimmung. Umsonst. Die Gewerkschaftsführer setzen sich darüber hinweg. Nach dem „Verrats-Abschluß" der Hauenschild & Co fordert die Masse der Chemiearbeiter den Hauptvorstand zum sofortigen Rücktritt auf. Umsonst. – Für den Gewerkschaftstag darf als sicher gelten, daß Hauenschild & Co in Amt und Würden wieder bestätigt werden. Von wem? Wer vertritt hier die Masse der Chemiearbeiter? Was ist mit der innergewerkschaftlichen Demokratie?

Betriebsnahe Tarifpolitik

Der Hauptvorstand hat einen Antrag gestellt, um sein Konzept der „betriebsnahen Tarifpolitik" durchzusetzen (Nr.63) Der Hauptvorstand behauptet, daß diese gut sei, um

– die Tarife ständig an die technologische, wirtschaftliche usw. Entwicklung des einzelnen Betriebes anzupassen,

– die Mitglieder aktiver am Tarifgeschenen zu beteiligen,

– die Differenz zwischen Tariflohn und effektiv gezahltem Lohn abzubauen.

Es soll nach den Vorstellungen des Hauptvorstandes in Zukunft nur noch Betriebs-, Konzern- und ähnliche Tarifverträge geben.

Anpassung der Tariflöhne „an die technologische, wirtschaftliche usw. Entwicklung" des einzelnen Betriebes oder Konzerns, d.h. Anpassung an die jeweilige Profit-Entwicklung des einzelnen Kapitalisten, läuft auf eine endgültige und direkte Unterwerfung der Arbeiter unter „ihren" Kapitalisten hinaus. Das bedeutet für den Fall, daß der Betrieb hohe Profite macht, auch die Arbeiter und Angestellten dürfen einmal einen „Schluck aus der Pulle" nehmen, und für den Fall, daß der Profit nicht ganz so hoch ist, auch die Arbeiter müssen ihren Gürtel enger schnallen. Dazu kommt, daß der öffentlich bekanntgemachte Profit eines Betriebes immer sehr „niedrig" ausfällt – wer kennt nicht das Gejammer der Kapitalisten? „Klagen ist der Gruß der Kaufleute", sagt ein altes Sprichwort. Die Folge wird eine ständige Beschränkung der Lohnforderungen sein. „Betriebsnahe Tarifpolitik", so wie die Gewerkschaftsführer sie durchsetzen wollen, bedeutet schlicht und einfach weniger Lohn und Gehalt für die Arbeiter und Angestellten.

Mehr noch. Jeder Kollege weiß, daß man dann am meisten herausholt, wenn die Arbeiter eine möglichst große Kampfkraft im Streik zeigen, wenn die Arbeiter eine möglichst breite Streikfront aufzubauen in der Lage sind. „Betriebsnahe Tarifpolitik" dagegen führt zu völliger Zersplitterung gewerkschaftlicher Kampfkraft der Arbeiter. Die Kapitalisten hingegen organisieren sich in ihren Verbänden, mit Hilfe von gegenseitigen Unterstützungsprogrammen und Lieferhilfsabkommen immer straffer, einheitlicher und fester. Ein bestreikter Einzelbetrieb oder -konzern ist sich der Unterstützung aller anderen Kapitalisten von vornherein sicher. Die Arbeiter und Angestellten nur eines einzigen Betriebes sind dagegen völlig isoliert und alleingelassen.

Die Gewerkschaftsführer ködern die Kollegen und Vertrauensleute im Betrieb für ihr Konzept der „betriebsnahen Tarifpolitik" mit der demagogischen Zusicherung, daß sie selbst (die Belegschaft) viel mehr direkte Mitwirkungsmöglichkeiten bei tariflichen und betrieblichen Auseinandersetzungen habe. Eine genauere Untersuchung der Vorstellungen der Gewerkschaftsführer und auch ihrer bisherigen Praxis (vergl. unsere Anlayse des Texaco-Streiks 1971 im AK 14) indes zeigt, daß die Einwirkungs- und Mitspracherechte der Belegschaften im Rahmen der „betriebsnahen Tarifpolitik" sowenig gegeben sind, wie bisher. Es sind die gleichen unkontrollierbaren Tarifkommissionen, die in selbstherrlicher Manier jeden Abschluß tätigen können, schalten und walten können, wie sie wollen, ohne daß die Kollegen auch nur einen einzigen Deut wirklich zugesicherter Rechte dabei hätten.

„Kündigungsschutz für Vertrauensleute" – ein „betagter" Antrag

Seit neun Jahren wird gefordert, daß die gewerkschaftlichen Vertrauensleute tarifvertraglich vor Kündigungen geschützt werden sollen. Auch dieses Mal wird diese Forderung von vielen gewerkschaftlichen Gremien wieder gestellt (s. Anträge Nr. 250 und folgende).

Selbst der Hauptvorstand – man höre und staune – stellt einen Antrag mit gleicher Stoßrichtung. Seit neun Jahren hätten die Tarifkommissionen, deren Politik maßgeblich vom Hauptvorstand bestimmt wird, die Möglichkeit gehabt, diese Forderung schon längst durchzusetzen. Tatsächlich aber haben sie sie bei jeder Verhandlung zur Freude der Kapitalisten diese Forderung unter den Tisch gewischt. Der jetzt vom Hauptvorstand gestellte Antrag kannnur als demagogische Verhöhnung verstanden werden. Wahrscheinlich gestellt, um den peinlichen Fragen der Delegierten zu entgehen, warum dieser „betagte" Antrag immer noch nicht durchgesetzt worden sei.

Konzertierte Aktion heißt weniger Lohn

Konzertierte Aktion und Lohnleitlinien bedeuten für die Kollegen die Festlegung der Lohnerhöhung auf eine den Kapitalisten genehme Höhe.

Die Jugendkonferenz Darmstadt und der Verwaltungsstellenvorstand Hannoversch-Münden sind gegen die Konzertierte Aktion (Anträge Nr. 95 und 97).

„Die Verbesserung des Lebensstandards ist aber nur im Gegensatz zu den Kapitalinteressen durchzusetzen, was die Unabhängigkeit der Gewerkschaft vom Staat voraussetzt ... Außerdem müssen jegliche „Spitzengespräche" zwischen Unternehmern und Gewerkschaft zur Festlegung der Stabilitätspolitik der Wirtschaft abgelehnt werden." (Darmstadt). „Das kommt einer legalen Entmachtung der Gewerkschaften gleich." (Hannoversch-Münden).

Der Hauptvorstand macht dagegen in Naivität: „Sollte sich erweisen, daß die Bindung an die Konzertierte Aktion die Gewerkschaften in ihrer Handlungsfreiheit einschränkt und dadurch das Ungleichgewicht zwischen Kapital- und Arbeitnehmer-Interessen verstärkt, haben der Bundesvorstand und der Bundesausschuß die Frage eines weiteren Verbleibens in der Konzertierten Aktion zu prüfen." (Antrag Nr. 91). Aha, der Hauptvorstand bezweifelt also, daß durch die Konzertierte Aktion grundsätzlich und einseitig die Unternehmerinteressen berücksichtigt werden.

Tatsächlich aber, und das weiß jeder Kollege, ist die Konzertierte Aktion derzeit das Mittel, das die Effektivlöhne der Kollegen, d.h. die reale Kaufkraft, ständig senken soll. Konzertierte Aktion heißt weniger Lohn!

Das „Programm" des Hauptvorstandes

Der Hauptvorstand hat durchaus auch „fortschrittliche" Anträge gestellt. In seinem Antrag zur Tarifpolitik (Nr. 218 E) stellt er fest, daß die Arbeiter immer wieder für die Folgen der kapitalistischen Rationalisierung mit geringer bezahlten Arbeitsplätzen oder gar Verlust des Arbeitsplatzes bezahlen müssen. Er fordert daher „Verträge zur generellen Arbeitsplatzsicherung."

Weitere Forderungen sind:

– Arbeitszeitverkürzung, d.h. Unterschreitung der 40-Stunden-Woche,

– 6 Wochen Urlaub für alle und für Schichtarbeiter noch ein Zusatzurlaub,

– Erhöhung des Urlaubsgeldes,

– Gleichen Lohn für Männer und Frauen ...

Solche Forderungen werden von den Kommunisten selbstverständlich unterstützt, auch wenn wir sie durchaus noch nicht für ausreichend halten. Aber wir müssen uns fragen, welche Überlegungen der Hauptvorstand darüber angestellt hat, wie diese Forderungen gegen die Kapitalisten durchgesetzt werden sollen. Wir können keine Ansätze entdecken, wo der Hauptvorstand während der letzten Tarifauseinandersetzungen oder in seinen Anträgen zum Gewerkschaftstag auf eine Stärkung der Kampfkraft der Arbeiter und Angestellten ausgewesen wäre. Im Gegenteil, wie das Konzept „betriebsnahe Tarifpolitik" zeigt.

– Und anders als durch den organisierten gewerkschaftlichen Kampf sind solche Forderungen nicht durchzusetzen, sondern bleiben Luftschlösser und Träume. Dieser Widerspruch läßt nur eine Erklärung zu: Der Hauptvorstand täuscht Absichten vor, die er tatsächlich gar nicht hat. Über einen Forderungskatalog, der nur auf dem Papier steht, können die Kapitalisten doch nur lachen.

Nur eine Handvoll Delegierter demokratisch gewählt

Am Gewerkschaftstag nehmen etwa 450 stimmberechtigte Delegierte teil. Davon sind 380 von den Delegierten-Hauptversammlungen und Bezirksdelegiertenkonferenzen gewählt: auf 1.500 Mitglieder kommt 1 Delegierter. Der Rest der Delegierten sind Mitglieder des Hauptvorstandes, Industriegruppenleiter, Bezirksleiter und die Vorsitzenden der Hauptausschüsse (Frauen, Jugend, Angestellte).

Die übergroße Mehrheit aller stimmberechtigter Delegierter sind hauptamtliche Gewerkschaftsfunktionäre, die überhaupt kein direktes Mandat der Belegschaft auch nur eines einzigen Betriebes haben. Dazu kommt ein Teil „genehmer" SPD-Betriebsratsfürsten, d.h. seit Jahrzehnten freigestellte Betriebsräte, die ihre betriebliche Machtposition und auch ihre Wahl zum Gewerkschaftstag der Mauschelpolitik der hinter ihnen stehenden SPD-Betriebsgruppen verdanken. Nur eine kleine Handvoll Delegierter können sich auf eine tatsächlich demokratische Wahl im Betrieb und Vertrauenskörper berufen.

Darüber hinaus kommt ein größerer Kreis „geladener Gäste" – Politiker mit Brandt und Barzel an der Spitze, Wissenschaftler usw. Sie sind nich stimmberechtigt, dürfen aber größtenteils reden, wovon sie erfahrungsgemäß auch ausgiebig Gebrauch machen werden.

„Einfache" Gewerkschaftsmitglieder sind nicht zugelassen. Nicht einmal als Zuschauer!

Angesichts der bevorstehenden Bundestagsneuwahlen wird sich der Hauptvorstand bemühen, ein ruhiges Bild dieses Gewerkschaftstages, vor allem auch nach außen, zu vermitteln. Er will im Sinne der SPD-Politik den Kapitalisten eine „friedliche" Arbeiterschaft präsentieren, die voll im Griff ist. Daher hat der Hauptvorstand kein Interesse an breiteren Auseinandersetzungen auf dem Gewerkschaftstag.

Allein die – für Gewerkschaftstage durchaus leider immer noch übliche – Zusammensetzung der Delegierten, läßt unsere Vermutzung schon jetzt Gewißheit werden, daß nicht ein einziger wirklich fortschrittlicher Antrag Chancenhat, angenommen zu werden.

Diese Tatsache darf uns aktive Gewerkschafter aber keineswegs resignieren lassen. Es zeigt sich hier zwar noch unsere Schwäche im Vergleich zur Macht der gewerkschaftlichen Vorstände. Aber andererseits zeigen uns die wenigen fortschrittlichen Anträge, daß es schon in vielen Bezirken zu gären beginnt, daß in vielen Bezirken schon eine gewerkschaftsoppositionelle Bewegung im Entstehen ist und zunehmend auch an Einfluß gewinnt. Der Inhalt der wenigen fortschrittlichen Anträge zeigt uns weiterhin Ziel und Linie in unserer betrieblichen und gewerkschaftlichen Arbeit. Der Kampf um die Gewerkschaften hat gerade erst begonnen.

Hamburg: Für die 'richtigen' Delegierten schon vor Monaten gesorgt

Die Weichen für einen dem Hauptvorstand genehmen Verlauf des Gewerkschaftsvertrages wurden schon vor Monaten von den örtlichen Vorständen der IG-Chemie-Verwaltungsstellen gestellt.

Die Vorgänge in Hamburg können hier als Beispiel für viele andere Verwaltungsstellen gelten.

In Hamburger Chemie-Betrieben gibt es noch keine starke Gewerkschaftsopposition, die der in Darmstadt etwa vergleichbar wäre. Oppositionelle Kollegen, Vertrauensleute und Betriebsräte der einzelnen Betriebe haben noch keinen Kontakt zueinander. Eine überbetriebliche Perspektive in ihrer Arbeit fehlt noch fast vollständig. Ansätze einer überbetrieblichen Streikschulung, wie sie nach den Chemie-Streiks von 1971 gefordert wurden, sind von den örtlichen Gewerkschaftsführern wieder zerschlagen worden (u. a. mit dem Hinweis der „Gefahr einer kommunistischen Infiltration").

Zwar haben es heute die einzelnen Gewerkschafts-Sekretäre teilweise schon recht schwer, ihre Politik in den wichtigsten Vertrauenskörpern noch durchzusetzen. Aber die Gesamtpolitik des Verwaltungsstellen-Vorstandes blieb von der oppositionellen Bewegung bisher noch völlig unberührt. Diese Herren konnten bisher schalten und walten wie sie wollten, ohne daß sie von irgendeiner Stelle dafür zur Rechenschaft gezogen worden wären. Der Verwaltungsstellen-Vorstand konnte so unter geringstmöglicher Beteiligung der Gewerkschaftsmitglieder und Vertrauensleute die Delegierten-„Wahlen" in den Betrieben und die Hamburger Delegierten-Hauptversammlung Ende Februar 1972 durchziehen. Die Mehrheit der Vertrauensleute – auch der oppositionellen – hat dies kaum zur Kenntnis genommen.

Forts. nächste Seite

Forts. von Seite 13

David + GOLIATH

An dieser Stelle müssen einige selbstkritische Bemerkungen zur Arbeit unserer Organisation in den Hamburger Chemiebetrieben gemacht werden.

Wir arbeiten mit mehr als 10 Betriebs- und Abteilungszellen in den wichtigsten und größten Chemiebetrieben. Dazu kommen noch Kollegen- und Sympathisanten-Gruppen und einzelne Kollegen, die gern bereit sind, ihre betriebliche Arbeit mit unseren Genossen zu koordinieren. Eine Vielzahl unserer Genossen und Sympathisanten arbeiten in Vertrauenskörpern und Betriebsräten. – Wir geben eine regelmäßig erscheinende Branchenzeitung, den „CHEMIEARBEITER", heraus, dazu betriebliche Ausgaben dieser Zeitung vor Großbetrieben und zwei weitere Betriebszeitungen.

Die relative Stärke unserer Organisation und unseres Einflusses in den Hamburger Chemie-Betrieben, zwingt die örtlichen Gewerkschaftsführer bei jeder Gelegenheit, z. B. auf Vertrauensleute-Sitzungen, auf Betriebsversammlungen etc., gegen „die Kommunisten", gegen den KB, gegen den „CHEMIEARBEITER" usw. zu hetzen, Lügen und Unterstellungen über uns zu verbreiten etc.

Wir haben unsere relative Stärke indes nicht genutzt für eine optimale Vorbereitung des Gewerkschaftstages. Mehr noch. Wir haben diese Sache fast völlig verpennt. Der „CHEMIEARBEITER" ist mit keinem Artikel bisher auf den Gewerkschaftstag eingegangen, hat seine Bedeutung für den Kampf der Kollegen nicht klar gemacht und auch nicht aufgezeigt, was getan werden muß.

Unsere Genossen haben so auch nicht zielbewußt auf die Wahl von Delegierten eingewirkt, nicht planvoll und systematisch Anträge formuliert und entsprechende Diskussionen mit ihren Kollegen geführt.

Diese Mängel und Fehler unserer Arbeit haben ihre Ursache darin, daß uns Perspektive und Dimension einer überbetrieblichen und auch überlokalen gewerkschafts-oppositionellen Arbeit bisher nicht klar waren. Die Unerfahrenheit unserer Genossen und Leitung trägt hieran die Schuld.

Im Ergebnis läuft unsere Untätigkeit auf eine Schwächung der Oppositionsbewegung in der IG-Chemie hinaus. Wir haben es damit auch den IG-Chemie-Führern zu leicht gemacht, ihr konzertiertes Feuer auf die wenigen klassenbewußten Delegierten und Anträge auf dem Gewerkschaftstag zu richten. Die Fehler sind in unserer Arbeit erkannt, und wir werden zukünftig alles tun, auch an dieser Front die aktiven und klassenbewußten Arbeiter und Angestellten zu unterstützen. Aufgrund unserer Unerfahrenheit hatten es die Hamburger Gewerkschaftsführer sehr leicht, sich fast vollständig durchzusetzen.

In den Betrieben werden alle drei Jahre jeweils vor den Gewerkschaftstagen Delegierte gewählt: Betriebe mit 21 bis 300 Gewerkschaftsmitgliedern entsenden einen Delegierten, bis 500 Mitgliedern zwei Delegierte, bis 1000 drei Delegierte, bei 1.500 vier und über 1.500 fünf Delegierte.

Laut Satzung der IG-Chemie könnten diese Delegierten auf einer Mitgliederversammlung der Verwaltungsstelle gewählt werden. Damit würde eine optimale Beteiligung aller Kollegen an der Aufstellung und Wahl der Delegierten erreicht. Dies lag indes nicht im Interesse der Hamburger IG-Chemie-Führer. Der Hamburger Verwaltungsstellenvorstand hat sich natürlich an einer Mitgliederversammlung vorbeigemogelt. In den wichtigsten Hamburger Chemiebetrieben wurden die Delegierten den ahnungslosen Vertrauensleuten nur noch zur Bestätigung präsentiert:

Beiersdorf: in der allerersten Sitzung eines völlig neugewählten Vertrauenskörpers Ende'71 wurden gleich zu Anfang der Sitzung die Delegierten auf Vorschlag der SPD-Betriebsgruppe „gewählt". Kein Vertrauensmann wußte, worum es eigentlich ging. Nur so konnte es passieren, daß ein Max Ganschow, einer der ausgekochtesten Arbeiterverräter, mit knapper Mehrheit durchkam.

Colgate: Hier wurde in den letzten Monaten der Vertrauenskörper durch die SPD-Gruppe fast völlig zerschlagen. Die letzten klassenbewußten Kollegen dort erwarteten ihren endgültigen Ausschluß aus dem VK. Auf dieser Grundlage wurden Delegierten-Vorschläge des BR-Vorsitzenden „ohne lange Diskussion" angenommen, zumal auch eine klassenbewußte Betriebsrätin mit dazu gehörte. Dies verstand der BR-Vorsitzende als „taktischen Kompromiß".

Norddeutsche Affinerie: Hier wurde die Delegierten-Wahl nahezu „verschlafen". Kurz nach Fristende machte die VK-Leitung noch hastig ein paar Vorschläge und präsentierte einige Anträge, die widerspruchslos angenommen wurden, weil niemand so recht wußte, worum es eigentlich ging. Es handelte sich dabei um fortschrittliche Anträge die aber völlig ungenügend und schlecht durchformuliert waren, sodaß sie später leicht von den Gewerkschaftsführern unter den Tisch gewischt werden konnten.

In den größten Hamburger Chemiebetrieben wurde lediglich bei der Reichhold-Albert-Chemie (Höchst) eine breitere Diskussion im VK geführt und eine Reihe fortschrittlicher Anträge mit etwa der gleichen Stoßrichtung wie bei Merck beschlossen.

Die Taktik der Gewerkschafts-Führung bei der „Vorbereitung" des Gewerkschaftstages war die gleiche wie bei der Chemie-Tarifrunde'72 (vergl. AK 19, S. 16): klammheimlich, von den Kollegen unbemerkt sollte die ganze Angelegenheit über die Bühne gezogen werden.

Vollständig aber war sich der Verwaltungsstellen-Vorstand seiner Sache nicht sicher – zu recht. Denn allem zum Trotz, ist dennoch ein gutes Dutzend fortschrittlicher Kollegen durch das dünne Nadelöhr der „kurzgehaltenen" innergewerkschaftlichen Demokratie auf die Delegierten-Hauptversammlung geschlüpft. Um diese von vorn herein zur Räson zu bringen und einzuschüchtern, wurde die Versammlung mit den schon fast obligaten antikommunistischen Hetzreden der Gewerkschaftsführer Holst (Hamburg) und Rappe (Hannover) eröffnet. Nachdem die Stimmung so „richtig schön angeheizt" war, wurden die Delegierten für den Gewerkschaftstag gewählt. Profilierte aufrechte Arbeitervertreter bekamen nur zwischen 14 und 25 von insgesamt möglichen 97 Stimmen und wurden damit abgeschmettert. Gewählt für den Gewerkschaftstag wurden dann insgesamt 10 Delegierte, davon allein 7 Mitglieder des Verwaltungsstellenvorstandes. Die wenigen fortschrittlichen Anträge, wie sie hauptsächlich von Reichhold, aber auch von der Norddeutschen Affinerie kamen, wurden samt und sonders vom Tisch gefegt, d. h., als sogenanntes „Arbeitsmaterial" an Tarifkommision und Hauptvorstand „weitergeleitet".

Lübeck

Verkauf des 'Arbeiterkampf' verboten!

Die Lübecker Stadt - Bürokratie hat unseren Genossen vom KB / ML - Lübeck verboten, den „ARBEITERKAMPF" in der Innenstadt zu verkaufen. Aus „verkehrlichen Gründen", wie es im Verbots - Schreiben heißt. Die wirklichen Gründe sind allerdings politischer Natur, wie sich leicht beweisen läßt. Selbst nach bürgerlicher Rechtsprechung ist das Vorgehen der Lübecker Behörden gegen unsere Genossen, das offenbar von SPD - Bürgermeister KOCK höchstpersönlich geleitet wurde, höchst fragwürdig, wenn nicht sogar schlechtweg illegal. – Unsere Genossen jedenfalls lassen sich dadurch nicht einschüchtern. Sie werden weiterhin den „ARBEITERKAMPF" auch in der Lübecker Innenstadt verkaufen.

Seit über einem halben Jahr verkaufen die Genossen vom KB / ML - Lübeck den „ARBEITERKAMPF" vor Lübecker Großbetrieben und in der Innenstadt, hier vorzugsweise in der Fußgängerzone der Breiten Straße. – Verbunden mit dem Verkauf, propagieren unsere Genossen die Ziele der Kommunisten. In unzähligen Gesprächen und Diskussionen mit den Käufern unserer Zeitung wurden die politischen Ansichten unserer Organisation dargelegt. Häufig bildeten sich, insbesondere in der dafür gut geeigneten Fußgängerzone, große Gruppen von Menschen und diskutierten z. T. stundenlang über ihre politischen Ansichten. Einmal nahmen über 100 Personen an einer solchen „Massendiskussion" teil.

Immer mehr Lübecker kauften den „ARBEITERKAMPF" und setzten sich mit der darin dargelegten Politik auseinander. Vor einem halben Jahr verkauften die Genossen noch etwa 150 Zeitungen pro Ausgabe, heute bereits über 850 Stück.

In dieser erfolgreichen Arbeit aber sahen die Lübecker Kapitalisten und ihre politischen Sachwalter in Stadt - Bürokratie und Rathaus eine Gefahr. – Ständig ließen sie unsere Genossen beim Verkauf bewachen und bespitzeln durch Polizei in „diskretem" Abstand, durch Verfassungsschutz und politische Polizei. Im Juni schritten dann die Behörden zur „Tat": Polizeibeamte forderten die Genossen auf, den Straßenverkauf einzustellen und erst einmal einen Antrag auf Genehmigung dafür beim Tiefbauamt (!?) einzuholen.

Also stellten die Genossen einen solchen Antrag, der dann aber 4 lange Wochen nicht bearbeitet wurde. Auf Anfrage erklärte man ihnen, man könne den Antrag nicht „weiterbearbeiten". Dafür wurden formale Mängel im Antrag als Vorwand vorgeschoben. Die Behörden spekulierten darauf, daß durch lange Verzögerung ihrerseits der „ARBEITERKAMPF" - Verkauf unterbrochen werden könnte. Fehlanzeige! Die Genossen verkauften ruhig weiter, so daß die Behörden den Vorwand fallen ließen und am 1. August ein Verbot aussprachen, weil angeblich „das Feilbieten von Waren (?!) aus verkehrlichen Gründen (!) grundsätzlich untersagt" sei.

Dieses wahrhaft „salomonische Urteil" demonstriert nur Dämlichkeit und Zynismus der herrschenden Klasse. Da werden wir nun wochenlang von Verfassungsschutz und Politischer Polizei bespitzelt, da versucht uns der Bürgermeister höchstpersönlich zu vertreiben, da werden die Personalien unserer Genossen zwangsweise polizeilich festgestellt, um dann mit einem Verbot des ach so unpolitischen Tiefbauamtes bedacht zu werden, und zwar allein aus „verkehrlichen Gründen"; mit einem politischen Verbot hat das alles überhaupt nichts zu tun, oh nein!

Dummerweise aber läßt sich nun recht einfach beweisen, daß in der Fußgängerzone neben unserer Zeitung auch noch andere „Waren" ständig „feilgeboten" werden, nämlich Blumen, Schmuck, Springers BILD - Zeitung etc., ohne mit derart „verkehrsbewußten" Verordnungen bedacht zu werden.

Und es läßt sich auch beweisen, daß das Tiefbauamt von Polizei und Bürgermeister nur vorgeschoben wurde, um den Anschein einer nur „sachbezogenen" Neutralität aufrecht zu erhalten. Noch 10 Tage, bevor uns das Tiefbauamt mitteilte, daß unser Antrag nicht bearbeitet werden könnte, versuchte uns Bürgermeister KOCK zu vertreiben. Dabei quatschte er dummerweise davon, daß er genau wüßte, daß ein Verbot ausgesprochen worden sei. Dies geschah allerdings erst 3 Wochen später. Woher konnte Kock dies wissen?? Offenbar hat Kock die ganze Angelegenheit selbst eingefädelt und sich peinlicherweise nur deshalb verquatscht, weil er nicht wußte, wie langsam und träge seine Behörden beim „Bearbeiten" von Anträgen sind. – Auch die Polizei wußte lange vor uns vom Verbot. Als ein Polizist unsere Verkäufer vertreiben wollte, plauderte er „ahnungslos" davon, daß er den Durchschlag des Verbotes schon gesehen hätte – wohlbemerkt eine Woche bevor wir es erhielten.

Die Kapitalisten und ihre politischen Handlanger versuchen in letzter Zeit verstärkt, das Entstehen einer selbständigen Arbeiterpresse zu verhindern. Für die Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft ist es wichtig, daß die Arbeiter und andere Teile der Bevölkerung allein von der bürgerlichen Presse indoktriniert werden.

SETZEN WIR UNS NOCH STÄRKER FÜR DEN AUSBAU DER KOMMUNISTISCHEN ARBEITER - PRESSE EIN!

CDU stellt Verbotsantrag gegen Kommunistischen Bund Bremen (KBB)

Die Bremer Bürgerschaftsfraktion der CDU hat am vergangenen Mittwoch (20.9.72) einen Dringlichkeitsantrag eingebracht, um den Senat prüfen zu lassen, „ob ein Verbot des Kommunistischen Bundes Bremen durch Grundgesetz in Verbindung mit Vereinsgesetz oder Bundesverfassungsgerichtsgesetz ... begründet ist. Ferner, ob und mit welchen Gründen Maßnahmen gegen den Kommunistischen Bund Bremen durchgeführt werden sollen."

Mit dem Grundgesetz und dem Verbot der KPD (1956) haben sich die Kapitalisten Instrumente geschaffen, jederzeit das Verbot gegen Organisationen auszusprechen, die sie als Gegner des Kapitalismus ansehen.

Der Antrag der CDU wurde damit begründet, daß der KBB revolutionäre Gewalt bejahe. Es wurde dabei auf das Flugblatt des KBB anläßlich der Ereignisse in München verwiesen, in dem es u.a. hieß:

„Nicht einzelne Bombenleger können die Herrschaft der Kapitalisten brechen ... Die Arbeiterklasse wird letzten Endes die Kapitalistenherrschaft gewaltsam niederschlagen müssen."

Gerade der bewaffnete Einsatz der Polizei und des Grenzschutzes in Fürstenfeldbruck, der das Todesurteil für die israelischen Geiseln bedeutete, hat gezeigt, daß die Kapitalisten es sind, die vor keiner Form der Gewalt zurückschrecken, wenn es um die Durchsetzung ihrer Ziele geht.

Schon einige Tage nachher, als kroatische Ustascha-Faschisten in Schweden Geiseln nahmen, zeigte sich, daß dabei keineswegs Menschen erschossen werden müssen – daß der Polizeieinsatz in München keinem Zwang entsprach, sondern bewußt so gewollt war.

Das brutale Vorgehen des Staatsapparates in München, sowie die in der Folge der Münchner Ereignisse getroffenen Maßnahmen der Kapitalistenklasse, machen deutlich, wo die Reise hingeht:

– weiterer Ausbau der Polizei- und Militärmaschinerie
– verschärfte Anwendung der gesamten juristischen Instrumente zur Unterdrückung oppositioneller Kräfte – gegenwärtig richten sich die Angriffe in erster Linie gegen Ausländer.

Mit dem Zentralthema „Innere Sicherheit" im Wahlkampf der CDU tun die Kapitalisten kund, daß die bisher unter der SPD/FDP-Regierung getroffenen Maßnahmen als unzureichend betrachtet werden.

Den Verbotsantrag gegen den KBB schätzen wir als einen weiteren Schritt auf dem Wege der Faschisierung von Staat und Gesellschaft ein, als einen Schritt auf dem Wege zu immer offenerem Vorgehen der Bourgeoisie gegen alle Gegner des Kapitalismus.

Allen denen, gegen die diese Unterdrückungsmaßnahmen gerichtet sind, gilt unsere Solidarität.

Der bürgerliche Terror muß auch dann entlarvt werden, wenn er sich gegen Organisationen und Personen richtet mit denen wir in grundlegenden Fragen nicht übereinstimmen, wie das beim KBB der Fall ist.

Mit dem KBB haben wir in wichtigen Fragen der Einschätzung der gegenwärtigen und zukünftigen gesellschaftlichen Entwicklung und der sich daraus ergebenden Aufgaben für die Arbeiterbewegung schwere Differenzen. Diese Fragen versuchen wir im „ARBEITERKAMPF" auszutragen.

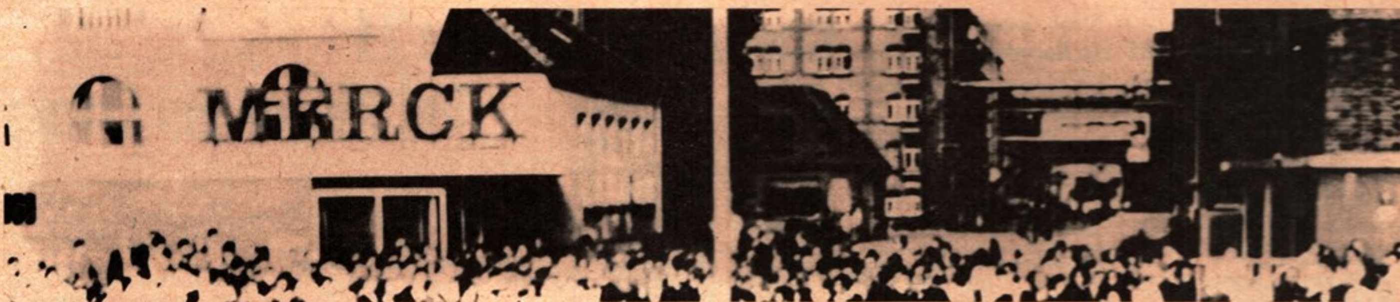


NACH REDAKTIONSSCHLUSS:
Im Bremer Senat wurde der Dringlichkeitsantrag der CDU „vertagt".

2000 Menschen demonstrierten zur Stunde der Bürgerschaftssitzung ihre Solidarität mit dem KBB.

★ ★ ★

75



KLARER KURS DER MERCK-VERTRAUENSLEUTE:

Statt Ordnungsfaktor Gewerkschaft als Kampforganisation

„Wenn die Gewerkschaftsfeinde unter Linksradikalismus z.B. verstehen, daß mehr Mitglieder an den Entscheidungen ihrer eigenen Organisation beteiligt werden sollen, und wenn diese Entscheidungen nicht im Elfenbeinturm fallen sollen, sondern in der breiten gewerkschaftlichen Öffentlichkeit entschieden werden sollen, dann kann man nichts daran ändern, daß dies Linksradikalismus ist. Für uns ist das nichts anderes als aktive Gewerkschaftspolitik."

(H. G. Lang, der Geschäftsführer der IG Chemie Darmstadt, in einem Interview mit dem GEWERKSCHAFTSSPIEGEL über die offensive gewerkschaftliche Politik der Vertrauensleute bei Merck und Röhm in Darmstadt.)

„Ich sehe darin auch vor allem eine politische Aufgabe", erklärte Otto Esser, der Vorstandsvorsitzende der Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände der chem. Industrie, zu seinem bevorstehenden Wechsel von der Glanzstoff AG zu Merck in Darmstadt. Kapitalisten-Boß Otto Esser soll sich durch diesen Betriebswechsel direkt um die konsequente Arbeit der Merck-Vertrauensleute „kümmern", d.h. diese Arbeit zerschlagen, da sie den Kapitalisten schwer zu schaffen macht und droht, als positives Beispiel für andere Betriebe Schule zu machen. Neben der Durchsetzung verschiedener betrieblicher Forderungen gelang es den Vertrauensleuten in der Tarifrunde 71 nicht nur, die gesamten Merck-Arbeiter und die überwiegende Mehrheit der Angestellten im Laufe einer Woche in den Vollstreik zu führen, sondern auch nach dem beschämenden Schlichtungsergebnis, dem sogenannten „Bonner Verrat", Resignation und Gewerkschaftsfeindlichkeit erfolgreich zu bekämpfen. Zu dem jetzt stattfindenden IG Chemie-Gewerkschaftstag liegen aus Darmstadt mehrere Satzungsanträge vor, nach denen Beginn oder Ende von Kampfhandlungen und Tarifabschlüsse nur auf Forderung oder Zustimmung der betroffenen Vertrauensleute oder Mitglieder hin vom Hauptvorstand der IG Chemie getätigt werden dürfen.

Einen Höhepunkt der Auseinandersetzungen war im Frühjahr die Vorbereitung und Durchführung der Betriebsratswahlen. Durch die oppositionelle Gewerkschaftsarbeit konnte zunehmend der arbeiterfeindliche Charakter der sozialpartnerschaftlichen Politik der alten SPD-Betriebsratsfürsten mit Fleckenstein und Knierieme an der Spitze dem größten Teil der Merck-Arbeiter und Angestellten deutlich werden. Bei der Aufstellung der offiziellen IG Chemie-Betriebsratsliste durch die Vertrauensleutevollversammlung wurden Fleckenstein und Co. durch aktive Gewerkschafter von den vorderen Listenplätzen verdrängt, so daß sie sich bessere Chancen zur Erhaltung ihrer Betriebsratspöstchen (und Freistellungen ...) mit einer eigenen Spalterliste erhofften.

In den Wahlkampf zogen diese Leute dann „gegen die linksradikale Unterwanderung der IG Chemie Darmstadt", malten in allen Farben das „Schreckgespenst" des Kommunismus und griffen zu übler – auch persönlicher – Demagogie gegen die fortschrittlichen Kandidaten der IG Chemie-Liste, natürlich mit massiver Unterstützung durch die Gechäftsleitung. So wurden zum Beispiel einen Tag vor der Wahl gefälschte Betriebszeitungen – angeblich von der KPD/ML und DKP – mit persönlichen „Angaben" über die IG Chemie-Kandidaten, wie sie der Personalabteilung Merck vorliegen, verteilt (KPD/ML-Fälschung) und mit den neuesten (!) Anschriften der Kollegen versehen, per Post ins Haus geschickt (DKP-Fälschung)!

Trotzdem gelang es den fortschrittlichen Vertrauensleuten, bei den Arbeitern 9 gegenüber 5 Sitzen der Spalter um Fleckenstein zu erringen. Nicht so gut sieht es bei den Angestellten aus: Sowohl die IG-Chemie als auch die Spalterliste um Knierieme erreichten 5 Sitze. Hinzu kommen noch 2 für die Spaltergewerkschaft DAG und 3 für die „Unabhängigen", die ja bekanntlich direkt von der Geschäftsleitung abhängig sind.

Die fortschrittliche Gewerkschaftsarbeit bei Merck hat für den Aufbau der Gewerkschaften als Kampforganisationen der Arbeiterklasse wesentlichen Erfahrungswert.

Inzwischen sind einige Berichte und weiteres Material über die gewerkschaftliche Arbeit bei Merck veröffentlicht worden. Daraus haben wir unseren Bericht über die Entwicklung und Erfahrungen der Merck-Vertrauensleute zusammengestellt.

Der Aufbau des Vertrauensleutekörpers

Die Firma Merck hat ca. 8000 Beschäftigte, davon arbeiten ca. 7500 im Darmstädter Hauptwerk und 500 im Zweigwerk Gernsheim. Besonders auffällig ist der hohe Angestelltenanteil von 60 %, von denen allein ca. 800 als „leitende" Angestellte und Akademiker außertariflich beschäftigt sind.

Der gewerkschaftliche Organisationsgrad fiel bis 1969 um über 20 % auf 53 % und ist seitdem – bedingt durch die gute Arbeit der Vertrauensleute – auf knapp 60 % wieder angestiegen. (Arbeiter 90 % organisiert, Angestellte 35 %). Seit 1945 bis zum Jahre 1967 wurde die gewerkschaftliche Arbeit im Betrieb einzig und allein durch den Betriebsrat bestimmt. Er bestimmte – je nach Bedarf – die gewerkschaftlichen Vertrauensleute in den einzelnen Abteilungen, die äußerst selten (meistens nur zur Aufstellung der Kandidatenliste für BR-Wahlen!) zusammenkamen. Der Vorsitzende des Betriebsrates (BR) war automatisch Vorsitzender der Vertrauensleute. Der Vertrauenskörper war somit nichts anderes als ein Kontrollorgan des Betriebsrates über die Kollegen, was auch den Vorstellungen der rechten SPD-Betriebsfürsten Fleckenstein und Knierieme entsprach.

Um eine konsequente gewerkschaftliche Arbeit zu ermöglichen, forderten aktive Gewerkschafter aus dem Betrieb vom BR eine rechtliche Absicherung von gewerkschaftlichen Vertrauensleute-Wahlen durch eine Betriebsvereinbarung mit der Geschäftsleitung.

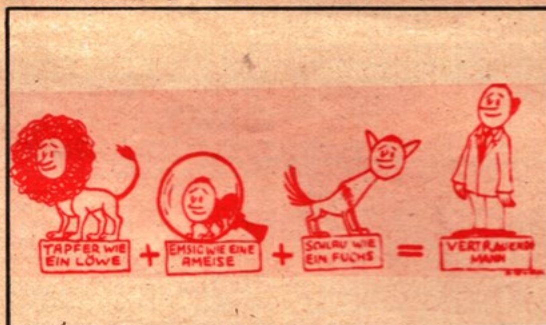
So sollten erstmals die Kollegen in den Abteilungen Einfluß auf die Politik ihrer Gewerkschaft im Betrieb nehmen. Dies wurde von der Verwaltungsstelle Darmstadt unterstützt. Sie wird seit 1965 von einem fortschrittlichem Sekretär als Geschäftsführer geleitet – leider im Bundesgebiet immer noch eine Ausnahme. Die Geschäftsleitung und die alten Betriebsratsfürsten befürchten nun, daß bei Ablehnung dieser Forderung, Wahl und Arbeit der Vertrauensleute außerhalb der betrieblichen Arbeitszeit (und damit außerhalb ihrer Kontrolle) mit Unterstützung der Verwaltungsstelle stattfinden könnte. Da sie dann ihren beherrschenden Einfluß völlig verloren hätten, schlossen sie eine Betriebsvereinbarung ab über die Wahl betrieblicher „Vertrauensleute". (Wie bei Hoechst, das Verfahren ist zuerst von den Nazis zur faschistischen Formierung der Betriebe entwickelt worden.)

Durch dieses Verfahren sollen die Gewerkschaften dadurch unterlaufen werden, daß sich alle Beschäftigten – also nicht nur die Organisierten – an der Wahl beteiligen können. Die Kandidaten müssen nicht gewerkschaftlich organisiert sein.

Die Zielsetzung eines derartigen „Vertrauenskörper" soll natürlich nicht in der aktiven Vertretung der Belegschaftsinteressen liegen. Vielmehr ist das Konzept „betrieblicher Vertrauenskörper" ein Konzept der Unternehmensleitung zur besseren Kontrolle aller Kollegen im Betrieb unter Ausschaltung und Zerschlagung der Gewerkschaft im Betrieb.

Dementsprechend heißt es im § 1 der Betriebsvereinbarung, die Vertrauensleute „sollen die Verbindung zwischen dem Betriebsrat und der Belegschaft und der Unternehmensleitung sowie deren Beauftragten verstärken." Also dürfen die Probleme der Kollegen, wie Übergriffe der Geschäftsleitung, Nicht-Einhaltung von gesetzlichen und tariflichen Bestimmungen oder die Durchsetzung besserer Arbeitsbedingungen und Erkämpfung höherer Löhne etc. nicht auf den Tisch kommen. Ebensowenig, wie dann die Vertrauensleute ihre wesentliche Aufgabe der öffentlichen Kontrolle des BR wahrnehmen können.

Stattdessen werden die „Friedenspflicht" – und „Vertrauensvolle-Zusammenarbeit"-Paragraphen (mit den Unternehmern!) des Betr.V.G., die jeden von den Kollegen losgelösten BR an die



Geschäftsleitung fesseln, auch auf den Bereich der Vertrauensleute, das Kernstück gewerkschaftlicher Interessenvertretung im Betrieb, ausgedehnt und noch verstärkt! Vorsitz und Leitung des „VLK" sollte nach § 5 in den Händen des BR liegen, der die Sitzungen in Absprache mit der Abteilung für Personal- und Sozialwesen (!) einberufen muß. Im November 1968 fanden die ersten Vertrauensleutewahlen nach der neuen Betriebsvereinbarung statt. Die IG Chemie rief dazu auf, nur aktive Gewerkschaftskollegen als Kandidaten vorzuschlagen und zu wählen. In 89 von 107 Wahlkreisen gewannen IG Chemie-Kandidaten, darunter zahlreiche aktive Gewerkschafter. Sie forderten einen eigenen gewerkschaftlichen Vorstand gemäß den Richtlinien der IG Chemie, den sich die Vertrauensleute selbst wählen. Wegen des Widerstandes des alten BR konnte dies erst 1 Jahr später durchgesetzt werden. Im Anschluß an eine betriebliche Vertrauensleuteversammlung beschlossen die anwesenden 109 gewerkschaftlichen Vertrauensleute, sich einen eigenen Vorstand unabhängig von der Betriebsvereinbarung mit der Geschäftsleitung zu wählen. Seitdem dürfen höchstens 2 von 11 Vorstandsmitgliedern gleichzeitig Mitglieder des BR sein, damit eine vom BR unabhängige Politik möglich ist. Gewählt wurden insgesamt fortschrittliche Gewerkschafter, die nun mit dem Aufbau einer kontinuierlichen Vertrauensleute-Arbeit im Interesse der Kollegen beginnen konnten.

Neue Schulungsarbeit

Zunächst entwickelte die VLK-Leitung in Zusammenarbeit mit der IG-Chemie-Geschäftsstelle die Konzeption einer antikapitalistischen gewerkschaftlichen Schulungsarbeit der Vertrauensleute. Die bisher üblichen 4 – 5 ermüdenden Vorträge irgendwelcher „Spezialisten" („Die Lohn-Preis-Spirale aus volkswirtschaftlicher Sicht", „Was ist Sozialpolitik ..." und ähnlichem Unsinn) im Winterhalbjahr wurden abgeschafft.

Die neue Schulung sollte „betriebsnah" von den Problemen und Forderungen der Arbeiter im Betrieb ausgehen, diese mit der Lage der Arbeiter anderer Betriebe und Branchen vergleichen und so zu grundsätzlichen Fragen und Aufgaben der Arbeiterbewegung Stellung nehmen. Anstelle von Referaten stand dabei die selbständige Arbeit der Vertrauensleute mit aktuellem Material zu Fragen des Betriebes (Lohnformen, Investitionen, Mehrwert, Kapitalakkumulation etc.) und der Arbeiterklasse insgesamt (Entwicklung der Tarifpolitik, Einkommensverteilung, Betriebsverfassungs-Gesetz (Betr. V. G.) usw.) im Vordergrund. So gelang es, anstelle früher 15-20 Kollegen als Zuhörer jetzt 50-70 Kollegen konstant in eine Schulungsarbeit einzubeziehen, die für ein gezieltes politisches Eingreifen der Vertrauensleute im Betrieb wesentliche Voraussetzun[illegible] schuf.

Erste Erfolge der Gewerkschafts-Opposition

Im Juli 69 fanden bei Merck die Wahlen der „Arbeitnehmer-Vertreter" zum Aufsichtsrat statt. Die linken Vertrauensleute entlarvten auf Flugblättern die gesamte Mitbestimmungsfarce, bei der sich sogenannte Arbeitnehmervertreter auf gut bezahlten Aufsichtsratsesseln als Manager der Eigentümer Sorgen um Unternehmen und Profit machen dürfen. Die Kandidaten, darunter BR-Vorsitzender Fleckenstein, wurden kritisch unter die Lupe genommen.

Ende des Jahres wurde die Firma dann aus einer AG in eine Offene Handelsgesellschaft (OHG) umgewandelt. Die Kapitalisten konnten daraus zusätzliche Steuervorteile ziehen. Außerdem brauchten sie jetzt auf gewisse Bestimmungen des Aktiengesetzes, wie die Offenlegung der Bilanzen usw., die auch für die Arbeiter von Nutzen sein können, keine Rücksicht mehr nehmen. Ohne VLK und Gewerkschaft zu informieren, machte der BR mit und stimmte in einer Blitzsitzung der Bildung eines völlig rechtlosen Beirates zu. In dessen Sesseln ließen sich die ehemaligen „Arbeitnehmervertreter" des Aufsichtsrats – selbstverständlich bei gleich hohen Bezügen – nieder. Die Kritik über das eigenmächtige Vorgehen schlug hohe Wellen. Nicht nur im VLK. Auch der Hauptvorstand rügte schriftlich den BR und seinen Vorsitzenden. Denn mit der Umwandlung in eine OHG war ja das liebste Kind der Gewerkschaftsführer, die „Mitbestimmung im Aufsichtsrat", baden gegangen. Fleckensteins Position in der Gewerkschaft war geschwächt. Auf Antrag der linken Vertrauensleute konnte im Verwaltungsstellen-Vorstand Darmstadt ein Mißtrauensantrag gegen Fleckenstein als ehrenamtlicher Verwaltungsstellenvorsitzender durchgebracht werden. Fleckenstein mußte dieses Amt niederlegen.

(Fleckensteins damalige Ämter: 1. Vors. des BR, Mitglied des Beirates der Firma als „Arbeitnehmervertreter", Vorstandsvorsitzender der IG Chemie-Verwaltungsstelle, Mitglied des hessischen Bezirksvorstandes der IG Chemie, Mitglied des Beirates beim Hauptvorstand der IG Chemie, Mitglied der Tarifkommission, Mitglied der Manteltarifkommission, Mitglied des Vorstandes der Berufsgenossenschaft. Parteipolitisch ist er wie sein Sekundant Knierieme SPD-Funktionär.)

Bei der Neuwahl durch die Delegiertenkonferenz scheiterte auch sein Kandidat Knierieme. Als neuer ehrenamtlicher Verwaltungsstellenvorsitzender wurde ein Kollege aus dem Kreis der aktiven Vertrauensleute bei Merck gewählt. Ein weiterer Schritt zur Absicherung und Unterstützung der Vertrauensleutearbeit durch die Verwaltungsstelle ist gelungen.

Forts. nächste Seite

Forts. von Seite 15

Statt Ordnungsfaktor Gewerkschaft als Kampforganisation

Entlarvung einer Arbeitsordnung

Ende 1970 legten Geschäftsleitung und der Betriebsausschuß des BR den Entwurf einer neuen „Arbeitsordnung Merck" vor, der mehr nach dem Reglement einer preußischen Kaserne aussah. In § 31 „Verhalten im Betrieb" wurde ohne Erlaubnis der Firma
– das Anbringen von Plakaten oder Beschriften der Wände,
– das Verteilen von Flugblättern oder Druckschriften,
– das Sammeln von Unterschriften und Spenden,
– das Abhalten von Versammlungen,
– und jede politische Betätigung
verboten.

Um jede Kritik an den betrieblichen Verhältnissen zu unterdrücken, hieß es in § 22 weiter, daß „Veröffentlichungen in Wort, Schrift und Bild, bei denen Erfahrungen der Firma verwendet werden oder durch die Interessen der Firma beeinträchtigt werden können", nur mit schriftlicher Erlaubnis der Firma gestattet seien. Nach § 18 können Vorgesetzte und Personalabteilung Verwarnungen und Ermahnungen (wie sie in die Akten gehen) entgegen den Bestimmungen des Betr.V.G. austeilen, ohne daß der BR widersprechen kann. Entgegen den sowieso schon geringen Rechten der Arbeiter bei Kündigungen schuf sich die Geschäftsleitung mit zahlreichen, über die gesetzlichen Möglichkeiten hinausgehenden Gründen zur fristlosen Kündigung, ein weiteres Disziplinierungsinstrument. § 8 Abs. 1 lautet: „Ein Arbeitsverhältnis wird in der Regel unter Einhaltung der Kündigungsfrist gekündigt. Es kann jedoch fristlos gekündigt werden, wenn es dem Kündigenden nicht zumutbar ist, die Kündigungsfrist einzuhalten". Nach dieser Generalvollmacht für die Firma heißt es weiter, daß insbesondere ohne Einhaltung der Kündigungsfrist entlassen wird, wer
– sich unbefugt von der Arbeit entfernt, länger als drei Tage unentschuldigt fehlt,
– den Anordnungen seiner Vorgesetzten nicht Folge leistet, Minderleistungen herbeiführt oder andere dazu verleitet,
– gegen die Geheimhaltungspflicht des § 22 oder sonst in schwerer Weise gegen die Arbeitsordnung verstößt.

Damit kann jeder fortschrittliche Gewerkschafter, der Sauereien aus dem Betrieb öffentlich anprangert (und damit gegen § 22 verstößt), mit Kollegen diskutiert (und damit unbefugt sich von der Arbeit enfernt), oder bei Akkordhetze die Kollegen zur Einhaltung der Zeiten anhält (wegen Herbeiführung einer Minderleistung), „fristlos gekündigt werden.

Ohne die Stellungnahme des VLK – der nicht vom BR informiert worden war – zu berücksichtigen und ein von der Vertrauenskörper-Leitung beim Hauptvorstand angefordertes Rechtsgutachten, das sich mit der Arbeitsordnung kritisch auseinandersetzte, abzuwarten, verabschiedete der BR 3 Tage nach der ersten Vorlage die Arbeitsordnung.

In der ersten Nr. des GEWERKSCHAFTERS, der betrieblichen Zeitung der Vertrauenskörperleitung, wurde die neue Arbeitsordnung analysiert und das Verhalten des BR angeprangert. Trotzdem weigerte sich die Fleckenstein-Knieriem-Gruppe weiterhin, sich mit den Vertrauensleuten zu beraten oder Gewerkschaftsvertreter zu den BR-Sitzungen hinzuzuziehen.

Der Hauptvorstand greift ein

Stattdessen wurden im Betrieb von Fleckenstein und Co. geheim Unterschriften gegen den „radikalen Flügel" der Vertrauensleute gesammelt, die mit einem Begleitbrief an den Hauptvorstand nach Hannover gingen. Mit üblen Unterstellungen aus der antikommunistischen Mottenkiste sollte die aktive Vertrauensleute-Arbeit diffamiert und dem Hauptvorstand Argumente für sein Eingreifen geliefert werden. In dem Brief heißt es: eine kleine „straff geführte Minderheit" in der Verwaltungsstelle Darmstadt strebe eine „dogmatische Ideologisierung" an.

„Maßlose Programme und Forderungen werden aufgestellt ... Zwielichtig sind die Erklärungen zu Gewalttaten radikaler Kreise ... versteckt wird zur Beteiligung aufgefordert ... Eine kleine lautstarke Gruppe fanatisierter Verbal-Revolutionäre will an die Stelle einer beharrlichen und konkreten Arbeit der Gewerkschaft zur Reform des Wirtschaftssystems in der BRD die Diktatur des sog. Proletariats setzen ..."

In seiner Antwort geht Karl Hauenschild, 1. Vors. der IG Chemie, auf die Arbeit der Vertrauensleute und ihre Erfolge im Interesse der Merck-Arbeiter nicht ein. Das anti-gewerkschaftliche arbeiterfeindliche Verhalten der Fleckenstein-Knieriem-Gruppe des BR wird mit keinem Wort kritisiert. Stattdessen akzeptiert Hauenschild völlig die Stoßrichtung der Polemiken und üblen Unterstellungen des BR, ohne sich bei der VLK-Leitung oder Verwaltungsstelle zu informieren. Im Antwortbrief heißt es zwar, daß er „nicht davon ausgehen möchte", daß die Leitung des VLK mit der KPD/ML zu tun habe. (Dieses hatte der BR dem VLK auch zu unterstellen versucht, obwohl jedes Flugblatt dieser links-chaotischen Gruppe „KPD/ML" zum Kampf gegen den linken VLK-Vorstand aufruft. Nach Meinung der „KPD/ML"-Studenten ist nämlich der linke VLK-Vorstand mit einigen SPD-Mitgliedern für die Merck-Arbeiter die „Hauptgefahr", da er vom „Kampf" gegen den „Hauptgegner SPD" ablenke!) Gleichzeitig fordert Hauenschild jedoch VLK-Vorstand und Verwaltungsstelle auf, sich öffentlich von der KPD/ML zu distanzieren. Als wenn das überhaupt nötig wäre.

Weiter heißt es im Brief, und jetzt eindeutig auf die linken Gewerkschafter und keine „KPD/ML"-Spinner bezogen:

„Wir werden mit der Tatsache leben müssen, daß politische Gruppen, denen die Arbeitnehmer in freien politischen Wahlen eine Abfuhr nach der anderen erteilen, ihr Betätigungsfeld auf „Kaderarbeit" in den Gewerkschaften verlagern ... Gefährlich wird die Sache dann, wenn treuherzige Gewerkschaftsmitglieder sich von politischen Phantasten oder von Kräften, denen das „Klassenbewußtsein" und der „Antikapitalismus" Vorwände für handfeste politische Interessen sind, auf den Leim führen lassen ... Man kann sich darüber streiten, ob es dem Ansehen der Gewerkschaft im Betriebe förderlich ist, wenn in einem Mitteilungsblatt der Vertrauensleute öffentlich ein Konflikt mit gewerkschaftlich organisierten Betriebsräten ausgetragen wird ..."

Noch eindeutiger wird Hauenschild in einem Brief an die Darmstädter Geschäftsstelle.

Die VLK-Leitung hatte in der ersten Nummer ihres GEWERKSCHAFTER die Kollegen zur Mitarbeit an der Zeitung aufgefordert. Dabei gab sie die Zusicherung, Zuschriften über betriebliche Mißstände zum Schutz der Kollegen vor Repressalien der Geschäftsleitung auch anonym zu veröffentlichen. Hauenschild dazu:

„Für sehr bedenklich halte ich es, in einer Druckschrift, die unter Verantwortung unserer Organisation erscheint, der anonymen Veröffentlichung von Zuschriften zu eröffnen. Unter Gewerkschaftern sollte man davon ausgehen, daß man für eine Meinung oder Information auch mit seinem Namen und seiner Person einsteht. Man fördert sonst die Auseinandersetzung „unter Wasser" anstatt sie einzudämmen." Deutlich ist, daß dem Hauptvorstand die aktive Gewerkschaftsarbeit nicht genehm ist.

Sie paßt nicht in das auch vom Hauptvorstand verfolgte Konzept der Sozialpartnerschaft. Andererseits kann an der Arbeit der Vertrauensleute nicht mehr vorbeigegangen werden. Um die Auseinandersetzung einzugrenzen und aus dem Blickfeld der Kollegen zu rücken, fordert Hauenschild eine Besprechung zwischen Mitgliedern der VLK-Leitung und des BR unter Leitung des hessischen Bezirksleiters Fabian.

Doch die Vertrauensleute lassen sich nicht einwickeln. Statt sich zur Einstellung der öffentlichen Auseinandersetzung (und damit Kontrolle des BR und Anprangerung seiner sozialpartnerschaftlichen Politik im GEWERKSCHAFTER) zu verpflichten, gelingt es ihnen weitgehend, ihre Vorstellungen durchzusetzen.

Das diffamierende Schreiben an den Hauptvorstand wird von den Betriebsräten zurückgenommen, als Grundsätze für die weitere Zusammenarbeit zwischen BR und VLK wird das Konzept der VLK-Leitung akzeptiert, das die öffentliche Arbeit vor den Augen der Mitglieder und Belegschaft vorsieht. Der VLK hat sich gegenüber Geschäftsleitung und BR erfolgreich behauptet, ohne sich dabei vom Hauptvorstand an die Leine nehmen zu lassen.

Chemie-Tarifrunde '71 - bei Merck ein Erfolg



Die Geschäftsleitung filmt die Streikenden – unauffällig wie in der Betriebsversammlung

Während sich diese ersten Auseinandersetzungen mit Geschäftsleitung und Betriebsrat noch in einer relativen Abgeschiedenheit von der Belegschaft abspielten, konnte in der Tarifrunde 1971 den Vertrauensleuten erstmals der Durchbruch zur breiten Mehrheit der Kollegen gelingen.

Durch systematische Vorbereitung wurde die Betriebsversammlung zum Sprachrohr der Interessen der Belegschaft.

Ein Sprecher der VLK-Leitung verlangte als erstes in einer Betriebsversammlung die Einrichtung von Mikrofonen im Saal, damit überhaupt jemand Mut habe, den Mund aufzumachen. Seitdem wurde es nach den üblichen „Rechenschaftsberichten" der Geschäftsleitung und des BR erst interessant: Die Vertrauensleute begannen zu diskutieren, berichteten von Mißständen und stellten Forderungen. (Inzwischen ist bekannt geworden, daß die Geschäftsleitung insgeheim Ton- und Filmaufnahmen der Betriebsversammlungen gemacht hat. Sie werden in den Arbeitgeberverbänden zur Abwehr gegen die „Umfunktionierung" von Betriebsversammlungen geschult!)

Die ersten Ausgaben des GEWERKSCHAFTERS ab Februar 1971 nahmen neben betrieblichen Problemen auch die Vorbereitung der Tarifrunde in Angriff. Die Notwendigkeit linearer Tariferhöhungen wird erläutert. Um eine breite Beteiligung der Kollegen an der Aufstellung der Tarifforderung zu erreichen, forderten in Darmstadt schon 1965 aktive Gewerkschafter die Wahl der Tarifkommissionsmitglieder durch die Vertrauensleute. Seitdem werden die Tarifkommissionsmitglieder, die die Verhandlungen mit den Arbeitgeberverbänden führen, in Darmstadt nicht mehr – wie allgemein üblich – von den Vorständen der Geschäftsstelle gewählt.

Die Verwaltungsstelle mußte sich in einem Vorstandsbeschluß verpflichten, rechtzeitig (mindestens 8 Wochen) vor

Tarifpolitik der Mitglieder

Beendigung eines Tarifvertrages eine Vollkonferenz aller Vertrauensleute des betroffenen Tarifbereiches einzuberufen, auf der die Forderungen diskutiert werden. Den hauptamtlichen Funktionären ist es dabei nicht gestattet, irgendwelche Forderungen den Vertrauensleuten zur Abstimmung vorzuschlagen. Ihre Aufgabe ist es dort nur, Daten zur objektiven Entwicklung der Branche, Lohn- und Preisentwicklung, Höhe der Tarif- und Effektivlöhne etc. zu berichten. Dann folgen aus jedem Betrieb Situationsberichte eines Sprechers der Vertrauensleute zum Betrieb (Überstunden, Auftragslage, Investitionen, Stimmung der Kollegen usw.) Erst danach wird die Diskussion über Forderungen eingeleitet, die mit einem für die Mitglieder der Tarifkommission verbindlichen Beschluß endet.

Da die Miet- und Preissteigerungen der letzten Jahre besonders die unteren Lohn- und Gehaltsgruppen belasten und Prozentforderungen die Aufsplitterung der Kollegen ständig weiter treiben, beschlossen die Darmstädter IG Chemie-Vertrauensleute auf ihrer Vollversammlung im Februar 71 die lineare Forderung:

1 Mark pro Stunde = 175 Mark für alle.

Da aus den anderen hessischen Gebieten wesentlich geringere – größtenteils prozentuale – Forderungen vorlagen, kam es in der „Großen Hessischen Tarifkommission" nur zur Aufstellung der gemischten Forderung: 11 %, mindestens 120 Mark linear. Es wurde mit einer ruhigen Tarifentwicklung gerechnet, an Streik dachte niemand.

Kapitalisten provozieren

Die provokatorische Verhandlungsführung durch die Arbeitgeber zeigte jedoch bald, daß die Kapitalisten die unvorbereiteten Arbeiter mit einer deutlichen Niederlage zu demoralisieren beabsichtigten. Die Hilfslieferabkommen der Chemiebosse wurden bekannt, auch Merck produzierte auf vollen Touren.

Die Läger wurden überfüllt. Mit Flugblättern „Chemie-Unternehmer wollen Streik!" und „Das ist Klassenkampf von oben!" wurden die Kollegen schon während der ersten Tarifverhandlungen auf die weitere Entwicklung vorbereitet. Zur Landesschlichtung nach Wiesbaden fuhren auf Initiative der Merck-Vertrauensleute Abgesandte zusammen mit Vertrauensleuten aus 4 weiteren hessischen Betrieben. Im Betrieb wurde versucht, aus der Mittagspause heraus eine Demonstration zu organisieren, die wegen der geringen Beteiligung von nur 150 Kollegen erfolglos abgebrochen werden mußte.

Der Streik wird ausgeweitet ...

Man mußte anders versuchen, die Diskussion über die Tarifverhandlungen in den Betrieb zu tragen: Mittags trafen sich die aktiven Kollegen im Hof vor dem BR-Büro und diskutierten in Gruppen über den Stand der Verhandlungen etc. Jeden Tag kamen mehr Kollegen hinzu, die die Informationen in weitere Bereiche des Betriebes trugen. Gruppen Neugieriger, am Rande wurden ins Gespräch einbezogen. Wegen der Sicherheitsbeauftragten der Geschäftsleitung, die sich darunter mischten, gab es erste Auseinandersetzungen.

Am Montag, dem 14. Juni, scheiterte die Bundesschlichtung. Am gleichen Tag trat die Firma AK Chemie (Verwaltungsstelle Darmstadt) in den unbefristeten Vollstreik. Die IG Chemie verteilte am Dienstag Morgen ein Flugblatt, in dem beim „aktiven tariflosen Zustand" zu Aktionen aufgefordert wurde.

Die Handwerker, die aktivste Abteilung bei Merck, nahmen noch am gleichen Morgen nicht die Arbeit auf und versammelten sich in einer Kantine. Gleichzeitig informierten die Vertrauensleute alle „sicheren" Abteilungen, daß in der Frühstückspause in der Kantine über die neue Situation beraten werde. Ein Mitglied der Tarifkommission berichtete. Anschließend fand ein kurzer Demonstrationszug von 1500 Kollegen durch das Werk zum Verwaltungsgebäude statt. Es wurde beschlossen, am folgenden Tag die Aktionen zu wiederholen, um weitere Abteilungen einzubeziehen.

Anderentags war der Demonstrationszug schon auf das Doppelte (3000) angewachsen. Wiederum einen Tag später wurde bei der Versammlung in der Kantine auf Zuruf eine 18köpfige Streikleitung gewählt. Sie reagierte allerdings wegen ihrer uneinheitlichen Zusammensetzung nur schwer mit der nötigen Schnelligkeit und Schlagkräftigkeit. Vor allem stellte sich das Fehlen der nötigen Vorarbeiten – die genaue Kenntnis des Betriebes, Produktionsablaufs und aller Abteilungen – als Handicap heraus. Häufig wurde die Stimmung der Belegschaft



falsch eingeschätzt, so daß z.B. die Streikleitung dem Vorschlag einer Demonstration zu Röhm (Darmstadts 2größter Chemiebetrieb mit 3000 Beschäftigten) erst ihre Zustimmung gab, als in einer Versammlung mehr als 2000 dafür stimmten.

Auf der Betriebsversammlung am 21. Juni kam es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen der Geschäftsleitung und den Vertrauensleuten in der Streikführung. Als die Geschäftsleitung Streikführer mit Diffamierungen wie „rote Goebbels" bedachte, schwenkte die Stimmung endgültig zugunsten der Streikenden um. Sogar die sonst so unternehmerfreundlichen BR konnten sich der Stimmung nicht entgegenstellen und erklärten, sie wollten beim anschließenden Marsch zu Röhm an der Spitze marschieren! Mehr als 5000 (Also ca. 1000 mehr [illegible] gewerkschaftlich Organisierte, die Zahl blieb im weiteren Streikverlauf konstant) beteiligten sich an diesem Marsch. Im weiteren Streikverlauf spielte der BR keine Rolle, er befand sich ganz im Schlepptau der Ereignisse.

Da die Streikleitung in „rollenden Streiks" im Betrieb (nach der „Nadelstichtaktik", wie sie die Gewerkschafts-

Forts. nächste Seite

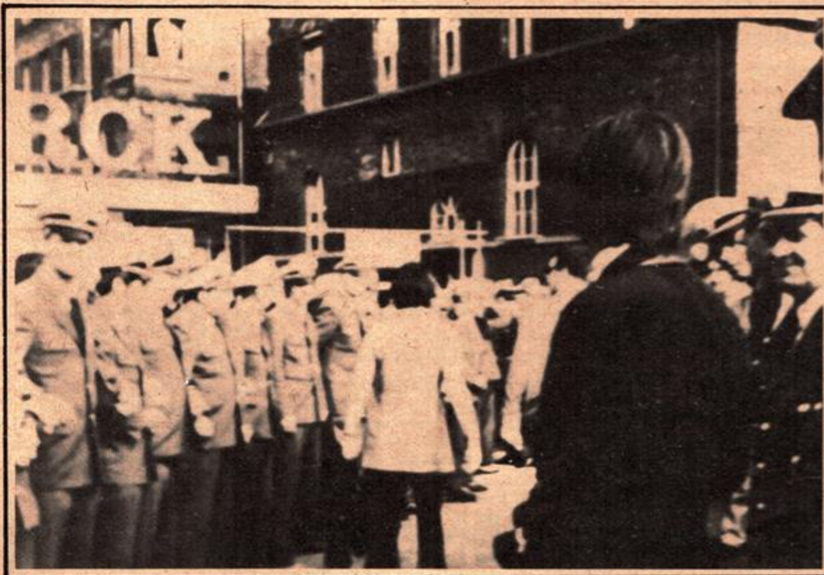
führung in Hannover empfahl) wegen der dafür viel zu mangelhaften Vorbereitung kein Mittel sah, die Kampfkraft zu steigern, wurde der Vollstreik ausgerufen und Urabstimmung beantragt. Urabstimmung deswegen, weil sie die Reihen der Streikenden noch fester schließen und dann ein Abbruch nur nach nochmaliger Urabstimmung möglich gewesen wäre. Natürlich wurde dies vom Hauptvorstand, der in Bonn über den Köpfen der Kollegen die Schlichtung plante, abgelehnt.

Als Fehler der Streikleitung erwies sich, die Streikenden – getreu der IG Chemie-Streikschulung – bei Beginn des Vollstreiks nach Hause zu schicken, bzw. nur zum Besuch der alle 3 Tage stattfindenden Streikversammlungen aufzufordern. Das angestrebte Ziel, die Stärkung des Klassenbewußtseins und Vertrauens in die eigene Kraft, konnte so nicht erreicht werden. Stattdessen waren die Streikenden zu Hause dem Einfluß der bürgerlichen Zeitungen, die einseitig im Interesse der Kapitalisten berichteten, und der ins Haus verschickten Propaganda der Merck-Bosse ausgesetzt. (Diese wandten sich besonders an die Ehefrauen der Streikenden, um ihnen die „Unsinnigkeit" des Handelns ihrer Männer zu „verdeutlichen.") Für die Masse der Streikenden mußte so mehr der Eindruck entstehen, sie verbrächten einen Urlaub auf Gewerkschaftskosten, während der eigentliche Streik Sache der Streikleitung, Gewerkschaft und einiger unermüdlicher Streikposten sei.

... bis die Streikfront steht!

Die Geschäftsleitung ging außerdem dazu über, die Konfrontation zwischen den Streikposten und Streikbrechern (größtenteils die „leitenden" Angestellten) zu verschärfen. Sie beschwerte sich an höchster Stelle über die zu „laxe Haltung" polizeilicher Einsatzleiter, die „schärfer durchgreifen" müßten und erreichte den Einsatz zusätzlicher Bereitschaftspolizei vor den Toren. Die Polizei wurde zu gewalttätigem Eingreifen gegen Streikposten auf Bahngleisen, die in die Firma führten, eingesetzt. (Der freigeknüppelte Zug kam aus dem Betrieb und war völlig leer, es ging nur um die Einschüchterung und Demoralisierung der Streikposten!)

Immer nötiger wurde es, alle Streikenden in den Kampf vor den Toren einzubeziehen. Die Streikleitung verschickte deswegen Rundschreiben an alle erfaßten Streikenden und teilte alle zum Streikpostendienst ein. Nur so konnte ein aktiver Zusammenhang der Belegschaft hergestellt werden, bei dem alle die Solidarität im Kampf und die Erfahrungen mit der Geschäftsleitung und ihren staatlichen Handlangern selbst machen konnten. Was die Merck-Bosse mit bürgerlicher Presse, Einschüchterung und massivem Polizeieinsatz nicht erreicht hatten, versuchten sie jetzt mit Hilfe der bürgerlichen Justiz. Sie setzten eine „einstweilige Verfügung" durch, nach der ein 3 Meter breiter Durchgang zum Tor von der Streikleitung zu gewährleisten sei. Um juristischen Folgen des Streiks zu begegnen, ließ sich die Verwaltungsstelle zu einem gerichtlichen Vorgehen gegen diese „einstweilige Verfügung" hinreißen. Es kam zu einem Vergleich, der sich eindeutig gegen die Streikenden richtete: Tagsüber mußte ein 1 Meter breiter Zugang ständig offengehalten werden, der in „Stoßzeiten" (z.B. morgens ab 6.45 Uhr bis 7.45 Uhr) auf 2,5 Meter für „Arbeitswillige" verbreitert werden mußte. Mit riesigen Anzeigen im „Darmstädter Echo" und „Darmstädter Tageblatt" „garantierte" die Firma den „ungehinderten Zugang zum Werk, um jedem Arbeitswilligen zu seinem Recht auf Arbeit zu verhelfen." Ein riesiges Polizeiaufgebot stand bereit. Zur Untätigkeit verurteilt, mußte man zusehen, wie die Streikbrecher unbehelligt ins Tor marschierten. Die vom Hauptvorstand geforderte Urabstimmung wurde nicht genehmigt. Kaum ein anderer Betrieb im Bezirk war ebenfalls in den Vollstreik getreten, zumeist waren Aktionen nur 1 – 2 Tage gemacht worden und dann zusammengebrochen. Durch informelle Kontakte wußte man, daß die Hoechster zwar ebenfalls Urabstimmung gefordert hatten und kampfbereit waren. In den Streik aber wurden sie nicht geführt. Stattdessen hielt Rappe vom IG-Chemie-Hauptvorstand in Darmstadt „donnernde Reden" und versuchte den alleingelassenen Merck-Kollegen weiszumachen, woanders – auch bei Hoechst – sei alles inaktiv, daran könne der Hauptvorstand nichts machen. Die Stimmung vor den Toren erreichte einen Tiefpunkt. Die Kollegen kriegten Angst, in Darmstadt verheizt zu werden.



Polizei bahnt die Gasse für „Arbeitswillige" durch die Streikposten

Die fortschrittlichen Vertrauensleute aus der Streikleitung sahen, daß es unbedingt nötig war, eine Wende herbeizuführen. Es wurde ein Aktionsplan ausgearbeitet, nach dem man formal die auferlegten juristischen Vorschriften einhielt und trotzdem die Streikbrecher am Betreten des Werkes hinderte. Am nächsten Morgen sollten die auf der anderen Straßenseite dem Tor gegenüberliegenden Parkplatzausgänge mit dichten Diskussionsgruppen verstopft werden, anschließend auf der gleichen Straßenseite eine 200 m lange doppelte Kette gebildet und die gesamte Vorderfront des Werkes wieder mit einer Autokette, Stoßstange an Stoßstange, versperrt werden.

Als am nächsten Morgen die Streikbrecher mit ihren PKW's zum Werk fahren wollten, erlebten sie an der Hauptzufahrtsstraße die erste Überraschung:

Durch einen von der Streikleitung inszenierten Verkehrsunfall war die Straße verstopft. 25 Minuten dauerte es zunächst, bis die Polizei die Fahrzeuge abtransportiert hatte. Nach dem Abstellen ihrer Autos mußten sie sich durch die diskutierenden Gruppen zwängen, anschließend um die etwa 200 m lange Kette laufen und dann noch über die Autosperre klettern. Die Streikleitung konnte die „Arbeitswilligen" agitieren, die Streikposten ihre Reaktion beobachten und selbst zum Mitstreiken bewegen, wer dennoch zum Streikbruch bereit war, sah wegen der inzwischen vorgerückten Zeit keinen 2,5 m breiten Zugang, sondern (nach 7.45) nur noch die 1 m enge Gasse, durch die er dann Spießruten laufen mußte. Erstmals konnten die Streikbrecher wieder gezählt werden, es waren nicht mehr geworden, sondern wie zu Beginn nur die gleichen 2 000.

Das Vertrauen in die eigene Kraft war wieder gestärkt, nach zwei Wochen Vollstreik stand die Front wie am Anfang. Die Geschäftsleitung jammerte über den „psychologischen Terror" der Streikenden, sie hatte eine deutliche Niederlage einstecken müssen. Die dritte Streikwoche konnte beginnen. (Übrigens hat die Geschäftsleitung auch zum Streik eine Schulung für die Arbeitgeberverbände mit Filmmaterial, Tonbandaufnahmen der Streikversammlungen etc. angeblich zusammengestellt!)

Der Kampf geht weiter

Das aus Bonn am Wochenende bekanntgewordene Ergebnis der sog. „Schlichtung" mit 7,8 % auf 15 Monate (= ca. 6,5 % auf 12 Monate umgerechnet) schlug daher wie eine Bombe ein. Sicherlich hatte man mit Abstrichen von 120 Mark linear gerechnet, nicht jedoch mit einem so beschämenden prozentualen Ergebnis. Auch die linken Vertrauensleute hatten sich der Illusion hingegeben, durch die Streiks würde sich der Hauptvorstand mehr an den Interessen der Mitglieder als denen der SPD-Regierung und Kapitalisten orientieren. Sie hatten dementsprechend versäumt, die Streikenden auf ein solches „Verrats"-Ergebnis und die Konsequenz daraus vorzubereiten.

Dennoch gelang es, antigewerkschaftliche Tendenzen, die den Kampf der Arbeiter nur schwächen, erfolgreich zu bekämpfen. Aus der Stimmung der Streikenden, „die Gewerkschaft ist Scheiße, aber bei uns in Darmstadt ist sie in Ordnung", heraus, entwickelten die Vertrauensleute eine grundsätzliche Kritik an der gewerkschaftlichen Tarifpolitik. Die nächsten Aufgaben innerhalb der Gewerkschaften mußten sein: Verstärkte Aktivierung und Einbeziehung der Mitglieder in die gewerkschaftspolitischen Entscheidungen, Stärkung der Gewerkschaften als Kampforganisationen der Arbeiterklasse.

Der Kampf auch in die Gewerkschaft hinein wurde verstärkt aufgenommen. So kommt die überwiegende Mehrzahl fortschrittlicher Anträge zum jetzt stattfindenden IG Chemie-Gewerkschaftstag aus Darmstadt. Gefordert wird im Antrag 4 zur „Durchführung von Arbeitskämpfen", daß der Hauptvorstand Kämpfe genehmigen m u ß, wenn die Tarifkommissionen oder – nach Erlöschen der Friedenspflicht – einzuberufende Bezirks-Vertrauensleutevollversammlungen es fordern. In Antrag 16 wird gefordert, daß v o r Beendigung eines Streiks eine Abstimmung über das Verhandlungsergebnis stattzufinden hat, damit die Streikenden in Zukunft selbst bestimmen können, wann sie einen Streik abbrechen wollen. Antrag 8 fordert, daß in den Richtlinien für die Tarifarbeit die grundsätzliche Wahl der Tarifkommissionsmitglieder durch die Vertrauensleute aufgenommen wird. (Die Antragskommission beim Hauptvorstand hat dagegen alle Anträge, die eine Ausweitung der Entscheidung zugunsten der Vertrauensleute und Mitglieder in der Satzung vorsehen, zur Ablehnung empfohlen.)



Rachefeldzug gegen Streikende...

Nach dem Streik ging die Geschäftsleitung zum massiven Angriff auf die gewerkschaftliche Interessenvertretung im Betrieb über. Der automatische Abzug der Gewerkschaftsbeiträge von Lohn und Gehalt wurde sofort eingestellt – in Zukunft übernahmen daher die Vertrauensleute, und wo nicht vorhanden, benannte Kassierer die Beitragskassierung.

Gegen am Streik Beteiligte wurden Urlaubssperren ausgesprochen, die nur durch eine „einstweilige Verfügung" beim Arbeitsgericht zurückgewiesen werden konnten. Kollegen, die sich während des Streiks noch in der Probezeit befanden, flogen. 18 am Streik beteiligte Lehrlinge erhielten nach ihrer Abschlußprüfung keinen anschließenden Arbeitsvertrag. Der Sprecher der Vertrauensleute-Leitung wurde aus dem Hauptwerk ins Merck-Haus versetzt. Die Geschäftsleitung kündigte an, nach dem neuen Tarifvertrag **brauchen sie nur noch 25% eines Monatslohns als 13. Gehalt zahlen.** (Bislang gab es eine „freiwillige Gratifikation" von 75 %!) Gegen die IG Chemie und Mitglieder der Streikleitung wurde ein Schadenersatz-Prozeß angestrengt. (Der „Anklagepunkt" der Merck-Bosse beruht darauf, daß die Streikenden nach dem „Bonner Verrat" nicht sofort bereit waren, am Montag darauf schon zur Arbeit zu erscheinen. Die Streikleitung und IG Chemie beschlossen nämlich, am Montag nach Streikende erst noch eine letzte Streikversammlung abzuhalten. Wegen des entgangenen Profits für diesen Tag wollte die Geschäftsleitung von einigen Kollegen der Streikleitung und Gewerkschaft persönlich je 100 000,– DM und von der IG Chemie noch einmal mehrere Hunderttausend, insgesamt 1 Mill. DM haben!

Zu einem Verzicht war sie nur bereit, wenn die IG Chemie in Zukunft den Streikbruch zulasse. Der Prozeß ist schon durch 2 Instanzen gelaufen, aber noch längst nicht entschieden.)

Im Betrieb lief eine großangelegte Aktion gegen angebliche Übergriffe der Streikenden auf „Arbeitswillige" an. Unter der Überschrift „Der Rachefeldzug hat begonnen! Das Femegericht tagt" berichtet der GEWERKSCHAFTER im August 71.



„Jetzt hat die große Stunde der „Rechtsabteilung" geschlagen! Schreiben werden versandt, in denen Mitarbeiter aufgefordert werden, Material für strafrechtliche Verfolgungen gegen ihre Kolleginnen und Kollegen zu liefern ... Es ist allgemein bekannt, daß Tätlichkeiten nicht von den Streikenden ausgegangen sind, sondern von Einzelpersonen oder militanten Gruppen der anderen Seite. Einige haben sich durch leichtsinniges Verhalten beim Überklettern von Zäunen verletzt. Stoßkeile von Streikbrechern haben in unverantwortlicher Weise Mitläufer und Streikende gefährdert und verletzt ...

Die herrschende Meinung und die Rechtsprechung ist die Meinung der Herrschenden und der Mächtigen!

Deshalb laßt Euch im Betrieb nicht provozieren und zu unbedachten Äußerungen und Handlungen verleiten. Man sucht nach Gründen, um Euch etwas am Zeug zu flicken.

Jeder, der in der Firma zur Aussage über Streikvorfälle bestellt wird, verweigert die Aussage! Jeder, der zur Polizei bestellt wird, geht zuerst zur Rechtsberatung der Gewerkschaft."

...der Betriebsrat schweigt

Während die Vertrauensleute die Belegschaft über die Repressalien der Geschäftsleitung informierten und entschlossen Widerstand leisteten, hüllte sich der BR in Schweigen. Von ihm konnten die Arbeiter nichts erhoffen, im Gegenteil versuchte Fleckenstein, die gewerkschaftliche Arbeit mit dem Hinweis auf die zwischen BR und Geschäftsleitung abgeschlossene Betriebsvereinbarung zu verhindern. Die Vertrauensleute, erklärte er auf einer Betriebsversammlung, hätten die Aufgabe, Bindeglied zwischen Belegschaft, Betriebsrat und Geschäftsleitung zu sein. Zwar sei eine Verbindung zur Organisation nötig, die gewerkschaftliche Organisierung im Betrieb dürfe jedoch nicht zu stark werden. Deutlich wurde das Verständnis von sozialpartnerschaftlichen Gewerkschaften als Ordnungsfaktor zur Eindämmung betrieblicher Konflikte und Disziplinierung der Beschäftigten.

Auch über den Kreis der aktiven Vertrauensleute hinaus wurde immer deutlicher, daß dieser Betriebsrat weg mußte. Die Vorbereitung der BR-Wahl 1972 wurde entsprechend vorgenommen. ■

Fortsetzung im nächsten ARBEITERKAMPF: Vertrauensleute setzen demokratische Wahl der IG Chemie-Kandidaten durch. – Die Fleckenstein-Gruppe reicht Spalterlisten ein – Massive Wahlhilfe der Geschäftsleitung für Fleckenstein – Gefälschte Betriebszeitungen – Oberbürgermeister, Presse und Geschäftsleitung contra IG Chemie – Wahlerfolg für Gewerkschaftsopposition

'Gewerkschafts-schädigendes Verhalten'?

~ Gewerkschafts-Ausschlüsse gegen oppositionelle Arbeiter ~

Wie schon oft in ihrer Geschichte, drohen die Gewerkschafts - Führer jetzt wieder massiv mit Ausschluß - Verfahren aus den Gewerkschaften, um klassenbewußte und oppositionelle Gewerkschafter aus den betrieblichen und gewerkschaftlichen Auseinandersetzungen auszuschalten oder gefügig zu machen und einzuschüchtern. Die innergewerkschaftliche Opposition ist stärker geworden, wie sich zuletzt bei den Betriebsräte - Wahlen gezeigt hat. Sie kämpft für die Entwicklung einer innergewerkschaftlichen Demokratie, gegen die Allmacht der Vorstände und für größere Beteiligung der Mitglieder - Basis an den Entscheidungen ihrer Organisation. Sie kämpft gegen die Anpassung ihrer Organisation an die Interessen von Kapital, Staat und Regierung, gegen Lohnleitlinien und Konzertierte Aktion und für eine Gewerkschaftspolitik, die ausschließlich den Interessen der Arbeiter und Angestellten verpflichtet ist. Sie kämpft letzten Endes für die Umwandlung der Gewerkschaften zu Klassenkampf - Organisationen.

Getragen werden diese gewerkschaftsoppositionellen Aktivitäten weitgehend von aktiven gewerkschaftlichen Vertrauensmänner - Körpern und Gewerkschafts - Jugendgruppen sowie betrieblichen Jugendgremien.

Die Kraft der Gewerkschafts - Opposition ist noch keineswegs so stark, daß Positionen und Einfluß der kapital - hörigen Gewerkschaftsführer schon ernsthaft bedroht wären. Dennoch sehen diese langfristig ihre Felle davonschwimmen, wenn es ihnen nicht rechtzeitig gelingt, das ständige Vordringen klassenbewußter Kollegen zu stoppen. Vorbeugend sichern sie deshalb ihren Einfluß in den Vorständen und Führungsgremien der Gewerkschaften ab, bauen ihre Vormachtstellungen zu „unangreifbaren Festungen" aus. Durch ständige Satzungsänderungen, die z. B. auf Gewerkschafts - Tagen durchgedrückt werden, werden die Wege demokratischer Einflußnahme der gewerkschaftlichen Basis immer enger eingeschnürt, eine faktische „Vorstands - Diktatur" errichtet.

Der Gewerkschafts - Ausschluß ist ein wichtiges Mittel der Gewerkschaftsführer, um eine innerorganisatorische „Disziplin" aufrecht zu erhalten, die ihnen selbst Stellung und Einfluß in den Gewerkschaften erhält und garantiert, daß die Gewerkschaften insgesamt den Kapitalinteressen unterworfen bleiben. Mit dem gleichen Ziel werden auch Ausschlüsse aus den gewerkschaftlichen Vertrauenskörpern vorgenommen, wegen angeblichem „gewerkschaftsschädigendem Verhalten" der betroffenen Vertrauensleute. So z. B. geschehen im Hamburger Chemiebetrieb Colgate. Dies traf dort 2 klassenbewußte Vertrauensmänner, die eine innerbetriebliche Unterschriften - Sammlung initiierten und sich damit gegen Maßregelung und Benachteiligung einer fortschrittlichen Betriebsrätin durch rechte SPD - Betriebsräte wandten.

Gewerkschaftliche Ausschlußverfahren werden in letzter Zeit auch häufiger gegen Jugendliche angestrengt. So z. B. gegen alle Mitglieder des Ortsjugend - Ausschusses (OJA) der IG - Metall in Kiel. Ledig-

****

lich ein Mitglied der DKP - nahen Jugendorganisation SDAJ ist hiervon ausgenommen. Den Kieler OJA-Mitgliedern wird „gewerkschaftsschädigendes Verhalten" vorgeworfen. Tatsächlich hatte der OJA während der letzten Lehrlingstarifrunde in der Metallindustrie einen Lehrlingsstreik in allen wichtigen Kieler Metall - Betrieben geleitet und dazu auch in einem Flugblatt aufgerufen. In diesem Flugblatt wird auch die bisherige schäbige Verhandlungstaktik der Gewerkschaftsführung aufgedeckt und kritisiert.

Dort, wo gewerkschaftliche Jugendgruppen „unliebsame" Aktivitäten entfalten, schreiten die Gewerkschafts - Führer auch gern zur Auflösung solcher Gruppen, wie vor allem in Westberlin und in Eutin. In Eutin wurde z. B. im Juni das Vorstands - Kollektiv der DGB - Jugendgruppe abgesetzt und die ganze Gruppe aufgelöst. Kritik der DGB - Jugendgruppe an der Politik der Gewerkschaftsführer wurde als „gewerkschaftsschädigendes Verhalten" hingestellt. Außerdem warf man der Jugendgruppe „kommunistische Infiltration" und gleiche Argumentationen wie in „bekannten kommunistischen Pamphleten" vor. Gemeint waren die örtlichen Zeitungen des KB / Gruppe Eutin, nämlich der „Metallkampf" und die „Arbeiter - Jugend - Presse", die, ähnlich wie die DGB - Jugendgruppe das Verhalten reaktionärer Gewerkschaftsführer bei verschiedenen An-

lässen kritisierten, insbesondere deren Politik während der letzten Tarifrunde und zum 1. Mai sowie ihre ständigen Absprachen mit den örtlichen CDU - Führern.

Nach den letzten Betriebsräte - Wahlen (BR - Wahlen) häufen sich die „Verfahren zur Feststellung von gewerkschaftsschädigendem Verhalten", die für die betroffenen Gewerkschafter in der Regel einen Ausschluß aus der Gewerkschaft nach sich ziehen. Diese Verfahren richten sich in erster Linie gegen Gewerkschafter, die bei den letzten BR - Wahlen auf linken Oppositions - Listen kandidierten und darüber hinaus auch gegen Mitglieder gewerkschaftlicher Gruppen, die eine solche Kandidatur öffentlich unterstützten und damit auch zwangsläufig gegen die offiziellen DGB - Listen auftreten mußten.

Wir zeigten bereits im „ARBEITERKAMPF" Nr. 21 (vgl. Analyse der BR - Wahlen), daß die übergroße Mehrheit gewerkschafts - oppositioneller Kollegen nicht auf linken Oppositionslisten kandidierten, sondern auf den gewerkschaftlichen Einheits - Listen, um deren Plätze sie zumeist vorher harte Auseinandersetzungen mit rechten SPD - Betriebsfürsten und deren Anhang führetn. Dieses Vorgehen setzte natürlich voraus, daß es den gewerkschaftsoppositionellen Kollegen schon vorher gelungen war, starke Stellungen im gewerkschaftlichen Vertrauenskörper zu erobern und daß ihre Politik von einem großen Teil der Kollegen im Betrieb getragen und für richtig gehalten wird.

Die Taktik, sich auf den Gewerkschafts - Listen durchzusetzen, war bei den letzten BR - Wahlen angesichts des derzeitigen Kräfteverhältnisses in den Betrieben die beste und auch erfolgreichste Form des Kampfes um die Interessen der Arbeiterklasse. Sie verknüpfte in optimaler Weise den Kampf um betriebliche Positionen mit dem Kampf um die Gewerkschaften.

Nicht in allen Betrieben war jedoch ein solches Vorgehen möglich. In vielen westdeutschen Betrieben haben die rechten SPD - Cliquen ihre betrieblichen Bastionen im Vertrauenskörper, Betriebsrat und Gewerkschaftsgremien derart sicher ausgebaut, daß oppositionelle Kollegen praktisch keine Chance haben, sich dagegen durchzusetzen, auch wenn ihre Politik dem Willen und den Vorstellungen eines großen Teils der Kollegen im Betrieb entspricht. Diese Situation trifft insbesondere auf viele westdeutsche Großbetriebe mit mehr als 10 000 Beschäftigten zu.

Bei Daimler - Benz in Untertürkheim (bei Stuttgart) hat es z. B. Versuche seitens oppositioneller Vertrauensleute gegeben, mit auf der Einheitsliste für die BR - Wahl zu kandidieren. Dies wurde jedoch von einer rechten SPD - Mehrheit – der sog. Hauff - Gruppe – verhindert, obgleich diesen Leuten völlig klar war, daß Politik und Vorstellungen der oppositionellen Vertrauensleute von einem Großteil der Benz - Arbeiter unterstützt wird. In diesem Fall hatten die oppositionellen Vertrauensleute keinen anderen Weg mehr gesehen, als auf einer linken Oppositionsliste zu kandidieren. Es war dies die einzige Möglichkeit, die arbeiterfeindlichen und partei-egoistischen Bestrebungen rechter SPD'ler zu bekämpfen und den Interessen der Belegschaft zu einem ersten Durchbruch zu verhelfen. Wegen der exemplarischen Bedeutung der betrieblichen Auseinandersetzungen bei Daimler-Untertürkheim, berichten wir darüber ausführlicher im Artikel: „Schlag gegen die Vetternwirtschaft der Hauff - Gruppe".

Schlag gegen die Vetternwirtschaft der Hauff~Gruppe

Kampf oppositioneller Arbeiter bei Daimler~Benz (Untertürkheim)

Gegen 3 Vertrauensmänner der IG - Metall, seit kurzem Betriebsräte im Daimler - Werk Untertürkheim, laufen Verfahren zur „Feststellung von gewerkschafts - schädigendem Verhalten". Der Ausschluß aus der Gewerkschaft droht ihnen. Ihr „Vergehen": Sie kandidierten – mit großem Erfolg – bei den letzten Betriebsräte - Wahlen auf einer linken Oppositions - Liste gegen die „Hauff - Gruppe", eine rechte SPD - Gruppe, die die große Mehrheit im Betriebsrat und Vertrauenskörper stellt. Der Chef dieser Gruppe, Karl Hauff, seit 24 Jahren Betriebsrat in Untertürkheim, stellte den Ausschlußantrag gegen die 3 oppositionellen Vertrauensmänner noch vor Abschluß der Wahl.

Mit 26 000 Arbeitern und Angestellten ist das Daimler - Werk in Untertürkheim der größte Industrie - Betrieb in Baden - Württemberg. 90 % der Arbeiter sind in der IG - Metall organisiert.

Seit etwa einem Jahrzehnt sind Betriebsrat (BR) und Vertrauenskörper (VK) fest in der Hand einer rechten SPD - Gruppe. Personelle Veränderungen im BR gab es in dieser Zeit praktisch nur bei Tod, Pensionierung oder Betriebswechsel eines seiner Mitglieder.

Chef der SPD - Gruppe ist Karl Hauff, ein typischer Karrierist, der sich seine arbeiterfeindliche und unternehmer - hörige Betriebspolitik durch Anhäufung gutbezahlter Ämter und Pöstchen entgelten läßt: Er ist BR - Vorsitzender im Werk Untertürkheim, Vorsitzender des Gesamt - Betriebsrates des Daimler - Benz - Konzerns, Mitglied des Aufsichtsrates der Daimler - Benz - AG und SPD / MdL (Mitglied des Landtages).

Die Politik der Hauff - Gruppe ist auf Sicherung des parteipolitischen Einflusses der SPD im Betrieb zugeschnitten. Ebenso auf die Sicherung der Karriere der führenden Leute dieser Gruppe. Eine ständige Kumpanei mit Kapitalisten und Geschäftsleitung ist ebenso Folge ihrer Politik, wie auch die ständige Demobilisierung der Belegschaft.

Hauff selbst ist stolz auf seine „staatsmännische Haltung", die er wieder einmal gut während der großen Metaller - Streiks 1971 in Baden - Württemberg beweisen konnte. Während die Kollegen im Daimler - Zweigwerk Mannheim die Brocken hinwarfen und in Voll-



Oppositionelle Betriebsräte bei Daimler - Benz: Hoss, D'Andrea, Mühleisen

streik traten, blieb Dank der „vernünftigen" Politik der Hauff - Gruppe in Untertürkheim alles ruhig. Hauff schüttelte währenddessen mit Bundespräsident Gustav Heinemann die Hände, der es sich nicht nehmen ließ, gerade zu dieser Zeit den Betrieb zu „besichtigen".

Die Demobilisierung der Belegschaft als Folge der rechten SPD - Politik ging so weit, daß später nur mit äußerster Schwierigkeit und anstandshalber ein kurzer Warnstreik organisiert werden konnte.

Die Hauff - Gruppe hat es im Laufe der Jahre geschafft, die innergewerkschaftliche Demokratie im Betrieb vollkommen abzubauen und

****

auf dieser Grundlage ihre eigene Position schier unangreifbar auszubauen. „Einfache" IGM - Mitglieder haben heute auf die Wahl „ihrer" Delegierten zur Vertreter - Versammlung der IGM ebenso wenig Einfluß, wie auf die Aufstellung der Kandidatenliste zur BR - Wahl.

Gegen die Politik der Hauff - Gruppe agitiert eine Betriebszeitung „plakat". Sie wird von „sozialistischen und kommunistischen Kollegen der Daimler - Benz Werke Untertürkheim, Mettingen und Brühl" (Impressum) herausgegeben. Eine enge Beziehung besteht zum „Sozialistischen Zentrum" in Stuttgart.

Diese Betriebszeitung konzentriert sich im wesentlichen auf die Aufdeckung betrieblicher Mißstände, Akkordfragen, Lohn - Ungerechtigkeiten, wie auch auf Fragen des Lohnkampfes, dem Charakter prozentualer Lohnforderungen u. ä. Während der BR - Wahlen unterstützte „plakat" Kandidatur und Wahl von 3 klassenbewußten Vertrauensleuten. Diese sind:

- Willi Hoss, 12 Jahre bei Daimler,

10 Jahre IGM - Vertrauensmann, bis vor etwa einem Jahr Mitglied der DKP, die er aber verließ. Hoss war bereits Mitglied der KPD und erhielt wegen „illegaler Betätigung" eine Strafe von 9 Monaten mit Bewährung.

- Hermann Mühleisen, 18 Jahre bei Daimler, 15 Jahre IGM - Vertrauensmann, formell noch DKP - Mitglied. Gegen ihn läuft ein Partei - Ausschluß - Verfahren.
- Mario D'Andrea, 9 Jahre bei Daimler, davon mehrere Jahre IGM - Vertrauensmann. Er ist italienischer Kollege, was wichtig ist, da etwa ein Drittel der Belegschaft ausländische Kollegen sind (am Montage - Band, der schwersten Arbeit, sogar 95 %).

Diese 3 Vertrauensmänner bemühten sich anfangs, mit auf der IGM - Einheitsliste für die BR - Wahl zu kandidieren. Vor allem versuchten sie die Masse der IGM - Mitglieder im Betrieb bei der Aufstellung der Kandidaten - Liste zu beteiligen. Deshalb machten sie auch der Vertrauenskörper - Leitung (VKL) einen umfassenden schriftlichen „Vorschlag zur Änderung des Wahlverfahrens". Dieser Vorschlag sah im Kernstück vor, daß die IGM - Mitglieder in jeder Abteilung des Betriebes Wahl - Vorschläge machen und darüber abstimmen sollten. Der Kollege mit den meisten Stimmen sollte auf die Kandidaten - Liste gesetzt werden, der Kollege mit den zweitmeisten Stimmen sein Vertreter sein.

Eine solchermaßen demokratische Wahl hätte offensichtlich aber Position und Pfründe der Hauff - Gruppe gefährdet. So reagierte diese hektisch und massiv auf den Vorschlag zum Wahlverfahren. Mit Hilfe ihrer derzeitigen Mehrheit im Vertrauenskörper, versuchten sie die klassenbewußten Vertrauensleute machtpolitisch auszuschalten. Im Vertrauenskörper verweigerten sie sogar eine Diskussion über den Vorschlag. Danach legten sie fest, daß nur derjenige auf die IGM - Kandidaten - Liste gesetzt wird, der die absolute Stimmenmehrheit der Vertrauensmänner erhält. Weiterhin, daß die Reihenfolge auf der Liste von einer „engeren Kommission" in der Vertrauenskörper - Leitung bestimmt werde.

Zu guter letzt wurden nach diesem Verfahren und unter rücksichtsloser Ausnutzung der SPD - Mehrheit im Vertrauenskörper, die 3 oppositionellen Vertrauensmänner auch von der Delegierten - Wahl zur IGM - Vertreter - Versammlung ausgeschlossen. Hoss und Mühleisen – bisher regelmäßig Delegierte – sollten so aus jeder innergewerkschaftlichen Auseinandersetzung ausgeschaltet werden.

Für die so ausgebooteten Vertrauensmänner gab es jetzt nur noch zwei Möglichkeiten. Entweder aufgeben und sich zurückziehen. Oder zur Offensive übergehen, d. h. auf einer 2. Wahlliste gegen die Hauff - Gruppe zu kandidieren. Der bisherige Kampf der oppositionellen Vertrauensleute hat viele Kollegen im Betrieb neue Hoffnung schöpfen lassen. Ein Zurückweichen der Vertrauensleute hätte sie endgültig resignieren lassen, fortschrittliche Kollegen in vielen Abteilungen drängten zur Offensive. Die 3 klassenbewußten Vertrauensleute taten in dieser Situation das einzig richtige und reichten eine 2. Liste beim Wahlvorstand ein. Ohne Schwierigkeiten erhielt die Liste die für eine Kandidatur notwendige Zahl von Unterschriften.

„Plakat" - Interview mit den oppositionellen Vertrauensmännern

Plakat: Für die Betriebsratswahlen habt ihr eine eigene Liste aufgestellt. Heißt das, daß ihr gegen die IG - Metall opponiert? Warum kandidiert ihr nicht auf der Gewerkschaftsliste?

Willi Hoss: Wir sind nicht gegen die Gewerkschaft. Die IG - Metall ist eine Einheitsgewerkschaft. Das heißt aber nicht, daß alle einer Meinung sein müssen. Wir haben in der Vergangenheit versucht, unsere Meinung zu vertreten, die mit der des Kollegen Hauff nicht immer übereinstimmte, zum Beispiel in Fragen des Akkords, der zu großen Unterschiede in der Bezahlung der Arbeitnehmer, oder in Fragen der gewerkschaftlichen Demokratie. Wir haben die Erfahrung gemacht, daß von uns aufgeworfene Probleme im Vertrauensmännerkörper kaum diskutiert wurden, sondern von einzelnen abgelehnt wurden. Auch die Hauff - Liste kam durch ein Verfahren zustande, das wir für undemokratisch halten, weil die Belegschaft an der Aufstellung der Kandidaten nicht beteiligt wurde.
Es blieb uns keine andere Wahl, als eine eigene Liste aufzustellen.

Hermann Mühleisen: Zum Beispiel auf einer der letzten Betriebsversammlungen hat Kollege Hauff eine Lobeshymne auf das „moderne Werk" Mettingen gesungen. Ich habe in der Diskussion dazu gesagt, daß sich ein modernes Werk nicht daran messen läßt, wie schön es von außen aussieht, sondern wie die Arbeitsbedingungen in den Hallen aussehen. Dazu wies ich darauf hin, daß sich die Arbeitsbedingungen seit dem Umzug verschlechtert haben: Die Luft ist schlechter, die Lärmbelästigung größer, dazu ist das Tempo an den Bändern ständig gesteigert worden. Wie schon so oft, ging Kollege Hauff nicht auf die Anregungen ein, sondern antwortete mit persönlichen Angriffen und politischen Verdächtigungen.

Plakat: Wie glaubt ihr, zu dritt etwas verändern zu können?

Willi Hoss: Kollege Hauff geht immer davon aus, daß der überwiegende Teil des Betriebs hinter ihm steht. Von daher fühlt er sich berechtigt, andere einfach abzufertigen. Durch unsere Kandidatur wollen wir den Kollegen, die wie wir sehen, daß es im Betrieb mehr Probleme gibt als man wahrhaben will, die Möglichkeit geben, das durch ihre Stimmabgabe deutlich zu machen.

Plakat: Welche Probleme seht ihr in erster Linie?

Mario D'Andrea: Neben der bereits angesprochenen unterschiedlichen Bezahlung geht es mir besonders darum: In der Achsmontage, Motorenmontage usw. arbeiten überwiegend ausländische Kollegen, etwa zu 95 Prozent. Um sie kümmert sich keiner, damit sie ihre Interessen wahrnehmen. Meister und Vorgesetzte kümmern sich aber sehr um uns, damit wir immer mehr leisten. Wir Ausländer brauchen Möglichkeiten, ohne Angst vor Repressalien über unsere Probleme diskutieren zu können. Wenn der Arbeitgeberverband erklärt, die ausländischen Arbeiter seien gut, dann reicht uns das nicht – wir wollen die gleichen Rechte wie die Deutschen, also: Gleiche Möglichkeiten.

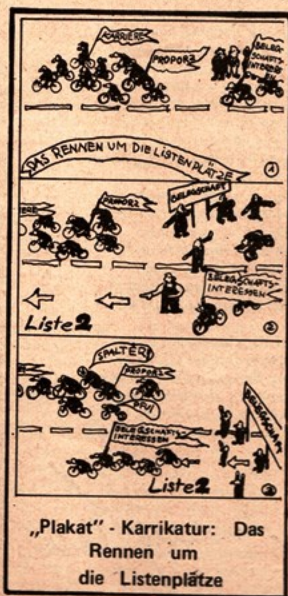
Hermann Mühleisen: Wir wollen jetzt kein großes Programm aufstellen und keine zu großen Versprechungen machen. Grundsätzlich werden wir aber gegen Akkorderhöhungen, gegen zu große Unterschiede in der Bezahlung und für eine Erleichterung der Situation an den Bändern eintreten. Als erstes werden wir uns dafür einsetzen, daß es bei Daimler nicht mehr zweierlei Wasser gibt. Wir sehen nicht ein, warum man in Untertürkheim im Hochhaus Wasser mit Trinkqualität zum Waschen benutzt, während wir Arbeiter in den Hallen uns mit aufbereitetem Neckar - Wasser waschen und duschen müssen. Im übrigen werden wir aber den Finger auf die wunden Stellen im Betrieb legen und dafür sorgen, daß wichtige Fragen, die die Kollegen berühren, nicht einfach vom Tisch gefegt werden.

Plakat: Letzte Woche hat die Hauff - Gruppe euren Ausschluß aus der Gewerkschaft beantragt.

Willi Hoss: Wir finden das typisch für die Situation bei uns im Betrieb. Wenn in der Vergangenheit irgend ein Kollege mal in der Betriebsversammlung auftrat und ein Wort der Kritik an der Betriebsarbeit vorbrachte, wurde er im Schlußwort eingeschüchtert. Mit der Zeit wurde erreicht, daß viele Kollegen darauf verzichteten, ihre Meinung zu sagen und die Versammlungen immer langweiliger wurden.
In unserem Fall wird mit Hilfe des Ausschlußantrages versucht, uns mundtot zu machen und alle Kollegen mit anderer Meinung als die von Hauff, Schienle, Häbich unsicher zu machen. Wir wollen als Vertrauensleute in der Gewerkschaft bleiben, lassen uns aber nicht den Mund verbieten. Wir sind uns darüber im klaren, daß nur eine hohe Stimmabgabe für die Liste 2 uns dabei helfen kann.

In einem Interview mit der Betriebszeitung "plakat" erläutern die oppositionellen Vertrauensmänner Hoss, Mühleisen und D'Andrea noch einmal ihren Schritt zur 2. Liste. Wir drucken nebenstehend dieses Interview im Wortlaut ab.

Auf die Politik der revisionistischen DKP soll noch kurz eingegangen werden. In ihrer Betriebszeitung „roter Stern" eröffnete sie,



„Plakat" - Karrikatur: Das Rennen um die Listenplätze

nach Bekanntwerden der 2. Liste, den Hauptkampf gegen diese, bezeichnete sie als „Spalterliste" und beschimpfte die angesehenen oppositionellen Vertrauensmänner als „Belegschaftsspalter" und „unterwürfige Nachbeter kleinbürgerlicher Politikaster". Mit diesen Verleumdungen nahm sie der reaktionären Hauff - Gruppe die „Dreckarbeit" ab. Auch sonst unterstützte die DKP die Hauff - Gruppe und kündigte öffentlich ein Partei - Ausschluß - Verfahren gegen ihr Mitglied Hermann Mühleisen an.

Der DKP - Landesvorstand Baden - Württemberg distanzierte sich zudem durch ein Fernschreiben an den IGM - Bezirksleiter Willi Bleicher von der 2. Liste, mit der sie in einem Artikel in Springers „WELT" in Verbindung gebracht wurde. (Es entspricht ohnehin der Linie der CDU / CSU und der ihr nahestehenden Presse, alle linken Aktivitäten letztlich auf „Drahtzieher aus Moskau" zurückzuführen und andere linke Organisationen und Gruppen als „Vorhut der DKP" darzustellen, was dann zu einer ständigen Überschätzung der DKP und Unterschätzung anderer kommunistischer und linker Organisationen führt. – Vergleiche dazu auch den „Verfassungsschutz - Bericht 1971 / 72" über „den Linksradikalismus" und die CDU - Analyse „Protest - Bewegung am Ende – Die Neue Linke als Vorhut der DKP" von Gerd Langguth. – CDU und Springerpresse versprechen sich dadurch eine besonders hohe Wirkung ihrer antikommunistischen Hetze, indem sie diese mit dem in der Bevölkerung verbreiteten „Russenschreck" zu verknüpfen versuchen. Die DKP ihrerseits bemüht sich dann in der politischen Auseinandersetzung unter Hinweis auf solche Springer - Berichte, ihre besondere „Gefahr für das Großkapital" und ihren „revolutionären Charakter" zu beweisen. – Wir haben das DKP - Fernschreiben an Bleicher wegen seines dokumentarischen „Werts" im Wortlaut hier nachgedruckt.

Wie schon in unserer Analyse der BR - Wahlen gezeigt (vergl. AK 21), verfolgten die DKP - Führer bei den BR - Wahlen konsequent die Politik des Hinterdrein - Trabens hinter rechten SPD - Betriebsfürsten und reaktionären Gewerkschaftsführern. Mit dieser Politik setzte sich die DKP in zunehmenden Widerspruch zu den fortschrittlichen Teilen der Belegschaften. Die DKP - Führungen propagieren diese Politik als „Aktionseinheit in Betrieb und Gewerkschaft", als „gemeinsames Vorgehen aller Arbeiter und Angestellten". DKP - Arbeiter, die dieser Linie folgten, wurden zu Schachfiguren in der Hand rechter SPD - Betriebsfürsten. Wie das Beispiel Hermann Mühleisen zeigt, sind nicht alle DKP - Arbeiter mehr bereit, sich der sektiererischen Politik ihrer Parteiführer prinzipienlos unterzuordnen.

Das Ergebnis der BR - Wahlen in Untertürkheim, dürfte sowohl der DKP - Führung, als auch der Hauff - Gruppe und der IGM - Führung in die Knochen gefahren sein:

- Die oppositionelle Liste erhielt 28 % der Gesamt - Stimmen, bzw. 38 % der Stimmenzahl der Hauff - Liste. Somit hätte die 2. Liste 9 Sitze der BR bekommen können, obwohl nur 3 Kandidaten aufgestellt waren.
- Bei der Wahl der Jugendvertreter erhielten die Kandidaten einer oppositionellen Gruppe, die die 2. BR - Liste unterstützten, 4 von 9 möglichen Sitzen.

In diesem Wahlergebnis kommt nach Meinung der 3 klassenbewußten Vertrauensmänner vor allem zum Ausdruck:

- der Wunsch vieler Kollegen, in Zukunft härter gegen die Unternehmensleitung aufzutreten;
- Unzufriedenheit mit der Arbeit des bisherigen Betriebsrates;
- Protest gegen die undemokratischen Maßnahmen der Hauff - Gruppe,
- die wachsende Opposition der gewerkschaftlichen Basis.

Das Auftreten der 2. Liste hat nicht, wie von der Hauff - Gruppe und der DKP dargestellt, zur Schwächung der Gewerkschaft geführt, sondern im Gegenteil zu ihrer Stärkung. Wahlergebnis und -verlauf in Untertürkheim zeigen weiter, daß es für klassenbewußte Gewerkschafter notwendig werden kann, im Interesse einer Stärkung der gewerkschaftlichen Kampfkraft gegen die Vetternwirtschaft von rechten SPD - Cliquen, wie der Hauff - Gruppe, offen vorzugehen, im besonderen Fall auch mit Hilfe einer linken Oppositions - Liste. Die Positionen solcher Gruppen, die die Gewerkschaften als Sachwalter partei - egoistischer Interessen der SPD mißbrauchen, müssen geschwächt werden, wenn die Arbeiterklasse ihre Gewerkschaften erobern und zu Kampforganisationen gegen die Kapitalisten ausbauen will. (Nach „links", Sozialistische Zeitung) ✡

Fernschreiben vom 21. 4. 1972 des DKP - Landesvorstands Baden - Württemberg an den IGM - Bezirksleiter Willi Bleicher vor der Betriebsratswahl 1972 bei Daimler - Benz

In einem von Gerd Brüggemann gezeichneten Artikel in „Die Welt" vom 21. April '72 wird wieder einmal der Versuch gemacht, in einer bewußten Verfälschung die DKP zu diffamieren. Mit dem Ziel, Verwirrung zu stiften, wird die DKP in Verbindung gebracht mit maoistischen Grüppchen und „Die Stoßstange", bei der eindeutig festzustellen ist, woher sie kommt, als Blatt der DKP bezeichnet. Mit dieser Fälschung gelingt es dann, kommunistische Kollegen in den Betrieben zu Studenten zu machen und ihnen Betriebsfremdheit zu unterstellen.
Auch der politische Standort des Initiators einer Spalterliste bei Daimler - Benz Untertürkheim, Willi Hoss, der vor über einem Jahr aus der DKP ausgeschlossen wurde, ist bekannt. Trotzdem wird seine Spaltertätigkeit der DKP unterschoben. Die von ihm selbst mitherausgegebene Zeitung „plakat" für Daimler - Benz wird verständlicherweise mit keinem Wort erwähnt. Gegen den ebenfalls auf dieser Spalterliste kandidierenden Hermann Mühleisen wurde bereits wegen parteischädigendem Verhalten, wegen Verletzung von Beschlüssen und des Status der DKP ein Ausschlußverfahren eingeleitet.
In der Betriebszeitung der DKP „Roter Stern" distanziert sich die DKP offen von der eingereichten Spalterliste Willi Hoss. In allen Stellungnahmen der DKP hat sie unmißverständlich Position bezogen zugunsten einer gewerkschaftlichen Einheitsliste und der damit verbundenen Möglichkeit der Persönlichkeitswahl. Stärkung der Gewerkschaft, Einheit der Belegschaft, konsequente Interessenvertretung der Kollegen gegen die Allmacht der Monopole, gegen alle Spaltergrüppchen christlich verbrämter oder scheinrevolutionärer Gangart ist für die DKP keine Taktik, sondern Grundhaltung als Partei der Arbeiterklasse. Danach handeln ihre Mitglieder. Das wurde erneut im vergangenen Lohnkampf der Metallarbeiter unter Beweis gestellt.
„Die Welt" und ihre Bildzeitung standen wie immer auf der anderen Seite der Barrikaden. Wenn in dieser Zeitung gegen die DKP geschrieben wird, Gewerkschafter vor Kommunisten im „antigewerkschaftlichen Schafspelz" gewarnt werden, dann spricht das nicht gegen, sondern für die konsequente im Interessen der Kollegen liegende Gewerkschaftstätigkeit der Mitglieder der DKP in den Betrieben und Gewerkschaften. Generaldirektor Mertz vom Bosch Konzern und das Industrieinstitut als Kronzeugen aufgerufen, machen Verleumdungen gegen die DKP ebenfalls nicht glaubwürdiger.

Bericht unserer West - Berliner Sympathisantengruppe

Tod dem Faschismus!

Antifaschistische Kundgebung in West-Berlin

Aus Anlaß der Befestigung der Grenze zwischen der DDR und der BRD vor 11 Jahren, versammelten sich am 13. August ca. 100 Faschisten aus der ganzen Bundesrepublik auf dem Theodor - Heuss - Platz in Westberlin. Ihre Parolen: „Gegen Bolschewismus – für europäischen Sozialismus" und „Iwan go home" u. a.

Einige linke Organisationen riefen daraufhin zu einer Gegenkundgebung auf. Die SEW beteiligte sich nicht an der Kundgebung. Sie beschränkte sich darauf, ihre Parteibüros vor den Faschisten zu schützen. Damit bewiesen die Revisionisten einmal mehr ihr Maulheldentum. Reden tun sie sehr viel von der Gefährlichkeit des „Rechtskartells", aber wenn es darauf ankommt, den Faschisten wirklich Widerstand entgegenzusetzen, dann sind sie nicht da.

Obwohl die SEW nicht teilnahm, versammelten sich trotzdem etwa 2000 Antifaschisten auf dem Kaiserdamm. Gleich zu Anfang versuchten sie, den Faschisten ihre schwarz - weiß - roten Fahnen und ihre Transparente zu entreißen. Die Polizei, die mit ca. 1000 Mann, ausgerüstet mit Helmen, Schildern, Tränengas und Gummiknüppeln aufmarschiert waren, griff sofort zu Gunsten der Faschisten ein. Sie kreisten die antifaschistischen Demonstranten mit Polizistenketten und einer Wagenburg von Mannschaftswagen ein. Jeder Durchbruchversuch, um die Faschistendemonstration zu verhindern, mußte dadurch scheitern. Der einzige Erfolg: Die Faschisten mußten ihren Abmarsch um eine Stunde verschieben.

Die Demonstranten, die über eine Stunde in der Polizeiumzingelung ausharrten, riefen immer wieder ihre Parolen „Tod dem Faschismus", „deutsche Polizisten schützen die Faschisten" und „Nieder mit der braunen Pest".



Antifaschistische Demonstration in West - Berlin: Polizei knüppelt den Faschisten den Weg frei

Als sich dann die Faschisten unter starkem Polizeischutz auf den Weg gemacht hatten, gab die Polizei „Knüppel frei" gegen die Linken. Sie prügelten sie in eine Seitenstraße. Einige Demonstranten, die gestürzt waren und auf der Straße liegenblieben, darunter auch eine junge Frau, wurden von den Polizisten brutal zusammengeschlagen.

Aber die Demonstranten ließen sich nicht zerstreuen. Sie versammelten sich wieder auf dem Ernst - Reuter - Platz, wo die Abschlußkundgebung der Faschisten stattfinden sollte, und zogen dem Faschistentrupp entgegen. Die Faschisten wurden dadurch gezwungen, ihre Abschlußkundgebung auf einem anderen Platz abzuhalten. Nur unter dem Schutz einer Wagenburg von Mannschaftswagen der Polizei und mehreren hundert Polizisten konnten sie ihre revanchistische Hetzreden halten.

Dieser Polizeieinsatz beweist einmal mehr, daß es eine Lüge ist, wenn Politiker behaupten, der Staat würde „Linke" wie „Rechte" gleichermaßen bekämpfen. Die Wirklichkeit sah anders aus: Die Faschisten wurden geschützt, die Antifaschisten verprügelt.

****

JETZT BESTELLEN!

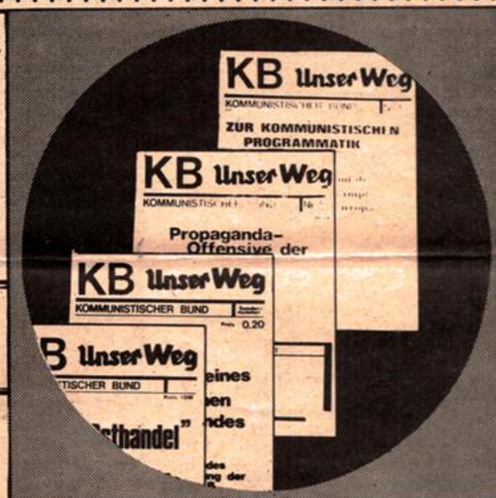
★ ★ ★ **Unser Weg** ★ ★ ★

Zeitschrift des KB zu Fragen der Arbeiterbewegung

Im Abonnement DM 4,20 (6 Ausgaben incl. Porto) zu beziehen über

VERLAG ARBEITERKAMPF
J. Reents
2000 Hamburg 13
Rutschbahn 35

Zahlung bitte im Voraus auf das Postscheckkonto Hamburg 240 595 J. Reents



NEU: Unser Weg NR. 16/17 IST DA!

Unser Weg Nr. 16 / 17 enthält folgende Beiträge:

- Abdruck und Kommentierung einer Stellungnahme des ZK der „Arbeiter - Basis - Gruppen" - München.

Die Führer der ABG - München haben den hoffnungslosen Versuch unternommen, dem KB „Trotzkismus" nachzuweisen. In unserer Antwort setzen wir uns auseinander mit den Fragen:

– Politik in Unterordnung unter die Interessen der Arbeiterklasse?
– Was können wir aus der Geschichte der Arbeiterbewegung lernen?
– Wie stehen wir zur VR - China?

- Abdruck zweier trauriger Briefe des NRF - Heidelberg und des KB - Bremen und Kommentierung von uns – ein Beitrag zum Verhältnis von Auseinandersetzung und Zusammenarbeit in der kommunistischen Bewegung.
- Beitrag der AGL - Göttingen zum Mißtrauensvotum der CDU / CSU in Auseinandersetzung mit Positionen des KB / KSB - Göttingen
- Beitrag des KB / Gruppe Flensburg zu den „Ostverträgen"

****

Schnapsfabrikant bettelt für CDU/CSU

Die Werbemaschine der Kapitalisten für eine CDU / CSU - Regierung läuft auf Hochturen.

Ende Januar organisierte der Bauer - Verlag ein Kapitalisten - Treffen, an dem u. a. Direktoren, Geschäftsführer, Vorstandsvorsitzende usw. von folgenden Firmen teilnahmen: Deutsche Bank, BASF, Hoechst, Deutsche Shell AG, Feldmühle AG (Flick), Reemtsma, Coca Cola AG, Dortmunder Union - Brauerei, Schickedanz, Hengstenberg, Gütermann & Co., Asbach & Co., Pelikan - Werke, Schwartauer Werke, Braun AG. Der schleswig - holsteinische CDU - Ministerpräsident Stoltenberg und der hessische CDU - Vorsitzende Dregger, einer der engsten Vertrauten von F. J. Strauß, waren ebenfalls gekommen. Es ging bei dieser „Verschwörerrunde" vor allem um die Finanzierung des Wahlkampfs der CDU / CSU. Die versammelten Kapitalisten zeigten sich (wie immer, wenn es um ihre Ausbeuterinteressen geht) recht großzügig: Nach einem Bericht des „Spiegel" sollen alleine für eine dreiteilige Anzeigenserie im Juni und Juli 600.000 DM ausgegeben worden sein. Der Verleger Bauer soll allein „erst mal eine Million" hingeblättert haben.

Jetzt hat auch der Schnapsfabrikant Eckes in einem Brief an mehrere Kapitalisten zu weiteren Spenden für die CDU / CSU aufgerufen. Die CDU / CSU ist den Kapitalisten, wie aus dem Brief hervorgeht, zwar immer noch nicht arbeiterfeindlich genug, aber: Es gibt „für den Unternehmer derzeitig keine Alternative".

Wir drucken den Brief im folgenden ab:

Ludwig Eckes *Nieder-Olm bei Mainz*

21. August 1972

Liebe Freunde, sehr geehrte Herren!

Die politische Situation in unserem Vaterland ist deprimierend und besorgniserregend.
Die noch in diesem Jahre stattfindenden Wahlen für den Bundestag geben gerade uns Unternehmern die große, möglicherweise vielleicht letzte Chance, durch die Tat zu beweisen, daß wir uns um Deutschland ernstlich sorgen. Helfen wir aktiv und tragen wir durch unser Opfer dazu bei, daß die Regierung Brandt/Scheel wieder durch eine Regierung der CDU/CSU abgelöst wird, unter deren Führung unser Volk und Land zwanzig Jahre nicht schlecht gefahren sind, der allein unsere freiheitliche Marktwirtschaft mit ihren Erfolgen zu verdanken ist.
Es geht um die Erhaltung unseres Systems und des damit unlösbar verbundenen freien Unternehmertums.
Unter der jetzigen Regierung hat die Diffamierung des freien Unternehmertums einen Grad erreicht, der für die Zukunft das Schlimmste, das Allerschlimmste befürchten läßt, vor allem dann, wenn diese Regierung oder gar eine rein sozialistische die kurz bevorstehenden Bundestagswahlen für sich entscheiden sollte. Diese Möglichkeit konsequent durchdacht, führt uns in tiefe Abgründe.
Trotz mancher Bedenken auch gegenüber der CDU/CSU muß man von der Tatsache ausgehen, daß es für den Unternehmer derzeitig keine Alternative gibt.
Für den bevorstehenden Wahlkampf müssen wir also die Oppositionsparteien mit allen Kräften unterstützen. Wir müssen ein großes finanzielles Opfer bringen. Es ist besser, wir zahlen jetzt freiwillig und ohne zu zaudern sofort einen namhaften Betrag zur Erhaltung unserer Existenz, als unfreiwillig enteignet und geistig verbannt zu werden. Wir in unserem Hause haben uns jedenfalls dazu schnellzentschlossen.
Mein Appell an Sie: Tun Sie das Gleiche! Richten Sie Ihre Spenden an unseren Landesverband der CDU oder schreiben Sie mir. Ich werde Ihre Bereitschaftserklärung an die zuständigen Stellen weiterleiten, damit Sie wegen der Abwicklung von den zuständigen Stellen hören.
Mit einem freundlichen und hoffnungsvollen Gruß bin ich

Ihr

Ludwig Eckes